Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundeskanzlei BK
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Geschäfte zu Bundesratszielen sowie Projekte und Vorhaben 2025

Auszug aus den Zielen des Bundesrates 2025 und aus dem Voranschlag 2025 mit IAFP 2026–2028

Übersicht pro Departement

Dieser Auszug ergänzt die Ziele des Bundesrates 2025. Im Gegensatz zu den Zielen ist er nach Departementen und Verwaltungseinheiten strukturiert. Das Dokument umfasst die Geschäfte mit Bezug zu einem der Bundesratsziele und die Projekte und Vorhaben der Verwaltungseinheiten (exkl. der Eidgenössischen Finanzkontrolle und der unabhängigen Behörden und Gerichte), veröffentlicht im Voranschlag 2025 mit IAFP 2026–2028. Es hat keinen offiziellen Charakter, sondern gibt den Leserinnen und Lesern lediglich einen Überblick über alle Planobjekte für das Jahr 2025.

Inhaltsverzeichnis

B+G **4**
Bundeskanzlei (BK) 4

EDA **7**
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) 7

EDI **16**
Generalsekretariat EDI (GS-EDI) 16
Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) 18
Schweizerisches Bundesarchiv (BAR) 20
Bundesamt für Kultur (BAK) 21
Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie (MeteoSchweiz) 22
Bundesamt für Gesundheit (BAG) 25
Bundesamt für Statistik (BFS) 33
Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) 35
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) 38
Institut für Virologie und Immunologie (IVI) 39

EJPD **40**
Generalsekretariat EJPD (GS-EJPD) 40
Bundesamt für Justiz (BJ) 41
Bundesamt für Polizei (fedpol) 45
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung (SIR) 46
Eidgenössische Spielbankenkommission (ESBK) 47
Staatssekretariat für Migration (SEM) 48
Informatik Service Center ISC-EJPD (ISC-EJPD) 51

VBS **52**
Generalsekretariat VBS (GS-VBS) 52
Nachrichtendienst des Bundes (NDB) 54
Bundesamt für Sport (BASPO) 55
Bundesamt für Cybersicherheit (BACS) 56
Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) 58
Staatssekretariat für Sicherheitspolitik (SEPOS) 60
Verteidigung (V) 62
Bundesamt für Rüstung armasuisse (armasuisse) 65
Bundesamt für Landestopografie swisstopo (swisstopo) 66

EFD **68**
Generalsekretariat EFD (GS-EFD) 68
Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) 69
Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS) 71
Eidgenössische Münzstätte Swissmint (Swissmint) 73
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) 74
Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) 79
Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) 82
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) 84
Eidgenössisches Personalamt (EPA) 86
Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) 88

WBF **89**
Generalsekretariat WBF (GS-WBF) 89
Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) 90
Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) 96
Agroscope (Agroscope) 98
Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) 100
Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) 102
Bundesamt für Zivildienst (ZIVI) 104
Schweizerische Akkreditierungsstelle (SAS) 105
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) 106
Information Service Center WBF (ISCeco) 111

UVEK **112**
Generalsekretariat UVEK (GS-UVEK) 112
Bundesamt für Verkehr (BAV) 113
Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) 115
Bundesamt für Energie (BFE) 119
Bundesamt für Strassen (ASTRA) 121
Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) 125
Bundesamt für Umwelt (BAFU) 126
Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) 130
Schweizerische Sicherheitsuntersuchungsstelle (SUST) 132
Regulierungsbehörden Infrastruktur (RegInfra) 133

B+G

BUNDESKANZLEI (BK)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Datenverkehr in der Bundesverwaltung sichern» (in Erfüllung des Po. SiK-N 23.3958): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht in Erfüllung des Postulats SIK-N 23.3958 gutheissen. Der Bericht soll zeigen, welche Technologien angewendet werden können, um den Internet-Datenverkehr der Bundesverwaltung innerhalb der Bundesverwaltung, mit bundesnahen Unternehmen, mit den Kantonen sowie zum Publikum in kritischen Bereichen gegen Cyberangriffe zu sichern. Insbesondere soll der Bericht das Potential der unterschiedlichen Kommunikationsinfrastrukturen prüfen, die es ermöglichen, den Datenfluss geographisch zu definieren und damit besser gegen externe Angriffe zu schützen. Zudem wird das Verhältnis zwischen dem erwarteten Nutzen und den erwarteten Kosten dieser Technologien aufgezeigt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Demografische Entwicklung der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Bellaiche 23.3042): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 den Bericht in Erfüllung des Postulats Bellaiche 23.3042 gutheissen. Der Bericht wird darlegen, welche Auswirkungen diese Entwicklung auf verschiedene Aspekte der Gesellschaft hat und welche Planungsziele und Massnahmen der Bundesrat vorsieht.

Soll-Termin: 30.06.2025

Neue Strategie Rechenzentren-Verbund: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die neue Strategie Rechenzentren-Verbund verabschieden. Sie löst das Konzept Rechenzentren-Verbund aus dem Jahre 2014 ab und soll das Zielbild der bundeseigenen Rechenzentren definieren, um den technischen Entwicklungen (Cloud, Netzwerke, KI) Rechnung zu tragen.

Soll-Termin: 30.06.2025

Eckwerte Betriebsmodell Rechenzentren-Verbund: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Grundsatzentscheid für das Betriebsmodell des Rechenzentren Verbund der Bundesverwaltung verabschieden. Basierend auf der neuen Strategie Rechenzentren Verbund werden im Betriebsmodell u.a. der Betreiber und die Eckwerte für Ziel-Infrastrukturen und Plattformen definiert, auf welchen die Bundesverwaltung ihre Anwendungen entwickeln, respektive Daten halten und bearbeiten soll. Je nach Einsatzgebiet, Sicherheitsniveau, Fertigungstiefe und Bereitstellungsmodell (on-Premise, Managed-Service, Public/Hybrid-Cloud) soll ein ausgewogener Portfolio-Mix aus betriebskostensenkenden, innovations- und effizienzsteigernden sowie werterhaltenden Investitionen in Ziel-Infrastrukturen und -Plattformen erreicht werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Teilstrategie für den Einsatz von KI in der Bundesverwaltung: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Teilstrategie (im Sinne von Artikel 17 der Verordnung über die digitale Transformation und die Informatik, VDTI) für den Einsatz von KI in der Bundesverwaltung zur Kenntnis nehmen und allfällige Massnahmen zur weiteren Umsetzung beschliessen. Der Fokus liegt auf dem Einsatz von KI in den Verwaltungseinheiten des Bundes. Es sind Grundlagen zu schaffen, damit Verwaltungsleistungen zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Behörden effizienter bereitgestellt werden können. Dabei sind die Risiken von KI frühzeitig zu erkennen und zu mitigieren. Die neue Strategie nimmt Bezug auf die Leitlinien «Künstliche Intelligenz» und den Verhaltenskodex des Bundes für menschzentrierte und vertrauenswürdige Datenwissenschaft (und KI), berücksichtigt die Absichten des Bundesrates im Rahmen der Auslegeordnung zur Regulierung von KI und bindet das Kompetenznetzwerk CNAI eng ein.

Soll-Termin: 30.06.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Cloud Enabling Büroautomation: Abschluss

Das Projekt Cloud Enabling Büroautomation baut eine Hybrid-Cloud Umgebung für den elektronischen Standard-Arbeitsplatz der Bundesverwaltung auf. Mit der Einführung von «Microsoft 365», die Cloud Version der Microsoft-Dienste, stehen den Mitarbeitenden weiterhin die aktuellsten Office Anwendungen zur Verfügung. Technische und organisatorische Massnahmen sorgen dafür, dass die Daten der Bundesverwaltung entsprechend ihrer Klassifikation von der Speicherung in der Cloud geschützt werden.
Mit der Einführung von Microsoft 365 in der Bundesverwaltung wird das Projekt Cloud Enabling Büroautomation CEBA abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Integrierte Übung 2025 (IU 25) «Hybride Bedrohung gegen die Schweiz»: Durchführung

Mit der IU 25 will der Bundesrat die Strategische Führungsübung (SFU) und die Sicherheitsverbundsübung (SVU) kombinieren. Bund und Kantone können somit die Bewältigung von Krisensituationen mit verschiedenen thematischen Aspekten im Verbund und in Zusammenarbeit mit Dritten üben.
Die Übung dient der Überprüfung der Krisenorganisation der Bundesverwaltung und der Kantone. Der Einstieg in die Krisenbewältigung, die Überprüfung der Strukturen und Prozesse zur Führung in der Krise, die Sicherstellung der Durchhaltefähigkeit des nationalen Krisenmanagements, der Informationsfluss und die internationale Zusammenarbeit sind weitere wichtige Aspekte hiervon. Die Stabsrahmenübung findet vom 6.–7. November 2025 statt. Die Mitglieder des Bundesrates stehen während der Übung für allfällige ausserordentliche Sitzungen zur Verfügung. Die Übung wird gemeinsam zwischen Bund und Kantonen vorbereitet.

Soll-Termin: 07.11.2025

Schweizer Datenökosystem: Verabschiedung übergreifender Grundlagen

Mit dem Vorhaben «Schweizer Datenökosystem» werden Grundsätze und eine «Landschaftsplanung» für eine gemeinsame Datennutzung auf allen föderalen Ebenen zur Verfügung gestellt. Diese Planung umfasst sowohl technische als auch regulatorische Aspekte und erlaubt bspw. die systematische Umsetzung des Once-Only-Prinzips (wesentliche Reduktion der Mehrfacherhebung der Daten).
Übergreifende Grundlagen hinsichtlich Gouvernanz und Architektur sind verabschiedet und publiziert. Die zentrale Anlaufstelle bei der BK/DTI unterstützt konkrete Datenraumvorhaben bei der Umsetzung und sorgt für eine Koordination der Datenräume von öffentlichem Interesse.

Soll-Termin: 31.12.2025

Leuchtturmprojekte gemäss EMBAG Art. 17: Auswahl erster Projekte

Der Bund kann Digitalisierungsprojekte von hohem öffentlichem Interesse fördern. Diese Möglichkeit sieht Artikel 17 des Bundesgesetzes über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben EMBAG vor.
Die Verordnungsbestimmungen sind in Kraft getreten, und die organisatorischen Grundlagen sind geschaffen worden, einschliesslich der Bildung der Jury. Zudem wurden in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Mittel erste Projekte ausgewählt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Neuimplementierung der Anwendung APG («Ausserparlamentarische Gremien»): Abschluss

Die Anwendung APG («Ausserparlamentarische Gremien») ist seit Anfang 2015 in Betrieb und wird von der Sektion Recht der Bundeskanzlei (BK), für die Verwaltung der ausserparlamentarischen Gremien (Mitgliederverwaltung, Erneuerungswahlen der Mitglieder, E-Mail-Versand etc.), verwendet. Mit der Neuimplementierung der Anwendung APG sind Anpassungen des Arbeitsablaufes sowie einige Funktionserweiterungen geplant. Zudem wird die Anwendung hinsichtlich der aktuellen IT-Standards überprüft und aktualisiert.
Die Neuimplementierung der Anwendung APG ist bis Mitte 2025 abgeschlossen.

Soll-Termin: 30.06.2025

EDA

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN (EDA)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Revision des Seeschifffahrtsgesetzes: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Revision des Seeschifffahrtsgesetzes verabschieden. Mit der Verabschiedung der Botschaft unterstützt er die Stärkung der Attraktivität der Seeschifffahrt unter Schweizer Flagge und ihre Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene. Er hilft, der Schweizer Seeschifffahrt neue Impulse zu verleihen und setzt damit einen der Schwerpunkte seiner «Maritimen Strategie 2023–2027» um.

Soll-Termin: 31.12.2025

Auftritt der Schweiz an den Olympischen und Paralympischen Spielen 2028 in Los Angeles (USA): Grundsatzentscheid

In Los Angeles finden vom 14.–30. Juli 2028 die Olympischen Spiele und vom 15.–27. August 2028 die Paralympischen Spiele statt. Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 darüber entscheiden, ob die Schweiz an diesem Anlass in den USA mit einem House of Switzerland präsent ist und ihn so als Plattform für die Landeskommunikation und die Beziehungspflege nutzt.

Soll-Termin: 30.06.2025

Strategie des Bundesrats gegen die Korruption 2025–2028: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 eine neue Strategie gegen die Korruption verabschieden. Es handelt sich um eine Aktualisierung und Konsolidierung auf der Grundlage einer Bilanz der bisherigen Strategie. In der neuen Strategie wird der Bundesrat aus einer Lageanalyse neue Ziele und Massnahmen ableiten.

Soll-Termin: 30.06.2025

Paket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen CH–EU:
Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zum Paket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU verabschieden. Zum Paket gehören zwei neue Binnenmarktabkommen in den Bereichen Strom und Lebensmittelsicherheit, sowie je ein Kooperationsabkommen im Gesundheitsbereich und über die systematischere Teilnahme an EU-Programmen, insbesondere in den Bereichen Forschung und Bildung (aktuell Horizon Europe und Erasmus+). Schliesslich ist die Verpflichtung für einen regelmässigen Beitrag der Schweiz an die Kohäsion innerhalb der EU Teil des Pakets. In die bestehenden sowie künftigen Binnenmarktabkommen werden neue institutionelle Elemente und – bezüglich Luftverkehr, Landverkehr und Strom – auch Regeln zu staatlichen Beihilfen aufgenommen. Teil der Botschaft werden auch die jeweilige Umsetzungsgesetzgebung sowie allfällige Begleitmassnahmen sein. Schliesslich soll ein hochrangiger politischer Dialog als Steuerungsinstrument des bilateralen Wegs vereinbart werden. Dieser soll alle Bereiche des Pakets abdecken und eine regelmässige politische Gesamtschau der bilateralen Beziehungen ermöglichen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Abkommen zur Verstetigung des Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten:
Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zum Paket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU verabschieden, darunter auch zum Abkommen zur Verstetigung des Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten, welches einen regelmässigen Beitrag der Schweiz an die Kohäsion innerhalb der EU vorsehen wird. Dies geschieht in Abhängigkeit vom Ergebnis der Verhandlungen zu diesem Paket.

Soll-Termin: 31.12.2025

Konsularstrategie 2025–2028: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 erstmals eine Konsularstrategie verabschieden. Es handelt sich um eine Folgestrategie zur Aussenpolitischen Strategie 2024–2027. Die Strategie wird die thematischen Schwerpunkte im Bereich konsularischer Dienstleistungen zugunsten der verschiedenen Kundengruppen und der involvierten Behördenstellen festlegen. Zu diesen Schwerpunkten wird der Bundesrat in seiner Strategie konkrete Ziele und Massnahmen definieren.

Soll-Termin: 30.06.2025

Strategie Multilateralismus und Gaststaat 2026–2029: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 erstmals eine Strategie Multilateralismus und Gaststaat verabschieden. Die Strategie wird die Rückwirkungen der Machtverschiebungen und weltpolitischen Fragmentierung auf das multilaterale System analysieren und Prinzipien für einen wirksamen und fokussierten Multilateralismus definieren. Ebenso werden Ziele und Massnahmen zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat identifiziert. Es handelt sich um eine thematische Folgestrategie zur Aussenpolitischen Strategie 2024–2027. Die Strategie wird durch eine Botschaft zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat ergänzt, die detaillierte Angaben zu den Instrumenten der Gaststaatpolitik und deren finanziellen Auswirkungen enthalten wird.

Soll-Termin: 30.06.2025

Kapitalerhöhung der Weltbank: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Kapitalerhöhung der Weltbank verabschieden. Aufgrund zusätzlicher Finanzierungsbedürfnisse im Zusammenhang mit globalen Krisen steht bei der Weltbank eine mögliche Kapitalerhöhung im Raum. Konkretisiert sich das Vorhaben, wird der Bundesrat eine Beteiligung der Schweiz an einer Kapitalerhöhung der Weltbank beantragen. Die Weltbank gehört zu den prioritären multilateralen Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen der Schweiz.

Soll-Termin: 31.12.2025

---

21. Wiederauffüllung des Fonds der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA): Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 über den Beitrag der Schweiz zur 21. Wiederauffüllung des Fonds der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) entscheiden. Die IDA ist der Zweig der Weltbank, der sich mit Darlehen zu Vorzugsbedingungen für die ärmsten Länder einsetzt. Der Fonds wird alle drei Jahre wieder aufgefüllt. Mit der 21. Wiederauffüllung können die ärmsten Länder weiterhin unterstützt und gleichzeitig globale Herausforderungen wie der Klimawandel und die Fragilität bekämpft werden. Die Wiederauffüllung wird über den Verpflichtungskredit zur Weiterführung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit finanziert. Der Beitrag der Schweiz sichert ihren Einfluss in der IDA, die zu den vorrangigen internationalen Finanzinstitutionen gehört.

Soll-Termin: 30.06.2025

Erhöhungen des Garantiekapitals der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) und des Kapitals der Interamerikanischen Investitionsgesellschaft (IDB Invest): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Erhöhung des Garantiekapitals der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) und der Kapitalerhöhung der Interamerikanischen Investitionsgesellschaft (IDB Invest) verabschieden. Die Erhöhung des Garantiekapitals der AfDB ist notwendig, um das AAA-Kreditrating der Bank zu sichern. Die finanzielle Stabilität der AfDB liegt im Interesse der Schweiz. Eine Beteiligung an der Kapitalerhöhung von IDB Invest, dem «Privatsektor»-Arm der IDB-Gruppe, sichert den Einfluss der Schweiz in der IDB Invest und eröffnet politische und wirtschaftliche Möglichkeiten im Rahmen des Freihandelsabkommens mit dem Mercosur. Die AfDB und die IDB gehören zu den prioritären multilateralen Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen der Schweiz.

Soll-Termin: 30.06.2025

Beitrag an das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP): Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 über den Beitrag an das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) entscheiden. Mit diesem Beitrag beteiligt er sich an der Umsetzung des Strategieplans 2026–2029 von UNDP. UNDP ist eine führende Organisation der Vereinten Nationen und setzt sich für die Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und Klimawandel ein. UNDP ist eine prioritäre multilaterale Organisation der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz.

Soll-Termin: 31.12.2025

Beitrag an das Hochkommissariat für Flüchtling der Vereinten Nationen (UNHCR) 2025–2026: Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 über den Beitrag an das Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) entscheiden. Mit diesem Beitrag stellt er sicher, dass Flüchtlinge das Recht erhalten, Asyl zu suchen, und dass ihre Menschenrechte respektiert werden. Die Unterstützung des UNHCR entspricht den humanitären Prioritäten der Schweiz. Das UNHCR ist die grösste UNO-Organisation mit Sitz in Genf und eine der prioritären multilateralen Organisationen, die von der Schweiz unterstützt werden.

Soll-Termin: 30.06.2025

Strategie Asien G20 2025–2028: Verabschiedung

Zur Erneuerung seiner China-Strategie 2021–2024 wird der Bundesrat im ersten Halbjahr 2025 eine Strategie Asien G20 verabschieden. Die Strategie wird neben China auch Indien, Japan und Südkorea abdecken und auf Indonesien, welches in der Südostasien Strategie 2023–2026 enthalten ist, Bezug nehmen. Damit kann den Interessen der Schweiz in Bezug auf die wichtigsten Staaten Asiens Rechnung getragen werden. Es handelt sich um eine geografische Folgestrategie zur Aussenpolitischen Strategie 2024–2027.

Soll-Termin: 30.06.2025

Amerikas-Strategie 2026–2029: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 seine Amerikas-Strategie aktualisieren und Ziele und Massnahmen für weitere vier Jahre verabschieden. Die Strategie wird geografische Schwerpunkte definieren, die die regional unterschiedlichen Ausgangs- sowie Interessenslagen berücksichtigen. Es handelt sich um eine geografische Folgestrategie zur Aussenpolitischen Strategie 2024–2027.

Soll-Termin: 31.12.2025

Strategie Rüstungskontrolle und Abrüstung 2026–2029: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 seine bisherige Strategie Rüstungskontrolle und Abrüstung 2022–2025 aktualisieren und Ziele und Massnahmen für die Jahre 2026–2029 verabschieden. Die Strategie wird die aktuellen geopolitischen und technologischen Entwicklungen berücksichtigen und namentlich auf die Gouvernanz von neuen Technologien wie künstliche Intelligenz im Sicherheitsbereich fokussieren. Es handelt sich um eine thematische Folgestrategie zur Aussenpolitischen Strategie 2024–2027.

Soll-Termin: 31.12.2025

Beitrag an das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF): Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 über den Beitrag an das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) entscheiden. Mit diesem Beitrag beteiligt er sich an der Umsetzung des Strategieplans 2026–2029 von UNICEF. UNICEF setzt sich für den Schutz der Kinderrechte, die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse und die Verbesserung ihrer Chancen ein. UNICEF ist eine prioritäre multilaterale Organisation der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz.

Soll-Termin: 31.12.2025

Beitrag an den UNO-Bevölkerungsfonds (UNFPA): Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 über den Beitrag an den UNO-Bevölkerungsfonds (UNFPA) entscheiden. Mit diesem Beitrag beteiligt er sich an der Umsetzung des Strategieplans 2026–2029 von UNFPA. UNFPA ist die Entwicklungsagentur der Vereinten Nationen, die sich für eine Verbesserung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und für umfassende Familienplanung einsetzt. UNFPA ist eine prioritäre multilaterale Organisation der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz.

Soll-Termin: 31.12.2025

Beitrag an die UNO-Fachstelle zur Gleichstellung und Stärkung der Frauen (UN Women): Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 über den Beitrag an die UNO-Fachstelle zur Gleichstellung und Stärkung der Frauen (UN Women) entscheiden. Mit diesem Beitrag beteiligt er sich an der Umsetzung des Strategieplans 2026–2029 von UN Women. Es handelt sich um eine prioritäre multilaterale Organisation der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz.

Soll-Termin: 31.12.2025

Beitrag an die globale Partnerschaft für Bildung (Global Partnership for Education, GPE): Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 über den Beitrag an die globale Bildungspartnerschaft (GPE) entscheiden. Mit diesem Beitrag fördert er besonders unterstützungsbedürftige Kinder weltweit und ermöglicht ihnen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung. GPE ist der grösste und wichtigste globale Akteur im Bildungsbereich. Die Schweiz ist Mitglied des Verwaltungsgremiums (Board of Directors). GPE ist eine prioritäre multilaterale Organisation der Schweiz zur Umsetzung ihrer Ziele der internationalen Zusammenarbeit im Bildungsbereich.

Soll-Termin: 30.06.2025

Beitrag an das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) 2025–2026: Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 über den Beitrag an das Welternährungsprogramm (WFP) entscheiden. Mit diesem Beitrag leistet er in Krisen Nothilfe und ebnet mit Ernährungshilfe den Weg zu Frieden, Stabilität und Wohlstand für Menschen, die unter Konflikten, Naturkatastrophen oder den Auswirkungen der Klimakrise leiden. WFP ist die grösste humanitäre Organisation zur Bekämpfung von Hunger und Mangelernährung in der Welt und eine der prioritären multilateralen Organisationen, die von der Schweiz unterstützt werden.

Soll-Termin: 30.06.2025

Beitrag an die Länderprogramme des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) 2025–2026: Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 über den Beitrag an die Länderprogramme des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) entscheiden. Mit diesem Beitrag setzt er sich weltweit für die Zivilbevölkerung ein, die Opfer von Konflikten und Gewalt geworden ist. Das IKRK ist die wichtigste Partnerin der Schweiz im humanitären Bereich, insbesondere in Regionen, in denen der Zugang zu humanitärer Hilfe erschwert ist. Es verkörpert in hohem Masse die humanitären Werte, denen die Schweiz besonders verpflichtet ist.

Soll-Termin: 30.06.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Beziehungen zu EU-Mitgliedstaaten: Strategische Verankerung der Europapolitik

Kohärenz zwischen EU-Politik der Schweiz und den bilateralen Beziehungen mit den EU-Mitgliedstaaten namentlich den Nachbarstaaten und weiteren prioritären Staaten wird gestärkt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Aktualisierung bestehender bilateraler Binnenmarktabkommen mit der EU:
Verabschiedung entsprechender Beschlüsse durch die Gemischten Ausschüsse

Es wird angestrebt, bestehende Binnenmarktabkommen mit der EU 2025 zu aktualisieren. Die entsprechenden Beschlüsse müssen von den zuständigen Gemischten Ausschüssen gefasst werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Europäische Sicherheit 50 Jahre nach Helsinki: Beiträge der Schweiz zur OSZE, zur Dialogförderung und Pflege des sicherheitspolitischen Austauschs mit EU, NATO und bilateralen Partnern

Die Sicherheitslage in Europa hat sich verschlechtert. 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte will die Schweiz in Einklang mit der Aussenpolitischen Strategie 2024–2027 die OSZE als paneuropäische Sicherheitsorganisation stärken und den Dialog über europäische Sicherheit fördern, wo möglich mit Dialog zu Konfliktbewältigung beitragen und den sicherheitspolitischen Austausch mit EU, NATO und bilateralen Partnern pflegen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Politikgestaltung Westbalkan: Review und regionale Koordination der Instrumente

Viele Entwicklungen im Westbalkan gehen in die falsche Richtung. Regional nehmen Spannungen wieder zu. In Einklang mit der Aussenpolitischen Strategie 2024–2027 soll die bisherige Politikgestaltung überprüft und zum Beispiel eine stärkere regionale Perspektive in Betracht gezogen werden. Grundlage dazu sind ein Review und die Antizipation möglicher Entwicklungslinien.

Soll-Termin: 31.12.2025

Stärkung Profil Demokratieförderung: Umsetzung Leitlinien

In Einklang mit der Aussenpolitischen Strategie 2024–2027 hat das EDA 2024 Leitlinien Demokratie verabschiedet. Im Rahmen der Umsetzung soll das Profil der Schweiz in diesem Bereich geschärft werden. Die Förderung der Demokratie ist ein Verfassungsauftrag.

Soll-Termin: 31.12.2025

Science Diplomacy als Themenfeld der Aussenpolitik: Umsetzung Leitlinien

Das EDA und das WBF haben 2024 gemeinsam Leitlinien Science Diplomacy verabschiedet. Im Rahmen der Umsetzung soll die Verankerung dieses zukunftsträchtigen Themenfelds vorangetrieben werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat: Nutzung der schweizerischen Präsidentschaft zur Förderung ihrer Prioritäten

Die Schweiz wird 2024 für drei Jahre in den Menschenrechtsrat gewählt. 2025 hat sie voraussichtlich auch die Präsidentschaft inne. Die Mitgliedschaft wird es der Schweiz ermöglichen, ihren rechtsbasierten Ansatz sowie ihre Prioritäten im Bereich der Menschenrechte (thematische Prioritäten sowie auch der Ansatz der Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte) voranzubringen. Sie stärkt ihr Profil als verlässliche Partnerin in diesem Bereich.

Soll-Termin: 31.12.2025

Global Cyber Capacity Building: Durchführung einer Konferenz in Genf

Die «Global Conference on Cyber Capacity Building» findet alle zwei Jahre an wechselnden internationalen Standorten statt. Es ist bisher die weltweit einzige Veranstaltung, welche einen Fokus auf die Schnittstelle zwischen IZA und dem Aufbau von Kapazitäten im Bereich Cybersicherheit setzt. Diese Konferenz ist auf Fachebene. Die Konferenz wird im Mai 2025 stattfinden.

Soll-Termin: 31.12.2025

IZA Strategie 2025–2028 mit Fokus Ukraine: Umsetzung

Nach der Verabschiedung der IZA-Strategie 2025–2028 durch den Bundesrat 2024 und der parlamentarischen Beratung steht 2025 die Umsetzung an. Eine Priorität wird dabei die Ukraine sein.

Soll-Termin: 31.12.2025

International Cooperation Forum Switzerland: Durchführung mit Fokus auf nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung

Organisation des IC-Forums 2025 zur nachhaltigen und wirtschaftlichen Entwicklung durch Transformation. Die Ausgabe 2025 soll aufzeigen, wie das Wachstums- und Innovationspotential des globalen Südens ausgeschöpft werden kann (Jugend, grüne und digitale Skills) und wie der Zugang und die Finanzierung funktionsfähiger Infrastrukturen und öffentlicher Dienstleistungen gesichert werden können.

Soll-Termin: 30.06.2025

Auftritt der Schweiz an der Weltausstellung 2025 in Osaka: Eröffnung Schweizer Pavillon

Vom 13. April–13. Oktober 2025 findet in Osaka die nächste Expo statt. Für den Auftritt der Schweiz beantragte der Bundesrat am 18. März 2022 einen Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 16,7 Mio. Franken, den die Eidgenössischen Räte in der Wintersession 2022 genehmigten. Das Thema der Expo lautet «Designing future Society for our Lives». Die Schweiz nutzt den Schweizer Pavillon als Plattform zur Beziehungspflege und um sich in Japan und der Region als innovatives Land zu positionieren.

Soll-Termin: 30.06.2025

Stärkung des humanitären Völkerrechts: Durchführung eines ExpertInnentreffens

Organisation eines zwischenstaatlichen Austauschs von Expertinnen und Experten.

Soll-Termin: 30.06.2025

Beschleunigung der Digitalisierung und Automatisierung konsularischer Dienstleistungen: WTO-Ausschreibung

Im Rahmen der «Digitalisierungsinitiative der Konsularischen Direktion des EDA zugunsten der Auslandschweizergemeinschaft» wird bis 2027 ein sogenannter «digitaler Hub konsularische Dienstleistungen» umgesetzt, der dannzumal konsularische Dienstleistungen konsequent im Sinne der Digitalisierungsbestrebungen des Bundes miteinbeziehen sowie bestehende Geschäftsprozesse möglichst transversal resp. überdepartemental digitalisieren soll.

Soll-Termin: 30.06.2025

EDI

GENERALSEKRETARIAT EDI (GS-EDI)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Konzept eSubventionen als Standardanwendung für die Bewirtschaftung aller Bundessubventionen:
Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 das Konzept zur Bewirtschaftung der Bundessubventionen über die Plattform eSubventionen genehmigen und über die Verbindlichkeitserklärung der Verwendung für die Bundesverwaltung entscheiden. Ziel ist die Vereinheitlichung der Bewirtschaftung der Bundessubventionen in der gesamten Bundesverwaltung.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

eSubventionen: Integration weitere VE

Das Projekt löst bestehende individuelle Anwendungen zur Bewirtschaftung von Subventionen ab. Sie vereinheitlicht die Bewirtschaftung im ganzen EDI und steht den anderen Ämtern der BV zur Verfügung. Nachdem im 2024 mit dem EBGB, FRB, EBG, BLV und BAG erste VE auf eSubventionen umgestiegen sind, folgen 2025 mit dem BAK, BSV und BLW die restlichen VE welche im Projektfokus stehen. Gleichzeitig wird die Plattform für zusätzliche VE geöffnet welche ab 2025 sukszessive umgesetzt werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Strategie und Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus:
Erarbeitung von Strategie und Aktionsplan

Umsetzung der 2024 überwiesenen Motion 23.4335 (SPK-N) «Für eine Strategie und einen Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus».
In einem ersten Schritt werden in einer Auslegeordnung Partner und Handlungsfelder sowie eine Projektstruktur definiert. Im zweiten Schritt werden Ziele (Strategie) und Massnahmen (Aktionsplan) formuliert und die Umsetzung geplant.

Soll-Termin: 31.12.2025

Projekt Aufbau Daten- und Informationsarchitektur EDI: Umsetzung startet

Das Projekt DIA@EDI ist ein zentral vom GS-EDI geführtes Projekt zur Etablierung einer Datenstrategie und Governance EDI, sowie der Standardisierung und Harmonisierung der Daten-, und Informationsarchitektur als Fachdisziplin der Unternehmensarchitektur EDI.
Umsetzung des Projektes gemäss Planung. Der Abschluss der Aufbauarbeiten ist für 2026 vorgesehen.

Soll-Termin: 31.12.2025

EIDG. BÜRO FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN (EBG)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Zwischenbilanz zur Umsetzung der Gleichstellungsstrategie 2030: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 eine Zwischenbilanz zum Stand der Umsetzung der Gleichstellungsstrategie 2030 zur Kenntnis nehmen. Dabei wird er gleichzeitig prüfen, ob die Strategie für die weitere Umsetzung angepasst werden soll. Die Strategie fokussiert gegenwärtig auf vier Handlungsfelder: Berufliches und öffentliches Leben; Vereinbarkeit und Familie; Geschlechtsspezifische Gewalt sowie Diskriminierung.

Soll-Termin: 31.12.2025

Umsetzungsbericht zu den Empfehlungen des ersten Evaluationszyklus zur Istanbul-Konvention sowie Staatenbericht zum 2. Evaluationszyklus: Genehmigung / Gutheissung

Der Staatenausschuss des Europarates hat im Dezember 2022 im Rahmen des ersten Evaluationszyklus zur Umsetzung der Istanbul-Konvention Empfehlungen an die Schweiz gerichtet. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Umsetzungsbericht zu diesen Empfehlungen zusammen mit dem zweiten Staatenbericht (erster thematischer Evaluationszyklus) gutheissen. Darin werden die neuesten Entwicklungen und die geplanten Massnahmen gegen Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt dargelegt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Obligatorische Schulung von Polizeikräften für einen angemessenen Schutz der Opfer von sexueller Gewalt» (in Erfüllung des Po. Fehlmann Rielle 21.4215): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Obligatorische Schulung von Polizeikräften für einen angemessenen Schutz der Opfer von sexueller Gewalt» gutheissen. Der Bericht soll zeigen, ob und wie Polizeikräfte zu obligatorischen Schulungen zu den Themen sexueller Gewalt und Gewalt gegen Frauen verpflichtet werden können.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Schutzplätze für gewaltbetroffene Minderjährige und junge Erwachsene: Lösungen in den einzelnen Regionen» (in Erfüllung des Po. WBK-N 23.3016): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Schutzplätze für gewaltbetroffene Minderjährige und junge Erwachsene: Lösungen in den einzelnen Regionen» in Erfüllung des Postulats der WBK-N 23.3916 gutheissen. Der Bericht soll Lösungen für Schutzplätze für gewaltbetroffene Jugendliche und junge Erwachsene in den einzelnen Regionen aufzeigen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Nationaler Aktionsplan gegen LGBTIQ-feindliche «Hate Crimes» (in Umsetzung des Po. Barrile 20.3820): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Nationalen Aktionsplan gegen LGBTIQ-feindliche «Hate Crimes» verabschieden. Dieser soll Massnahmen zur Verminderung LGBTIQ-feindlicher «Hate Crimes» und Gewalt enthalten und die folgenden Bereiche betreffen: Unterstützung und Schutz von gewaltbetroffenen Personen, Prävention und Sensibilisierung, Arbeit mit Tatpersonen sowie Monitoring von Gewalttaten. Die Umsetzung des Aktionsplans soll in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden erfolgen.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Umsetzung Strategie Charta Lohngleichheit im öffentlichen Sektor: Umsetzung

Das EBG setzt 6 Massnahmen des Berichts des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 20.4263 der WBK-N zur Stärkung der Charta der Lohngleichheit um und führt ein Monitoring aller 18 Massnahmen durch. In Umsetzung der Massnahme 14 des Berichts des Bundesrates (Po. 20.4263 WBK-N) wird der neue Vorstand der Charta im ersten und zweiten Halbjahr 2025 tagen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Regelmässige nationale Präventionskampagne gegen häusliche, sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt: Umsetzung der Mo. 21.4418, 21.4470, 21.4471, 22.3011

Der Bundesrat ist beauftragt, eine schweizweite Präventionskampagne gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt durchzuführen, die verschiedene Gewaltformen adressiert, sich an verschiedene Zielgruppen richtet und Kantone, Gemeinden und Fachorganisationen involviert. Die erste Durchführung der Kommunikationskampagne erfolgt bis Ende 2025.

Soll-Termin: 31.12.2025

Evaluation der Finanzhilfen gemäss Verordnung über Massnahmen gegen Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt 2021–2024: Umsetzung

Die ersten vier Vergabejahre der Finanzhilfen zur Gewaltprävention 2021–2024 werden gemäss Art. 19 der Verordnung über Massnahmen gegen Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt (SR 311.039.7) evaluiert. Die Evaluation wird 2025 durchgeführt und publiziert.

Soll-Termin: 31.12.2025

SCHWEIZERISCHES BUNDESARCHIV (BAR)

PROJEKTE UND VORHABEN

Ablösung des Digitalen Archivs DIR: Abschluss Phase Realisierung

Das aktuelle Digitale Archiv wird durch eine neue zukunftsfähige Applikation abgelöst.
Das System ist realisiert und getestet.

Soll-Termin: 31.12.2025

Ablösung des Archivinformationssystems AIS: Abschluss Phase Realisierung

Das bisherige Archivierungs-Informationssystem AIS, welches die Standorte und beschreibenden Daten der Archivdossiers verwaltet, wird erneuert.
Das Migrationsverfahren ist realisiert; Schnittstellen sind entwickelt und umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Weiterentwicklung Online-Zugang: Weiterentwicklung gemäss Kundenbedürfnissen

Verbesserung des Online-Zugangs zu den Unterlagen des Bundesarchivs entlang der Kundenbedürfnisse von Öffentlichkeit und Verwaltung.
Implementierung Handschriftenerkennung (HTR), Anzeige von einzelnen Dokumenten, Entwicklung eines Chatbots.

Soll-Termin: 31.12.2025

Ausbau Digitalisierung: Erhöhung Digitalisierungskapazität

Ausbau der Betriebsorganisation und Weiterentwicklung der Systeme, um sämtliche bestellten analogen Unterlagen fortlaufend digitalisieren zu können.
Steigerung des Digitalisierungsoutputs auf 4 Mio. Seiten.

Soll-Termin: 31.12.2025

Magazinneubau Zollikofen: Abschluss Vorprojekt

Aufgrund von zusätzlichem Platzbedarf für analoges Archivgut ist zusätzlicher Magazinraum erforderlich.
Die Erarbeitung des Vorprojektes erfolgt unmittelbar nach Abschluss des Wettbewerbsverfahrens.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR KULTUR (BAK)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung der Sprachenverordnung (SpV): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die angepasste Sprachenverordnung verabschieden und in Kraft setzen. Darin geht es um die Konkretisierung des neuen Gesetzesartikels 22a SpG (Notwendigkeit einer Präzisierung auf Verordnungsstufe) und die Anpassung der Zielwerte für die Vertretung der Sprachgemeinschaften in der Bundesverwaltung in Artikel 7 der Verordnung, entsprechend den aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Statistik.

Soll-Termin: 30.06.2025

Änderung der Nationalbibliotheksverordnung (NBibV): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zu einer Änderung der Nationalbibliotheksverordnung eröffnen. Die Vorlage formuliert die Ausführungsbestimmungen zum Dépôt légal numérique. Dieses wurde im Rahmen der Verabschiedung der Kulturbotschaft 2025–2028 im Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbibliothek (NBibG) eingeführt. Die Ausführungsbestimmungen zur neuen Regelung erfolgen in der Nationalbibliotheksverordnung, weshalb diese angepasst werden muss.

Soll-Termin: 31.12.2025

Änderung der Verordnung über den Natur- und Heimatschutz (NHV): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Änderung der Verordnung verabschieden und in Kraft setzen. Die Verordnung wird gleichzeitig mit dem revidierten Gesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG) in Kraft treten. Mit der Vorlage sollen die neuen Bestimmungen zur Beachtung der baukulturellen Qualitätsziele bei der Erfüllung von Bundesaufgaben sowie die Förderbestimmungen für hohe Baukultur auf Verordnungsstufe konkretisiert werden.

Soll-Termin: 30.06.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Revision der Förderungskonzepte des EDI gestützt auf die Kulturbotschaft 2025–2028: Verabschiedung

Gemäss Artikel 28 Kulturförderungsgesetz (KFG) erlässt das EDI Förderungskonzepte für die einzelne Bereiche der Kulturförderung in der Zuständigkeit des Bundes. Gestützt auf die strategischen Ziele und Massnahmen der Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2025 bis 2028 (Kulturbotschaft) sind verschiedene Förderungskonzepte anzupassen.
Die Änderungen der Förderungskonzepte werden im Laufe des 2025 durch das EDI verabschiedet. Sie treten am 1. Januar 2026 in Kraft.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR METEOROLOGIE UND KLIMATOLOGIE (METEOSCHWEIZ)

PROJEKTE UND VORHABEN

Automatisierung der Flugwettermeldungen 24/7 an den Flughäfen Genf und Zürich: Anpassung der für Genf entwickelten automatischen Flugwettermeldungen und Einführung am Flughafen Zürich ausserhalb der Betriebsstunden

Das Projekt ermöglicht die automatische Produktion und Verbreitung der standardisierten Wetterbeobachtungen für die Aeronautik (AUTO METAR, AUTO MET REPORT und AUTO SPECIAL) an den internationalen Flughäfen Genf und Zürich.
Im zweiten Halbjahr 2025 sind die für die 24/7-Automatisierung der Flugwettermeldungen am Flughafen Zürich minimal notwendige Software und Tools im Testbetrieb eingeführt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Ausfallsichere Rechenleistung und Transformation Informations- und Kommunikationstechnologie: Abschluss des Umzugs in das Bundesrechenzentrum CAMPUS

Im Projekt geht es um die Bereitstellung einer skalierbaren Hostinglandschaft, bestehend aus Bundes-Rechenzentren und cloudbasierten Plattformen (Cloud-Anbieter), für den Betrieb der Fachanwendungen von MeteoSchweiz. Damit wird ein ausfallsicherer Betrieb der geschäftskritischen Anwendungen geschaffen (Prio A EFK-Empfehlung).
Alle IT-Systeme sind aus dem Rechenzentrum von MeteoSchweiz am Flughafen Zürich in das Bundesrechenzentrum CAMPUS in Frauenfeld umgezogen. Der Rückbau des Rechenzentrums Zürich-Flughafen kann beginnen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Umsetzung des Open Government Data-Artikels des Bundesgesetzes über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG) im Bereich der meteorologischen und klimatologischen Daten: Publikation eines ersten OGD-Datensets und Sicherstellung des Datenzugangs über eine einfache, maschinenlesbare Schnittstelle

Das Projekt stellt die rechtliche, technische und organisatorische Umsetzung des Open Government Data-Artikels des Bundesgesetzes über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG) im Bereich der meteorologischen und klimatologischen Daten sicher.
Bis Ende Q1/2025 wird auf der Bundesgeodateninfrastruktur (BGDI) ein erstes OGD-Datenset publiziert. Für Modelldaten wird gegebenenfalls eine zusätzliche Bezugsplattform beim schweizerischen Supercomputing Center CSCS eingerichtet. Der Zugang zu den Daten erfolgt über eine einfache, maschinenlesbare Schnittstelle.

Soll-Termin: 30.06.2025

Neue Klimaszenarien für die Schweiz: Veröffentlichung der neuen Klimaszenarien und Klimagrundlagen für die zu überarbeitende Strategie des Bundesrats zur Anpassung an den Klimawandel

Das Projekt behandelt die Erarbeitung und Aufdatierung der physikalischen Grundlagen des Klimawandels in der Schweiz. Diese Grundlagen werden zeitübergreifend (Vergangenheit-Gegenwart-Zukunft) zusammengebracht, quantifiziert und eingeordnet. Das Projekt wird in enger Zusammenarbeit mit der ETH Zürich umgesetzt.
Neue Produkte und Dienstleistungen stehen auf der MeteoSchweiz-Webseite für Anwender und Anwenderinnen zur Verfügung. Die Strategie des Bundesrats zur Anpassung an den Klimawandel kann die neuen Erkenntnisse und Analysen berücksichtigen. Die Publikation wird von einer Projektabschlussveranstaltung (inkl. Medien) begleitet.

Soll-Termin: 31.12.2025

Entwicklung und Implementierung der nächsten Generation von Unwetterwarnungen und Erneuerung des Naturgefahrenportals des Bundes: Operationelle Bereitstellung von automatischen Warnvorschlägen vor Unwetter für die Prognosedienste

Das Konzept für Unwetterwarnungen der MeteoSchweiz muss erneuert und die Produktionslandschaft im Bereich der Warnungen modernisiert werden. Zudem steht aus beschaffungsrechtlichen Gründen eine Weiterentwicklung des Naturgefahrenportals des Bundes (www.naturgefahren.ch) als umfassende Warninformationsplattform für die Bevölkerung, Medien und Behörden an.
Im zweiten Halbjahr 2025 ist die Produktionskette der automatisch generierten Warnvorschläge modernisiert und erweitert. Unwetterereignisse werden mittels neuer Methoden automatisch in den Prognosemodellen identifiziert und direkt in die Produktionswerkzeuge der Prognosedienste eingespeist.

Soll-Termin: 31.12.2025

Entwicklung und Implementierung der nächsten Generation von Unwetterwarnungen und Erneuerung des Naturgefahrenportals des Bundes: Einführung erneuertes Naturgefahrenportal

Das erneuerte Naturgefahrenportal wird im zweiten Halbjahr 2025 in Betrieb genommen und löst die bisherige im Einsatz stehende Version ab.

Soll-Termin: 31.12.2025

Vollständige Erneuerung der Datenerfassung des Bodenmessnetzes mittels Cloudnutzung: Validierung des neuen Konzeptes und Erneuerung von weiteren 50 Bodenstationen

Das Bodenmessnetz von MeteoSchweiz bildet die Grundlage für die meisten Produkte. Als solches gehört das Messnetz zur kritischen Infrastruktur von MeteoSchweiz. Das Erfassungssystem hat seine Lebensdauer erreicht und muss erneuert werden. Die gewählte Lösung nutzt die neuen IoT- und Cloud-Technologien, und stellt den Betrieb des Messnetzes für die nächste Generation sicher.
Die prä-operationelle Phase ist abgeschlossen und die neue Lösung ist für ein komplettes Deployment validiert. Dazu wird an 50 bestehenden Bodenmessstationen das neue Datenerfassungs- und Datenkommunikationssystem eingeführt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Aufbau des Schweizer Bodenfeuchtemessnetzes und Bereitstellung der Grundlagen zu Trockenheitsmonitoring und -vorhersage für die Bundesplattform: Realisierung erster Ausbauetappe Messnetz, Integration der Basisvariante Trockenheitsmonitoring und -vorhersage in Bundesplattform

Das Projekt stellt die meteorologischen Grundlagen zur betrieblichen Umsetzung der im BRB Trockenheit versprochenen Bundes-Plattform zu «Monitoring, Vorhersage, Information und Warnung von Trockenheit» bereit. Dazu wird ein neues Bodenfeuchtemessnetz in der Schweiz aufgebaut und die Daten in die Datenbank integriert. Zusätzlich werden ein Trockenheitsmonitoring, basierend auf u.a. Satellitendaten, und eine meteorologische Trockenheitsvorhersage in den Betrieb integriert und neue Analysen zur Verfügung gestellt.
Das Konzept des neuen Messnetzes ist definiert und die erste Ausbauetappe des Messnetzes ist realisiert. Die ganze Datenkette, inkl. einer Basisvariante der Qualitätskontrolle und Datenarchivierung, ist aufgebaut und in Betrieb. Analysen des Trockenheitsmonitoring und der Trockenheitsvorhersage sind im nationalen Programm integriert.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR GESUNDHEIT (BAG)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision der Verordnung über Integrität und Transparenz im Heilmittelbereich (VITH) (Erweiterung auf Medizinprodukte): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zur Anpassung der VITH eröffnen, mit welcher der Beschluss des Parlaments zur Erweiterung des Integritätsgebots auf Medizinprodukte umgesetzt werden soll. Artikel 55 HMG über die Integrität hält fest, dass Vorteile jeglicher Art die Wahl der Behandlung nicht beeinflussen dürfen. Dieses Integritätsgebot gilt gegenwärtig bei der Verschreibung, Abgabe und Anwendung von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bundesgesetz über seltene Krankheiten (in Umsetzung der Mo. SGK-S 21.3978 und Mo. SGK-N 22.3379): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zum neuen Bundesgesetz über seltene Krankheiten verabschieden. Es handelt sich dabei um die Umsetzung der Motionen SGK-S 21.3978 und SGK-N 22.3379. Mit dem neuen Bundesgesetz wird eine gesetzliche Grundlage im Bereich seltene Krankheiten geschaffen, die - unter Wahrung der Abgrenzung der Kompetenzen Bund / Kantone - insbesondere das Register für seltene Krankheiten, die Bezeichnung spezialisierter Versorgungsstrukturen (inkl. Evaluation / Reevaluation) und die Information durch gemeinnützige Organisationen (PatientInnenorganisationen) nachhaltig (finanziell) sichern soll.

Soll-Termin: 31.12.2025

---

2. Etappe zur Umsetzung der Volksinitiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)» (Bundesgesetz über Arbeitsbedingungen in der Pflege und Änderung des Bundesgesetzes über die Gesundheitsberufe): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur 2. Etappe zur Umsetzung der Pflegeinitiative verabschieden. Mit der 2. Etappe der Pflegeinitiative sollen die Arbeitsbedingungen und die Weiterentwicklungsmöglichkeiten im Bereich der Pflege verbessert werden, damit die Berufsverweildauer erhöht und die Ergebnisse der Ausbildungsoffensive der 1. Etappe gesichert werden können. Zu diesem Zweck wird die Schaffung eines neuen Bundesgesetzes über Arbeitsbedingungen in der Pflege sowie die Revision des Gesundheitsberufegesetzes vorgeschlagen.

Soll-Termin: 30.06.2025

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (EpG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (EpG) verabschieden. Sie ermöglicht es Bund und Kantonen in enger Zusammenarbeit, die Gesundheit der Schweizer Bevölkerung vor zukünftigen Bedrohungen durch übertragbare Krankheiten zu schützen und die dafür notwendigen Vorsorgemassnahmen rechtzeitig zu ergreifen. Im revidierten Gesetz und den dazugehörigen Verordnungen sind insbesondere die Erkenntnisse aus der Umsetzung des EpG vor der Covid-19-Pandemie, die Erkenntnisse aus der Covid-19-Bewältigung, aber auch neue Entwicklungen in geeigneter Weise adressiert.

Soll-Termin: 30.06.2025

Teilrevision des Transplantationsgesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen zur Optimierung des Vollzugs: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 das revidierte Transplantationsgesetz zusammen mit den angepassten Ausführungsbestimmungen in Kraft setzen, um die Patientensicherheit zu stärken und den Vollzug – insbesondere durch den Aufbau eines Vigilanzsystems – optimieren zu können.

Soll-Termin: 30.06.2025

Teilrevision des Heilmittelgesetzes (Etappe 3a): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Teilrevision des Heilmittelgesetzes verabschieden, mit welcher der Zugang zu innovativen Arzneimitteltherapien geklärt und die Verwendung digitaler Instrumente im Medikationsprozess gefördert werden sollen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Verordnung über die individuellen Erkennungsmerkmale und Sicherheitsvorrichtungen auf der Verpackung von Humanarzneimitteln: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung für eine Verordnung über die individuellen Erkennungsmerkmale und Sicherheitsvorrichtungen auf der Verpackung von Humanarzneimitteln eröffnen. Die Vorlage konkretisiert den Artikel 17a des Bundesgesetzes über Arzneimittel und Medizinprodukte (nHMG) und setzt die Motion Ettlin 22.3859 um.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bericht «Welche Massnahmen gegen Gefälligkeitszeugnisse von Ärztinnen und Ärzten?» (in Erfüllung des Po. Nantermod 22.3196): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 den Bericht betreffend Massnahmen gegen Gefälligkeitszeugnisse durch Ärztinnen und Ärzte gutheissen. Der Bericht wird bestehende Massnahmen zur Verhinderung von Gefälligkeitsgutachten aufzeigen und mögliche Optimierungspotenziale darlegen. Hierzu werden Rückmeldungen aus dem Feld (Stufe: Kanton und Bund) wie auch von Seiten der relevanten Verwaltungseinheiten der Bundesverwaltung eingeholt.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bericht «Betreuung von Menschen mit Demenz. Finanzierung verbessern» (in Erfüllung des Po. SGK-N 22.3867): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht betreffend Finanzierung der Betreuung von Menschen mit Demenz gutheissen. Der Bericht wird aufzeigen, mit welchen Massnahmen die Finanzierung der Betreuung von Menschen mit Demenz verbessert werden kann, unabhängig vom Ort, an dem diese Leistungen erbracht werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin. Nationale Strategie» (in Erfüllung des Po. Humbel19.4174): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht betreffend einer nationalen Strategie zur Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin gutheissen. Darin wird in Zusammenarbeit mit den Kantonen, den betroffenen Organisationen und Fachpersonen eine nationale Strategie zur Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin dargelegt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Massnahmen zur Berücksichtigung unterstützungsbedürftiger Bevölkerungsgruppen in der Strategie Digisanté und/oder bei der Revision des EPDG» (in Erfüllung des Po. SGK-S 23.4319): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht betreffend Massnahmen zur Berücksichtigung unterstützungsbedürftiger Bevölkerungsgruppen in der Strategie Digisanté und/oder bei der Revision des EPDG zur gutheissen. Darin wird aufgezeigt werden, wie die Massnahmen in die Strategie «Digisanté» und/oder in die vom Bundesrat geplante Revision des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier (EPDG) integriert werden können.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bericht «Überprüfung der Verbreitung sogenannter Konversionstherapien in der Schweiz und der Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung» (in Erfüllung des Po. von Siebenthal 21.4474): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 den Bericht betreffend Konversionstherapien in der Schweiz gutheissen. Darin wird das Ausmass der Konversionstherapien in der Schweiz aufgezeigt und geprüft, ob das bestehende Recht ausreicht, um gegen solche Praktiken vorgehen zu können.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bericht «Wirksame Prävention in der Gesundheitsversorgung» (in Erfüllung des Po. Wasserfallen 22.3671): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht betreffend die Wirksame Prävention in der Gesundheitsversorgung gutheissen. Der Bericht soll aufzeigen, welche Massnahmen notwendig sind, um wirksame Präventionsprogramme im Gesundheitswesen zu verstetigen: Klärung der Rolle der verschiedenen beteiligten Akteure, d.h. BAG, EDI, Kantone, Versicherer, Gesundheitsförderung Schweiz und Organisationen, die unterstützungswürdige Projekte entwickeln.

Soll-Termin: 31.12.2025

Revision des Tabakprodukteverordnung: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zur Teilrevision der Verordnung über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten eröffnen. Ziel ist die Anforderungen festzulegen, die das System zur Alterskontrolle zu erfüllen hat, das bei der Abgabe dieser Produkte über Automaten oder über das Internet sowie für das Schalten von Werbung im Internet erforderlich ist. Das System muss verhindern, dass Minderjährige Zugang zu oder Werbung für diesen Produkte erhalten. Dazu muss der Nachweis verlangt werden, dass das ausgewiesene Alter dem tatsächlichen Alter entspricht.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Drug Checking in der Schweiz. Mit welchen Massnahmen kann das bestehende Angebot unterstützt und verbessert werden?» (in Erfüllung des Po. Molina 22.4047): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht über die Notwendigkeit einer rechtlichen Abklärung von Drug Checking Angeboten gutheissen. Geprüft wird die Notwendigkeit einer klareren gesetzlichen Regelung von Drug-Checking-Angeboten in der Schweiz, um die Einhaltung bestimmter Qualitätsstandards zu gewährleisten und die Rechtssicherheit zu erhöhen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Investitionen und Planung der Spitäler» (in Erfüllung der Po. SGK-N 19.3423 und Carobbio Guscetti 17.4160): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 den Bericht in betreffend Investitionen Schweizer Spitäler und Spitalplanungsmodelle und Zukunftsszenarien gutheissen. Der Bericht soll einen Überblick über vergangene und zukünftige Investitionen Schweizer Spitäler in Infrastruktur und in Technologien verschaffen sowie Spitalplanungsmodelle und Zukunftsszenarien der Kantone erheben und analysieren.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bericht «Situation der pflegenden Angehörigen» (in Erfüllung der Ip. Roduit 23.3191): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 den Bericht zur Situation der pflegenden Angehörigen in Erfüllung der Interpellation Roduit 23.3191 gutheissen. Der Bericht vertieft die in der Interpellation erwähnten Themen Gewinn, Statistik, Qualitätssicherung und Weiterbildung, sowie weitere relevante Aspekte im Zusammenhang mit pflegenden Angehörigen.

Soll-Termin: 30.06.2025

Indirekter Gegenvorschlag zur Kostenbremse-Initiative «KVG-Änderung: Vorgabe von Kosten- und Qualitätszielen» (Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Verordnungsänderungen zur Umsetzung der Änderung vom 29. September 2023 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung verabschieden und eine Kommission für das Kosten- und Qualitätsmonitoring einsetzen. Der indirekte Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament sieht die Einführung von Kosten- und Qualitätszielen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) vor. Der Bundesrat legt alle vier Jahre fest, wie stark die Kosten maximal steigen dürfen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 2): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zur Umsetzung der Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) zum Kostendämpfungspaket 2 eröffnen. Die Vorlage beinhaltet unter anderem eine differenzierte WZW-Prüfung, allenfalls eine Operationalisierung der WZW-Kriterien, Preismodelle, die Umsetzung des Anliegens der Motion 19.3703, Netzwerke zur koordinierten Versorgung, Hebammenleistungen und Apothekerleistungen. Unter den WZW-Kriterien werden die drei Kriterien Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit verstanden. Für die Bezeichnung der von der Obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) vergüteten Leistungen müssen gemäss Artikel 32 KVG die WZW-Kriterien kumulativ erfüllt sein.

Soll-Termin: 31.12.2025

Indirekter Gegenvorschlag zur Volkinitiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien» (Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) zur Umsetzung des indirekten Gegenvorschlags zur Prämien-Entlastungs-Initiative eröffnen. Der indirekte Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament sieht vor, die Kantone zu verpflichten, einen Mindestbeitrag zur Finanzierung der Prämienverbilligung zu leisten. Zudem sieht der indirekte Gegenvorschlag vor, dass jeder Kanton festlegen muss, welchen Anteil die Prämien am verfügbaren Einkommen der Versicherten mit Wohnort im Kanton höchstens ausmachen darf.

Soll-Termin: 30.06.2025

Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Sicherstellung des flächendeckenden «Once Only Prinzip» für alle Daten Lieferantinnen und Lieferanten im stationären Bereich): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) zur Sicherstellung des flächendeckenden «Once-Only-Prinzip» für alle Daten-Lieferantinnen und -Lieferanten im stationären Bereich verabschieden. Durch eine Änderung des KVG soll ermöglicht werden, dass die Daten der Leistungserbringer im spitalstationären Bereich, die für die Erfüllung der Aufgaben gemäss KVG notwendig sind, zentral erhoben und den Empfängern, insbesondere SwissDRG, zur Verfügung gestellt werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Gesundheitsabkommen mit der EU: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zum Paket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU verabschieden, darunter auch zum Gesundheitsabkommen, um die Schweizer Bevölkerung besser vor grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren schützen zu können. Dies geschieht in Abhängigkeit vom Ergebnis der Verhandlungen zu diesem Paket.

Soll-Termin: 31.12.2025

Revision der Verordnungen über die Fachbewilligung für die Desinfektion des Badewassers in Gemeinschaftsbädern (VFB-DB), über die Fachbewilligung für die allgemeine Schädlingsbekämpfungsmittel (VFB-S) und über die Fachbewilligung für die Schädlingsbekämpfung (VFB-B): Verabschiedung

Mit der Revision der Verordnungen über die Fachbewilligung für die Desinfektion des Badewassers in Gemeinschaftsbädern (VFB-DB, SR 814.812.31), über die Fachbewilligung für die allgemeine Schädlingsbekämpfungsmittel (VFB-S, SR 814.812.33) und über die Fachbewilligung für die Schädlingsbekämpfung (VFB-B, SR 814.812.33) werden Befristungen resp. Erneuerungspflichten der entsprechenden Fachbewilligung durch Weiterbildung alle 5 Jahre eingeführt. Zudem werden in der VFB-DB die rechtlichen Voraussetzung für eine neue Organisationsstruktur zur Sicherstellung der Qualität der diesbezüglichen Fachprüfungen geschaffen.

Soll-Termin: 30.06.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Programm zur Förderung der digitalen Transformation im Gesundheitswesen (DigiSanté):
Start Umsetzungsphase: Start Umsetzung

Der Bundesrat hat am 22. November 2023 die Botschaft über einen Verpflichtungskredit für das Programm DigiSanté genehmigt und zur Beratung an das Parlament überwiesen. Nach der im 2024 erfolgten parlamentarischen Beratung wird nun im 2025 mit der Umsetzung dieses Programms gestartet. Primär sollen in einem ersten Schritt der Umsetzung bereits laufende Projekte weitergetrieben sowie neue Projekte initialisiert werden. Die Umsetzung des Programms DigiSanté ist Anfang 2025 gestartet. Ende September 2025 wird der Bundesrat erstmalig und danach jährlich über den Stand des Programms informiert. Gegenstand dieses Informationsgeschäftes ist die priorisierte Vorhabenliste, der Fortschritt der Vorhaben sowie die geplanten Arbeiten bis zur nächsten Berichterstattung.

Soll-Termin: 30.09.2025

Revision der Chemikalienverordnung zum Nachvollzug der neuen Bestimmungen der CLP Verordnungen der EU.: Verabschiedung durch BR

Die Revision der EU-CLP Verordnung (im Zuge der Umsetzung EU Chemicals Strategy for Sustainability, Verabschiedung in EU voraussichtlich Sommer 2024) muss in adäquater Weise im Schweizer Chemikalienrecht umgesetzt werden, um ein mit der EU vergleichbares Schutzniveau sicherzustellen und Handelshemmnisse zu vermeiden.
Verabschiedung der Revision der Chemikalienverordnung durch den Bundesrat.

Soll-Termin: 31.12.2025

Revision der Biozidprodukteverordnung zur Umsetzung des Gesetzes zur Reduktion der Risiken durch Pestizide (2. Phase): Eröffnung Vernehmlassung durch Bundesrat

Das Parlament hat 19. März 2021 Anpassung im Chemikaliengesetz (ChemG; SR 813.1) zur Reduktion der Risiken beim Einsatz von Pestiziden beschlossen. Im Bereich Biozidprodukte werden in den Artikeln 10a, 10b und 25a des geänderten ChemG dem Bundesrat gewisse Aufgaben delegiert. Mit den Anpassungen der Biozidprodukteverordnung per 01.01.2024 wurde einerseits eine neue Meldepflicht über die in Verkehr gebrachten Mengen von Biozidprodukten eingeführt und andererseits quantifizierbare Ziele für die Verringerung der Risiken durch bestimmte Biozidprodukte (ChemG, Art.10a und 25a) definiert werden. Die ebenfalls vorgesehene Meldepflicht bzgl. der Verwendung bestimmter Biozidprodukte (Art. 10b) musste auf eine nächste Revision verschoben werden, da zunächst rechtliche Fragen bzgl. Datenschutz (Data Governance) und des Informationssystems sowie technische Fragen zum Aufbau des Informationssystems geklärt werden müssen. Mit der Revision der Biozidprodukteverordnung soll nun auch diese gesetzliche Bestimmung umgesetzt werden.
Der Bundesrat eröffnet die Vernehmlassung zur Revision der Biozidprodukteverordnung.

Soll-Termin: 31.12.2025

Aussprachepapier zur Realisierung einer nationale Gesundheitskohorte: Entscheid BR

Mit BR Entscheid vom 16.06.2023 wurde das EDI (BAG federführend, sowie BLV, BFS) beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem WBF (SBFI, SECO) und dem UVEK (BAFU), vertiefte Abklärungen zu den Kosten, den Finanzierungsmöglichkeiten, der Organisationsform und den rechtlichen Grundlagen für den Aufbau einer nationalen Gesundenkohorte durchzuführen. Dem Bundesrat soll bis Ende Dezember 2025 darüber Bericht erstattet und einen Antrag über die Zweckmässigkeit und eine allfällige Realisierung der nationalen Gesundenkohorte vorgelegt werden.
Entscheid BR.

Soll-Termin: 31.12.2025

Erlass «Effiziente Datenbereitstellung der Leistungserbringer an Bund und Kantone während einer Pandemie»: Genehmigung / Gutheissung

Das Dekret soll die aktuellen Lücken im automatisierten Datenaustausch zwischen den verschiedenen Akteuren des Gesundheitswesens und den Behörden im Rahmen der Bewältigung von Epidemien bzw. einer Pandemie identifizieren und analysieren. Im Rahmen dieses Prozesses müssen Korrekturmassnahmen in Form eines Antrags gestellt werden, um die Ziele der Mo. Dobler 23.3681 zu erreichen.
Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Erlass in Erfüllung der Mo. Dobler 23.3681 «Effiziente Datenbereitstellung der Leistungserbringer an Bund und Kantone während einer Pandemie» gutheissen.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR STATISTIK (BFS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Konzept für den Aufbau einer Koordinationsstelle für künstliche Intelligenz: Prüfung

In Anbetracht der rasanten Fortschritte im Bereich der KI wird der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2025 den allfälligen Aufbau einer bundesinternen Koordinationsstelle für KI prüfen. Die vorgelagerte Aussprache über die Auslegeordnung zur Regulierung von KI von UVEK und EDA sowie die KI-Teilstrategie der BK (im Sinne von Art. 17 der Verordnung über die digitale Transformation und Informatik, VDTI) wird der Bundesrat dabei miteinbeziehen. Mit einer gemeinsamen strategischen Ausrichtung und Koordination in der Bundesverwaltung sollen Synergien, Innovation und Vertrauen beim Einsatz von KI gefördert werden. Die allfällige Koordinationsstelle für KI soll auf den bestehenden Kompetenzbereichen der Departemente und der Bundeskanzlei aufbauen und das gemeinsame Vorgehen im Bereich KI durch einen koordinierten, departementsübergreifenden Ansatz stärken. Das Konzept dient als Entscheidungsgrundlage für einen allfälligen Aufbau einer Koordinationsstelle.

Soll-Termin: 31.12.2025

Zwischenbericht Ressourceneinsatz und Umsetzungsstand der Harmonisierungs- und Standardisierungsarbeiten (NaDB): Kenntnisnahme

Der Bundesrat will die Datenbewirtschaftung der öffentlichen Hand durch die Mehrfachnutzung von Daten einfacher und effizienter machen. Damit Daten mehrfach genutzt werden können, müssen Datenkataloge und Metadaten (Beschreibung eines Datensatzes) einheitlich sein. Zudem müssen die verschiedenen Stellen die Daten austauschen können. Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 über die bei den beteiligten Verwaltungsstellen entstandenen Aufwände dazu im Rahmen eines Zwischenberichts über den Ressourceneinsatz und über den Umsetzungsstand der Harmonisierungs- und Standardisierungsarbeiten informiert.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bundesstatistikverordnung: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die neue Bundesstatistikverordnung verabschieden und in Kraft setzen. Diese regelt die Tätigkeiten sämtlicher Statistikproduzenten des Bundes, namentlich die Durchführung von Erhebungen und Befragungen, die Datenbearbeitung und -nutzung zu statistischen Zwecken sowie die verschiedenen Dienstleistungen im Bereich Datenwissenschaft und künstliche Intelligenz.

Soll-Termin: 30.06.2025

Revision von Anhang A des Statistikabkommens Schweiz–EU von 2004: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Revision von Anhang A des Statistikabkommens Schweiz–EU von 2004 verabschieden. Im Rahmen der Revision wird geprüft, wie die Kohärenz und die Vergleichbarkeit der Statistiken der Schweiz und der EU infolge der Weiterentwicklung der EU-Gesetzgebung erhalten bleiben.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Die Ursachen der Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern müssen in Bezug auf den Zivilstand vertieft über alle Altersstufen untersucht werden» (in Erfüllung des Po. Dobler 22.4500): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht gutheissen. Mit dem Postulat Dobler 22.4500 wird der Bundesrat gebeten, eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, welche spezifisch den unerklärten Teil der Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern mit neuesten wissenschaftlichen Methoden eingehend untersucht. Dabei sind mögliche Ursachen für Lohndifferenzen wie Mutterschaft, Erwerbsunterbrüche, Zivilstand, Berufserfahrung nach Altersstufen zu untersuchen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Schaffung einer neuen Statistik zur Anzahl Kinder, die Zeuginnen oder Zeugen von häuslicher Gewalt sind» (in Erfüllung der Mo. Bulliard 20.3772): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Anpassungen an der polizeilichen Kriminalstatistik gutheissen. Diese jährliche oder zumindest in regelmässigen Abständen geführte Statistik wird aufzeigen, wie viele Kinder in Haushalten gemeldet sind, in denen Polizeieinsätze aufgrund von häuslicher Gewalt stattfinden.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Umsetzung der Umweltgesamtrechnung und des Aktionsplans 2025–2029: Realisierung

Prüfung der Machbarkeit von vereinfachten nationalen Wasserkonten im Rahmen der Umweltgesamtrechnung (System of Environmental-Economic Accounting SEEA).
Unterstützung des UVEK bei der Erarbeitung des Berichts über die Umsetzung der Massnahmen zur Wasserversorgungssicherheit im Auftrag des Bundesrats: Prüfung der Machbarkeit von vereinfachten nationalen Wasserkonten im Rahmen der Umweltgesamtrechnung.

Soll-Termin: 30.06.2025

Digisanté: Nutzung und Bewirtschaftung von Gesundheitsdaten: Initialisierung

Plattform für Bewirtschaftung von Gesundheitsdaten.
Der Aufbau der Plattformen Microdata Centre und Data Analytics Plattform (DAP) wird im Rahmen der Vorarbeiten DigiSanté initiiert.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN (BSV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Leitlinie der Reform der AHV: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Leitlinien für die nächste AHV Reform verabschieden, um die Finanzierung der Versicherung zwischen 2030 und 2040 zu sichern. Die mit der Reform AHV 21 vorgesehenen Massnahmen hätten die Finanzierung der AHV bis 2030 sichern sollen. Die nächste Reform soll die Finanzierung der AHV im Zeitraum 2030–2040 garantieren. Die Finanzierung der 13. AHV-Rente wird dabei eine erhebliche Rolle spielen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Höchstbeitrag der Finanzhilfen an nationale Altersorganisationen: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Höchstbetrag der Finanzhilfen an nationale Altersorganisationen gemäss Artikel 101bis des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) für den Zeitraum 2026–2029 gutheissen. Er macht dies auf Basis einer Evaluation der bisher ausgerichteten Finanzhilfen, einer Analyse des zukünftigen Bedarfs sowie der Finanzlage des Bundes.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «AHV. Prüfung der Auswirkungen der Unternehmenssteuerreformen auf das AHV-Beitragssubstrat» (in Erfüllung des Po. Herzog 22.4450): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 den Bericht über die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreformen auf die AHV gutheissen. Dieser Bericht soll u.a. Massnahmen prüfen, um die Beitragsumgehung durch die Zahlung von Dividenden statt Lohn zu vermeiden.

Soll-Termin: 30.06.2025

Änderung des Freizügigkeitsgesetzes (FZG) (in Umsetzung der Mo. Dittli 21.4142):
Verabschiedung der Botschaft

Die Motion Dittli 21.4142 «Altersguthaben schützen bei einem Austritt aus einem 1e-Plan» verlangt, dass bei einem Wechsel von einer Vorsorgeeinrichtung mit Wahl der Anlagestrategie (1e-Plan) in eine Vorsorgeeinrichtung ohne 1e Plan die Austrittsleistung für zwei Jahre auf eine Freizügigkeitseinrichtung übertragen werden kann, um allfällige Verluste ausgleichen zu können. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2025

---

13. AHV-Rente: Umsetzung

Am 3. März 2024 haben Volk und Stände die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente angenommen. Sie muss ab 2026 ausbezahlt werden. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die nötigen rechtlichen Grundlagen anpassen und die 13. AHV-Rente für den 1. Januar 2026 umsetzen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Anpassung der Sozialversicherungssysteme (Verbesserung der sozialen Absicherung von professionellen Kulturschaffenden): Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 einen Grundsatzentscheid über weitere Massnahmen zur Verbesserung der sozialen Absicherung von professionellen Kulturschaffenden fällen. In diesem Rahmen wird er insbesondere die Erfahrungen anderer Länder untersuchen. Auf dieser Grundlage wird der Bundesrat entscheiden, ob er eine Botschaft verabschiedet.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Haben wir ein Problem mit Jugendkriminalität?» (in Erfüllung des Po. Engler 23.3205): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Haben wir ein Problem mit Jugendkriminalität?» genehmigen. Der Bericht soll eine Bestandesaufnahme zu den Themen Jugendkriminalität, Wirksamkeit jugendstrafrechtlicher Sanktionen und Prävention vornehmen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Schutz vor Zusatzfunktionen in Videospielen (Mikrotransaktionen)» (in Erfüllung des Po. WBK-N 23.3004): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Schutz vor Zusatzfunktionen in Videospielen (Mikrotransaktionen)» genehmigen. Der Bericht soll darlegen, welche Arten der Mikrotransaktionen besondere Gefahren für Abhängigkeit und Suchtverhalten bergen und mit welchen Mitteln der Bund diesen Gefahren gegebenenfalls entgegenwirken kann.

Soll-Termin: 31.12.2025

Monitoring der Armutssituation in der Schweiz (in Umsetzung der Mo. WBK-S 19.3953): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den ersten Bericht des Nationalen Armutsmonitorings vorlegen. Der Bericht wird die Armutssituation der Bevölkerung in unterschiedlichen Lebensbereichen darlegen. Er identifiziert Risikogruppen und zeigt auf, wie sich die Armut im Verlauf der Zeit entwickelt. Weiter beschreibt er, mit welchen Ansätzen Armut bekämpft wird und was über deren Wirksamkeit bekannt ist.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bundesgesetz über Informationssysteme in den Sozialversicherungen (BISS):
Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zum Bundesgesetz über Informationssysteme in den Sozialversicherungen (BISS) verabschieden. Mit der Vorlage sollen die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, um den Durchführungsstellen den elektronischen Verkehr mit den Versicherten und anderen Akteuren der 1. Säule zu ermöglichen und den Versicherten moderne, digitale Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Intensive Frühintervention (IFI) bei Kindern mit frühkindlichem Autismus: Parlamentarische Beratung sowie Erarbeiten der Verordnung

Der Beitrag der Invalidenversicherung (IV) zur Übernahme der Kosten für die intensive Frühintervention bei Kindern mit frühkindlichem Autismus (IFI) ist Gegenstand eines befristeten Pilotversuchs, der noch bis Ende 2026 läuft. Mit der Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) soll die finanzielle Unterstützung der IV für die IFI nach Abschluss des Pilotversuchs per 1. Januar 2027 nahtlos fortgesetzt werden können.
Beginn der parlamentarischen Beratung sowie Erarbeiten der Verordnung.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR LEBENSMITTELSICHERHEIT UND VETERINÄRWESEN (BLV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung des Lebensmittelgesetzes (LMG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Änderung des Lebensmittelgesetzes verabschieden. Mit der Änderung sollen die Lebensmittelsicherheit und der Täuschungsschutz verbessert werden. Es sollen insbesondere Regelungen zur Kontrolle und zu Massnahmen beim Internethandel sowie zur Bekämpfung von Lebensmittelbetrug vorgesehen werden. Durch die Angleichung von Vorschriften an jene der EU sollen das gleich hohe Schutzniveau wie in der EU erreicht und gleichzeitig Handelshemmnisse verhindert werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Eine CO_2-Etikette für unverarbeitete Lebensmittel» (in Erfüllung des Po. WBK-N 22.4275): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Eine CO_2-Etikette für unverarbeitete Lebensmittel» gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat die Einführung einer CO_2-Etikette für alle unverarbeiteten Lebensmittel prüfen. Diese Etikette muss die Produktionsweise und die Art des Transports dieser Lebensmittel berücksichtigen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Lebensmittelsicherheitsabkommen mit der EU: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zum Paket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU verabschieden, darunter auch zum Lebensmittelsicherheitsabkommen, um über die gesamte Lebensmittelkette einen umfassenden, gemeinsamen Lebensmittelsicherheitsraum schaffen zu können. Dies geschieht in Abhängigkeit vom Ergebnis der Verhandlungen zu diesem Paket.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Informationssystem zur Verwaltung von Gesuchen zu Pflanzenschutzmitteln (InfoFito): Einführung

Das Informationssystem InfoFito dient zur Verwaltung und Bearbeitung der Gesuche um Zulassung von Pflanzenschutzmitteln sowie der Genehmigung von Wirkstoffen, Safenern und Synergisten.
Die Einführung des Informationssystems InfoFito ist abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2025

INSTITUT FÜR VIROLOGIE UND IMMUNOLOGIE (IVI)

PROJEKTE UND VORHABEN

Umsetzung IKT-Strategie 2024–2029: Erhöhung Netzwerkkapazität

Ziel der IKT-Strategie des IVI ist es, die Leistungen der IT auf die Herausforderungen der Zukunft auszurichten, die Zusammenarbeit zwischen den Standorten zu erleichtern und die Leistungsfähigkeit zu erhöhen.
Erhöhung Netzwerkkapazität und Interoperabilität.

Soll-Termin: 30.12.2025

EJPD

GENERALSEKRETARIAT EJPD (GS-EJPD)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung des Urheberrechtsgesetzes: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zu einer Teilrevision des Urheberrechtsgesetzes (URG) verabschieden. Das URG soll um ein Leistungsschutzrecht für Medienunternehmen erweitert werden. Medienunternehmen sollen für die Nutzung journalistischer Leistungen durch grosse Online-Dienste künftig eine Vergütung erhalten. Davon sollen auch die Medienschaffenden profitieren.

Soll-Termin: 30.06.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Weiterentwicklung Schengen Dublin: Einführung ETIAS

Die Programmleitung sorgt für die Abwicklung des Programms, die Herbeiführung von Entscheidungen, die termingerechte Berichterstattung, die Einhaltungen der Budgets, der Ziele und Termine. Im Programmkoordinationsausschuss (PKA) erfolgt die Koordination und Abstimmung auf der operativen Ebene zwischen den beteiligten Verwaltungseinheiten.
Im Rahmen der Programmführung wird jährlich eine Zwischenevaluation (QR-Bericht) durchgeführt. Abgestimmt auf die vom EU-Rat «Justiz und Inneres» (JI-Rat) am 19.10.2023 genehmigte Planung muss der für ursprünglich Ende 2025 vorgesehene Programmabschluss PSW zeitlich um mindestens 1 Jahr verschoben werden. Für 2025 ist gemäss EU-Planung die Einführung von ETIAS (Europäisches Reiseinformations- und Genehmigungssystem) mit den zugehörigen IOP Komponenten geplant.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR JUSTIZ (BJ)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung des Opferhilfegesetzes (in Umsetzung der Mo. Carobbio 22.3234, de Quattro 22.3334 und Funiciello 22.3333): Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 Kenntnis von den Ergebnissen der Vernehmlassung nehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden. Ziel der Änderung des Opferhilfegesetzes ist, eine spezialisierte medizinische und rechtsmedizinische Betreuung insbesondere von Opfern von sexueller und häuslicher Gewalt sicherzustellen. Mit dieser Revision wird der Bundesrat die Motionen Carobbio 22.3234, de Quattro 22.3334 und Funiciello 22.3333 «Krisenzentren für Opfer von sexualisierter, häuslicher und geschlechtsbezogener Gewalt» umsetzen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Änderung des Verwaltungsstrafrechts (in Umsetzung der Mo. Caroni 14.4122):
Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) verabschieden. Ziel ist eine umfassende Überarbeitung des VStrR, um den Entwicklungen im Strafverfahren seit der Verabschiedung des Gesetzes im Jahr 1974 Rechnung zu tragen. Mit dieser Revision kann der Bundesrat die Motion Caroni 14.4122 «Für ein modernes Verwaltungsstrafrecht» umsetzen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Änderung des Obligationenrechts (Anpassung der Bestimmungen zur Transparenz über nichtfinanzielle Belange): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft über die Anpassung der Bestimmungen zur Transparenz über nichtfinanzielle Belange im Obligationenrecht verabschieden. Diese Gesetzesvorlage soll eine Angleichung an die neusten Entwicklungen des EU-Rechts erwirken.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Wettbewerb statt Protektionismus. Schweizweite Liberalisierung des Notariatswesens» (in Erfüllung des Po. Bertschy 20.3879): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Wettbewerb statt Protektionismus. Schweizweite Liberalisierung des Notariatswesens» (in Erfüllung des Po. Bertschy 20.3879) gutheissen. Im Bericht soll dargelegt werden, wie eine schweizweite Liberalisierung des Notariatswesens mit einem möglichst freien, interkantonalen Wettbewerb umgesetzt werden kann. Dabei soll aufgezeigt werden, welchen Nutzen eine Liberalisierung für die Volkswirtschaft und die Konsumenteninnen und Konsumenten mit sich bringen würde.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Datenschutz bei den Datenbanken des Bundes und der Kantone - Es braucht eine Gesamtschau» (in Erfüllung des Po. Flach 19.4567): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Datenschutz bei den Datenbanken des Bundes und der Kantone. Es braucht eine Gesamtschau» (in Erfüllung des Po. Flach 19.4567) gutheissen. Der Bericht soll aufzeigen, welche Herausforderungen aufgrund der zunehmenden Vernetzung und steigenden Leistungsfähigkeit der Datenbanken von Bund und Kantonen hinsichtlich des Datenschutzes bestehen und ob diesbezüglich gesetzgeberische oder sonstige Massnahmen angezeigt sind.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Vorsorglicher Rechtsschutz ausserhalb der Geschäftszeiten» (in Erfüllung des Po. RK-N 22.3002): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr den Bericht «Vorsorglicher Rechtsschutz ausserhalb der Geschäftszeiten» (in Erfüllung des Po. RK N 22.3002) gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat Vorschläge prüfen und darüber Bericht zu erstatten, wie namentlich bei Persönlichkeitsverletzungen der vorsorgliche Rechtsschutz in Zivilverfahren, insbesondere mittels superprovisorischer Massnahmen gemäss Artikel 265 f. Zivilprozessordnung über die allgemeinen Geschäftszeiten der Gerichte hinaus im Sinne eines Pikettdienstes der Gerichte gewährleistet werden kann. Dabei ist auf die kantonale Gerichtsorganisation und die Sicherstellung der Verfahrensgarantien Rücksicht zu nehmen sowie die Praktikabilität und Effizienz solcher Massnahmeverfahren sicherzustellen.

Soll-Termin: 30.06.2025

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Erleichterung der Stiefkindadoption: Anpassung des Familienrechts) (in Umsetzung der Mo. RK-N 22.3382): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zu einer Anpassung des Zivilgesetzbuches (ZGB) vorlegen. Mit der Motion RK-N 22.3382 «Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption» wurde der Bundesrat beauftragt, das Familienrecht anzupassen. Die Voraussetzung des einjährigen Pflegeverhältnisses als Adoptionsbedingung soll entfallen, wenn ein leiblicher Elternteil bereits seit Geburt des Kindes mit dem Adoptionswilligen zusammenlebt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Zwischenbilanz Evaluation Gleichstellungsgesetz»: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 einen Bericht mit einer Zwischenbilanz zur Evaluation des Gleichstellungsgesetzes gutheissen. In Antworten zu verschiedenen parlamentarischen Vorstössen (z.B. Mo. Hess Lorenz 21.3944 «Schluss mit den Lippenbekenntnissen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit») hat der Bundesrat angekündigt, eine Zwischenbilanz über die Durchführung von Lohngleichheitsanalysen zu ziehen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Verbesserung Situation nonbinärer Personen» (in Erfüllung des Po. RK-N 23.3501): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Verbesserung Situation nonbinärer Personen» (in Erfüllung des Po. RK-N 23.3501) gutheissen. Der Bericht wird aufzeigen, mit welchen Massnahmen die Situation von nicht binären Personen verbessert werden könnte, ohne dass dafür das binäre Geschlechtermodell rechtlich aufgegeben werden muss. Für den Bericht sind sowohl die Erfahrungen der betroffenen Personen einzubeziehen als auch eine Übersicht der im Ausland eingeführten Massnahmen zu erstellen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Revision des Zivilgesetzbuches und der Grundbuchverordnung (Stockwerkeigentum) (in Umsetzung der Mo. Caroni 19.3410): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Revision des Zivilgesetzbuches verabschieden. Mit der Motion Caroni 19.3410 «55 Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für ein Update» wurde der Bundesrat beauftragt, das Stockwerkeigentumsrecht anzupassen. Das Stockwerkeigentumsrecht hat sich gesamthaft betrachtet durchaus bewährt, in einigen Bereichen müssen die Regelungen aber überarbeitet werden.

Soll-Termin: 30.06.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Rechtshilfevertrag Singapur: Verabschiedung Botschaft

Vertragsverhandlungen mit Singapur über einen Rechtshilfevertrag in Strafsachen finden sich in der Liste der priorisierten Vertragsgeschäfte der «Strategie Staatsvertragsnetz im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen» von 2016. Singapur verfügt wie die Schweiz über einen wichtigen internationalen Finanzplatz, und von Seiten der Strafverfolger besteht ein Interesse an einer vertraglichen Grundlage für die Bekämpfung insbesondere von Geldwäscherei und Finanzkriminalität.
Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zum Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Singapur über Rechtshilfe in Strafsachen verabschieden. Vertragsverhandlungen mit Singapur über einen Rechtshilfevertrag in Strafsachen finden sich in der Liste der priorisierten Vertragsgeschäfte der «Strategie Staatsvertragsnetz im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen» von 2016. Singapur verfügt wie die Schweiz über einen wichtigen internationalen Finanzplatz, und von Seiten der Strafverfolger besteht ein Interesse an einer vertraglichen Grundlage für die Bekämpfung insbesondere von Geldwäscherei und Finanzkriminalität.

Soll-Termin: 31.12.2025

Europäische Herausgabe- und Sicherungsanordnungen für elektronische Beweismittel im Strafrecht (e-Evidence-Verordnung): Initiierung/Schaffung des rechtlichen Rahmens gemäss Grundsatzentscheid des BR

Im Bereich des grenzüberschreitenden Zugriffs auf Daten als Beweismittel im Rahmen von Strafverfahren muss die Schweiz eine gesetzliche Anpassung vornehmen. Das BJ hat 2021 das System des US-CLOUD-Act evaluiert.
m Bereich des grenzüberschreitenden Zugriffs auf Daten als Beweismittel im Rahmen von Strafverfahren muss die Schweiz eine gesetzliche Anpassung vornehmen. Das BJ hat US-CLOUD-Act und e-Evidence-Vorlage der EU analysiert. Der Grundsatzentscheid des Bundesrats wird 2025 umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Haager Unterhaltsübereinkommen (HUÜ): Eröffnung Vernehmlassung

Mit der Motion 22.3250 «Haager Unterhaltsübereinkommen. Vorbereitung und Ratifizierung durch die Schweiz» wurde der Bundesrat beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen die für eine Ratifizierung des Haager Unterhaltsübereinkommens von 2007 notwendige angepasste Behördenorganisation im Bereich des internationalen Unterhaltsinkassos zu schaffen.
Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zu einem Umsetzungsgesetz zum Haager Unterhaltsübereinkommen von 2007 eröffnen.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR POLIZEI (FEDPOL)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Übernahme und Umsetzung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den automatisierten Datenaustausch für die polizeiliche Zusammenarbeit (Prüm II): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den automatisierten Datenaustausch für die polizeiliche Zusammenarbeit (Prüm II) verabschieden. Mit der Verordnung sollen dem bereits bestehenden automatisierten Austausch biometrischer Daten neue Datenkategorien hinzugefügt werden, wie zum Beispiel Gesichtsbilder von Verdächtigen und verurteilten Straftäterinnen und Straftätern sowie Kriminalakten.
Schliesslich sieht die Verordnung die Standardisierung der Übermittlung von Personendaten (Phase II) im Anschluss an eine bestätigte Übereinstimmung (zum Beispiel Vorname, Name, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Geburtsort) innerhalb von 48 Stunden vor.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Verordnung über die Bearbeitung von Flugpassagierdaten zur Bekämpfung von terroristischen und anderen schweren Straftaten (Flugpassagierdatenverordnung, FPO): Eröffnung der Vernehmlassung

Die Verordnung über die Bearbeitung von Flugpassagierdaten (VO-FPG) konkretisiert das FPG. Die Verordnung wird die technischen Einzelheiten in den Bereichen Datenbekanntgabe, Informationspflicht und Datenbearbeitung regeln.
Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zur Verordnung über die Bearbeitung von Flugpassagierdaten (VO-FPG) eröffnen.

Soll-Termin: 31.12.2025

SCHWEIZERISCHES INSTITUT FÜR RECHTSVERGLEICHUNG (SIR)

PROJEKTE UND VORHABEN

Evaluation der umgesetzten Massnahmen des Projekts Organisationsentwicklung: Evaluation der eingeführten Änderungen und Beschluss zum weiteren Vorgehen

Aktuell werden im Rahmen eines Projekts zur Organisationsentwicklung verschiedene Massnahmen erarbeitet, mit welchem einige bei der Mitarbeiterbefragung bemängelte Punkte verbessert werden sollten. 2025 sind diese Änderungen zu evaluieren. Auf der Grundlage der Evaluation ist über das weitere Vorgehen zu beschliessen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Verwaltung der Bibliotheksräumlichkeiten: Erarbeitung und Umsetzung von Richtlinien über die Aufbewahrungsarten und -dauer von Papierbeständen.

Die ständig wachsenden Buchbestände der Bibliothek führten zu einem Platzproblem.
Um in den verfügbaren Räumlichkeiten die Qualität der Sammlungen zu erhalten, müssen verschiedene Richtlinien über die Aufbewahrungsarten und -dauer sowie die Aussortierung erarbeitet und danach umgesetzt werden. Der Meilenstein wird durch das Aussortieren und Entsorgen von Dokumenten, die nicht aufbewahrt werden sollen, definiert.

Soll-Termin: 31.12.2025

EIDGENÖSSISCHE SPIELBANKENKOMMISSION (ESBK)

PROJEKTE UND VORHABEN

Spielbankenaufsicht: Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen:
Umsetzung Inspektionsplan

Mit einer risikoorientierten Aufsicht stellt die ESBK die Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sicher. Es wird ein Inspektionsplan erstellt und intern kommuniziert.
Der neue Plan wird bis Ende 2025 evaluiert und allfällige Empfehlungen und Optimierungen sind umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2025

STAATSSEKRETARIAT FÜR MIGRATION (SEM)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Umsetzung des Berichts über die Gesamtschau Förderung inländisches Arbeitskräftepotenzial: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 vom Ergebnis der Umsetzung der in 2024 beschlossenen Massnahmen im Zusammenhang mit der Gesamtschau zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials Kenntnis nehmen. Die Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials stellt seit mehreren Jahren ein wichtiges Ziel des Bundesrates dar. Damit kann sichergestellt werden, dass die Schweizer Unternehmen ihre Arbeitskräfte bestmöglich im Inland rekrutieren, da der Bedarf nach Arbeits- und Fachkräften aufgrund des demografischen Wandels in den nächsten Jahren steigen wird. Zusammen mit der notwendigen Arbeitsmigration leisten die inländischen Arbeitskräfte einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Arbeits- und Fachkräftebedarfs.

Soll-Termin: 31.12.2025

Programm «Unterstützungsmassnahmen für Personen mit Schutzstatus S» (Programm S): Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 über die Weiterführung des Programms «Unterstützungsmassnahmen für Personen mit Schutzstatus S (Programm S)» entscheiden.
Schutzsuchende aus der Ukraine können und sollen durch Integrationsmassnahmen, Bildung und Erwerbsarbeit aktiv am sozialen und beruflichen Leben der Schweiz teilnehmen und ihre Fähigkeiten erhalten und ausbauen. Im Rahmen des Programm S unterstützt das Staatssekretariat für Migration (SEM) die Kantone mit einem finanziellen Beitrag.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Reformvorschläge der EU Innenministerinnen und -minister für ein gemeinsames europäisches Asylsystem (GEAS)» (in Erfüllung des Po. Pfister 23.3859): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 den Bericht in Erfüllung des Postulats Pfister 23.3859 zu den Reformvorschlägen der EU-Innenministerinnen und -minister für ein gemeinsames europäisches Asylsystem (GEAS) gutheissen. Der Bericht soll aufzeigen, welche Chancen und Risiken diese Reform mit sich bringt. Zudem soll auch auf die finanziellen Folgen und den legislatorischen Bedarf eingegangen werden.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bericht «Wiederermöglichung unbürokratischer Anordnung der Administrativhaft durch die Bundesasylzentren» (in Erfüllung des Po. Müller 23.3837): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht in Erfüllung des Postulats Müller 23.3837 betreffend Anordnung der Administrativhaft gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat die Wiedereinführung der Möglichkeit prüfen, dass die Bundesasylzentren Administrativhaft anordnen können.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Erfahrungen aus dem Ukraine-Krieg. Evaluation des Integrations- und Sparpotenzials einer Verstetigung der privaten Unterbringung im Asylwesen» (in Erfüllung des Po. Marti Samira 23.3203): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Erfahrungen aus dem Ukraine-Krieg. Evaluation des Integrations- und Sparpotenzials einer Verstetigung der privaten Unterbringung im Asylwesen» in Erfüllung des Postulats Marti Samira 23.3203 gutheissen. Im Bericht soll dargelegt werden, ob die private Unterbringung von Flüchtlingen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Kantonen ausgebaut werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2025

Überprüfung der Zusammenarbeit im Grenzkontrollbereich (reFRONT): Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 über das weitere Vorgehen in Bezug auf die Umsetzung von reFRONT entscheiden. 2020 wurde das Projekt «reFRONT - Überprüfung der Zusammenarbeit im Grenzkontrollbereich» in Auftrag gegeben. Im Abschlussbericht zu reFRONT wird eine intensivere, wirkungsorientiertere und stärker institutionalisierte Zusammenarbeit der verschiedenen Grenzkontrollbehörden empfohlen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Aktualisierter Bericht zur Personenfreizügigkeit und Zuwanderung in die Schweiz» (in Erfüllung des Po. Gössi 23.4171): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht in Erfüllung des Postulats Gössi 23.4171 zu einer Aktualisierung des Berichts aus dem Jahre 2012 zur Personenfreizügigkeit und Zuwanderung in die Schweiz gutheissen. Der Bericht soll auch die Auswirkungen der Zuwanderung auf das Schweizer Gesundheitswesen, die Finanzen des Bundes oder andere neue und relevante Bereiche aufzeigen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Eidgenössische Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (Nachhaltigkeitsinitiative): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Nachhaltigkeitsinitiative verabschieden. Die Initiative will die Bevölkerungszahl bis 2050 auf 10 Millionen beschränken.

Soll-Termin: 30.06.2025

Genehmigung und Umsetzung der Rechtsgrundlagen zum EU-Migrations- und Asylpakt (Weiterentwicklungen des Schengen-/Dublin-Besitzstands): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Genehmigung und Umsetzung der Rechtsgrundlagen zum EU-Migrations- und Asylpakt (Weiterentwicklungen des Schengen-/Dublin-Besitzstands) verabschieden. Die EU verabschiedete auf europäischer Ebene am 14. Mai 2024 im Rahmen des EU-Migrations- und Asylpakts die folgenden, für die Schweiz verbindlichen, Rechtsakte: AMMR-Verordnung, Krisenverordnung, Eurodac-Verordnung, Rückkehrgrenzverfahrensverordnung und Überprüfungsverordnung. Es handelt sich dabei um Weiterentwicklungen des Dublin- resp. Schengen-Besitzstands, für deren Übernahme und Umsetzung in der Schweiz Gesetzesanpassungen und die Genehmigung des Parlaments erforderlich sind. Der EU-Migrations- und Asylpakt ist ein Bündel von Regelungen zur Schaffung eines gerechteren, effizienteren und krisenresistenteren Migrations- und Asylsystems für die EU resp. den Schengen-/Dublin-Raum.

Soll-Termin: 30.06.2025

Genehmigung und Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1717 zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/399 über einen Unionskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Genehmigung und Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1717 zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/399 über einen Unionskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) verabschieden. Die EU-Verordnung zur Revision des Schengener Grenzkodex wurde auf europäischer Ebene am 13. Juni 2024 verabschiedet. Es handelt sich um eine Schengen-Weiterentwicklung, für deren Übernahme und Umsetzung Gesetzesanpassungen und die Genehmigung des Parlaments erforderlich sind.
Die EU-Verordnung ergänzt die bestehenden Voraussetzungen und Verfahren für die vorübergehende Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen, führt die Möglichkeit ein, neue Massnahmen an den Schengen-Aussengrenzen bei der Bedrohung der öffentlichen Gesundheit vorzusehen und enthält ein neues Überstellungsverfahren, mit welchem illegal aufhältige Ausländerinnen und Ausländer, welche im Rahmen einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit im Grenzraum aufgegriffen werden, leichter weggewiesen werden können.

Soll-Termin: 30.06.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Steigerung der beruflichen Integration von Geflüchteten: Kenntnisnahme des Berichts

Ziel ist es, zu ermitteln, ob die Erwerbstätigkeit und Bildungsbeteiligung von Geflüchteten, namentlich von Schutzbedürftigen auf 40 %, gesteigert werden kann.
Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 den Bericht zum Fortschritt der beruflichen Integration von Personen im Asylbereich zur Kenntnis nehmen.

Soll-Termin: 30.06.2025

INFORMATIK SERVICE CENTER ISC-EJPD (ISC-EJPD)

PROJEKTE UND VORHABEN

Software-Referenzarchitektur V5: Anwendung der Software-Referenzarchitektur V5 bei sämtlichen Neuentwicklungen und Migration von mindestens 40 % der nach früheren Versionen entwickelten Anwendungen auf die Secure Private Cloud EJPD

Das EJPD steuert seit 2003 die Entwicklung seiner Individual-Fachanwendungen mittels der EJPD Software-Referenzarchitektur. Damit lassen sich eine hohe Standardisierung und eine grosse Homogenität in der Anwendungslandschaft mit Skaleneffekten in Entwicklung und Betrieb erzielen. Die neue Software-Referenzarchitektur V5 basiert auf Microservices, welche standardisiert in sogenannten Containern auf der Secure Private Cloud EJPD (SPC EJPD) betrieben werden können. Erste bedeutende Anwendungen werden seit 2022 auf der neuen Plattform erfolgreich in hoher Qualität (Verfügbarkeit, Sicherheit und Stabilität) betrieben.
Neue Anwendungen werden gemäss Software-Referenzarchitektur V5 entwickelt und auf der Secure Private Cloud EJPD (SPC EJPD) betrieben. Bis Ende 2025 sollen mindestens 40 % der nach früheren Versionen entwickelten Anwendungen auf die SPC EJPD migriert sein. Dabei soll die Plattform es ermöglichen, jederzeit neue Releases unterbruchsfrei zu installieren.

Soll-Termin: 31.12.2025

VBS

GENERALSEKRETARIAT VBS (GS-VBS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht über die Erreichung der strategischen Ziele für die RUAG MRO Holding AG im Jahr 2024: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 den Bericht über die Erreichung der strategischen Ziele der RUAG MRO Holding AG im Jahr 2024 zur Kenntnis nehmen. Im Bericht gibt der Verwaltungsrat der RUAG MRO Holding AG in Bezug auf das Geschäftsjahrs 2024 Auskunft über den Stand der Erreichung der durch den Bundesrat für einen Zeithorizont von vier Jahren festgelegten strategischen Ziele.

Soll-Termin: 30.06.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Umsetzung des Informationssicherheitsgesetzes (ISG): Umsetzung Beschlüsse des Bundesrats

Das Informationssicherheitsgesetztes (ISG) wird umgesetzt. Ziel des Gesetzes ist einerseits die sichere Bearbeitung von Informationen, für die der Bund zuständig ist, anderseits der sichere Einsatz der Informatikmittel des Bundes.
Allfällige Beschlüsse des Bundesrats zum Evaluationsbericht über die Funktionsweise der Informationssicherheit werden umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Projekt DigiSec zur Digitalisierung der Sicherheitsprozesse: Einführung in den Ämtern des VBS

Das Projekt DigiSec soll die Realisierung der Digitalisierung der Sicherheitsprozesse entlang der Informationssicherheitsverordnung ISV sicherstellen.
Die Digitalisierung der Sicherheitsprozesse soll bei den Ämtern des VBS schrittweise eingeführt werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Sicherheitsgovernance VBS: Erstellung der Governance und Konsolidierung der Sicherheitsweisungen

Die Prozesse, Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Sicherheit im VBS werden schrittweise aufgebaut und umgesetzt.
Die Erstellung der Sicherheitsgovernance und die Konsolidierung der Sicherheitsweisungen im VBS werden realisiert.

Soll-Termin: 31.12.2025

Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz: Einleitung Plangenehmigungsverfahren

Die Munitionsrückstände im ehemaligen Munitionslager Mitholz sollen geräumt werden.
Das militärische Plangenehmigungsverfahren zur Vorbereitung zur Realisierung der Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz soll eingeleitet werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz: Planung zur Optimierung der Projektorganisation

Die Planung zur Optimierung der Projektorganisation soll erarbeitet werden. Es geht dabei darum, die Organisation für die weiteren Arbeiten zur Planung und Realisierung der Räumung zu überprüfen und entsprechende Optimierungsvorschläge zu unterbreiten.

Soll-Termin: 31.12.2025

Umsetzung Programm SUPERB im VBS: Festigung und wo nötig Optimierung der migrierten Supportprozesse

Die Supportprozesse der Verwaltung werden in der Bundesverwaltung und damit auch im VBS im Rahmen von SUPERB modernisiert und auf einen neuen technischen Stand gebracht.
Die migrierten Supportprozesse im VBS sollen gefestigt und wo nötig optimiert werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

NACHRICHTENDIENST DES BUNDES (NDB)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision des Nachrichtendienstgesetzes (NDG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Teilrevision des Nachrichtendienstgesetztes (NDG) verabschieden. Ziel der Revision des NDG ist erstens die Regelung der Übernahme der Aufgaben der unabhängigen Kontrollinstanz für die Funk- und Kabelaufklärung (UKI) durch die unabhängige Aufsichtsbehörde über die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten (AB-ND). Zweitens geht es um eine neue Konzeption der Datenhaltung und eine Anpassung des Auskunftsrechts. Drittens sollen Anpassungen bei den Datenbeschaffungsmassnahmen (mit oder ohne richterliche Genehmigung) und deren Verfahrensmodalitäten eingeführt werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Datenbeschaffung im Cyberbereich: Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 über den Grundsatz einer allfälligen Zusatzvernehmlassung zur Datenbeschaffung im Cyberbereich entscheiden. Dabei geht es insbesondere darum, die Beschaffung von Netzwerkverkehrsdaten durch den NDB möglichst zu vereinfachen, unter anderem entlang der Empfehlungen aus der unabhängigen Administrativuntersuchung im Zusammenhang mit Informationsbeschaffungen im Bereich Cyber des NDB.

Soll-Termin: 30.06.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Beurteilung der Bedrohungslage durch den BR: Unterbreitung an BR zur Kenntnisnahme

Der NDB erstellt einen jährlichen Bericht zur Bedrohungslage und legt diesen dem BR zur Kenntnis vor.
Der Bericht zur jährlichen Beurteilung der Bedrohungslage ist dem BR zur Kenntnisnahme unterbreitet.

Soll-Termin: 30.04.2025

Beobachtungsliste NDB: Unterbreitung an BR zur Verabschiedung

Die Beobachtungsliste enthält Organisationen und Gruppierungen, bei denen die begründete Annahme besteht, dass sie die innere oder äussere Sicherheit bedrohen (Art. 72 NDG).
Die Beobachtungsliste 2025 wird dem BR zur Verabschiedung unterbreitet.

Soll-Termin: 31.08.2025

BUNDESAMT FÜR SPORT (BASPO)

PROJEKTE UND VORHABEN

Zugang zu Raum; Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung 2025–2030:
Ausschreibung und Auswahl Modellvorhaben

Der Zugang zu Raum für Bewegung und Sport wird gesichert und ausgebaut.
Der Themenschwerpunkt «Raum für Sport und Bewegung: Innovative Ansätze für eine sport- und bewegungsfreundliche Siedlungsplanung» ist ausgeschrieben und die Projektauswahl erfolgt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Ethik im Schweizer Sport: Implemetierung von Massnahmen und Abschluss des Projekts

Der Schweizer Sport garantiert ein von ethisch korrektem Verhalten geprägtes Umfeld.
Die Ethik Massnahmen beim BASPO und zur Sicherstellung der Aufsicht gegenüber Swiss Olympic sind implementiert, das Projekt abgeschlossen und die Verantwortlichkeiten in der Ablauf- und Aufbauorganisation festgelegt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Gesamtschau Sportförderung 2040: Darlegung der zur Umsetzung notwendigen Konzepte

Die Gesamtschau Sportförderung 2040 stellt die konzeptionelle und finanzielle Gesamtsicht der zukünftigen Entwicklungen bei der Sportförderung des Bundes dar.
Die langfristige Entwicklung der Sportförderung in der Schweiz ist in einem Breitensport-, einem Leistungssport-, einem Infrastrukturkonzept sowie einem Konzept für Sportgrossanlässe dargelegt.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR CYBERSICHERHEIT (BACS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Mehr Sicherheit bei digitalen Daten» (in Erfüllung der Mo. SiK-S 23.3002):
Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 den Bericht «Mehr Sicherheit bei digitalen Daten» gutheissen. Der Bericht zeigt auf, wie die Motion umgesetzt werden kann, um die notwendigen Rechtsgrundlagen für mehr Sicherheit bei den wichtigsten digitalen Daten von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie Betreibern kritischer Infrastrukturen zu schaffen. Dieser Zwischenschritt erlaubt es, vor der Erarbeitung von Erlassen Grundsatzentscheide festzuhalten und kann bei Bedarf als Diskussionsgrundlage für das Parlament dienen.

Soll-Termin: 30.06.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Meldestelle Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen: Meldestelle ist etabliert, kommuniziert und für Meldungen verfügbar

Die Stelle dient zur Meldung von Cyberangriffen auf kritische Infrastrukturen.
Die Meldestelle beim BACS ist etabliert, kommuniziert und für Meldungen von Cyberangriffen bei kritischen Infrastrukturen verfügbar.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bedarfsgerechte Anpassung der GovCERT-Dienste zur Unterstützung kritischer Infrastrukturen:
Koordination, Beratung und Unterstützung zur Erhöhung der Cyberresilienz von kritischen Infrastrukturen

Professionalisierte Koordinationstätigkeiten im Bereich Cyber bei Events von nationaler Bedeutung oder mit hoher politischer Relevanz; Erhöhung der Cyberresilienz von kritischen Infrastrukturen durch Verteilung von gezielten Cyber Threat Intelligence Informationen; Durchgehende Implementierung des Prozesses zur Beratung und Unterstützung der kritischen Infrastrukturen als Folge der Meldepflicht für Cyberangriffe bei kritischen Infrastrukturen gemäss Informationssicherheitsgesetz (ISG).

Soll-Termin: 31.12.2025

Sensibilisierungskampagnen 2025: Abschluss von zwei weiteren nationalen Sensibilisierungsmassnahmen

Durch Sensibilisierungskampagnen soll die Aufmerksamkeit gegenüber Cyberbedrohungen national erhöht werden.
Zwei weitere nationale Sensibilisierungsmassnahmen in Zusammenarbeit mit Umsetzungspartnern wie beispielsweise die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) werden abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Nationale Cyberstrategie: Definition und Zuweisung von Umsetzungsmassnahmen

Die Nationale Cyberstrategie beinhaltet Absichten, Ziele und Massnahmen zur Gewährleistung der Cybersicherheit.
Planmässige Initialisierung oder Umsetzung der für 2025 spezifisch für die Bundesverwaltung geplanten NCS-Umsetzungsvorhaben. Die Umsetzungsvorhaben sind definiert und zugewiesen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Agile Strategieumsetzung: Etablierung der OKR Architektur

Etablierung der OKR-Methodik (Objectives and Key Results) zur agilen Strategieumsetzung.
Die Umsetzung der Amtsziele ist mittels einer etablierten und skalierten OKR-Architektur sowie deren Prozesse steuer- und messbar.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR BEVÖLKERUNGSSCHUTZ (BABS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Alimentierungsbericht Armee und Zivilschutz, Teil 1 (Revision der Rechtsgrundlagen): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die revidierten Rechtsgrundlagen zur Verbesserung der Alimentierung des Zivilschutzes in Kraft setzen. Die Revision der Rechtsgrundlagen soll der Umsetzung von verschiedenen Massnahmen aus dem Alimentierungsbericht Teil 1 zur Verbesserung der Bestände im Zivilschutz dienen. Diese Massnahmen betreffen zum Beispiel die Verpflichtung von zivildienstpflichtigen Personen, einen Teil ihrer Zivildienstpflicht im Zivilschutz zu leisten. Sie sollen im Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz (BZG), dem Zivildienstgesetz (ZDG), dem Militärgesetz (MG) sowie in verschiedenen Verordnungen umgesetzt werden. Daneben sollen für den Koordinierten Sanitätsdienst, den Koordinierten Verkehr und die Koordination der Notfalltreffpunkte aktuelle rechtliche Grundlagen geschaffen werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Revision der Zivilschutzverordnung im Bereich Schutzbauten: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 über die Revision der Zivilschutzverordnung entscheiden und diese in Kraft setzen. Mit der Revision der Zivilschutzverordnung im Bereich Schutzbauten sollen die rechtlichen Grundlagen aktualisiert werden, um den Werterhalt der Schutzbauten sicherzustellen. Dabei geht es auch um eine Anpassung der Ersatzbeiträge.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Werterhalt Polycom 2030: Abschluss Migration der Teilnetze

Das Projekt «Werterhalt Polycom 2030» soll die Nutzung des Systems bis mindestens 2030 sicherstellen. Die Migration der Teilnetze soll abgeschlossen werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Sicheres Datenverbundnetz plus (SDVN+): Abschluss der Erschliessung der 28 Kantonsstandorte und der Bundesstandorte

Das sichere Datenverbundnetz SDVN ist ein Teil des Projekts Sicheres Datenverbundsystem SDVS. Die Erschliessung der 28 Kantonsstandorte und der Bundesstandorte soll abgeschlossen werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Koordinierter Sanitätsdienst (KSD) - Nationale Koordination Katastrophenmedizin (KATAMED): Erarbeitung Massnahmenkatalog/Aktionsplan Katastrophenmedizin (KATAMED)

Der KSD unterstützt das öffentliche Gesundheitswesen mit koordiniert eingesetzten Mitteln des Bevölkerungsschutzes, privater Organisationen, anderer Kantone und der Armee, um die Patientinnen und Patienten bei Katastrophen oder in Notlagen bestmöglich zu versorgen. Ziel ist eine optimale Unterstützung im Alltag sowie die Vorbereitung von Einsätzen im Hinblick auf Notlagen und Katastrophen mit einem Massenanfall von Patienten.
Basierend auf der Strategie zur Neuausrichtung des KSD in Richtung einer Nationalen Koordination Katastrophenmedizin KATAMED (bzw. des entsprechenden Berichts an den Bundesrat) wird ein Massnahmenkatalog erarbeitet. Dieser wird politisch-strategisch zu einem Aktionsplan priorisiert und im Anschluss unter Beteiligung aller KSD-Partner umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Funktioneller Ersatz Vulpus (FEV): Ablösung Vulpus per Ende 2025 umgesetzt

Der funktionelle Ersatz bzw. die Ablösung des Meldevermittlungssystems VULPUS (FEV) ist Bestandteil des nationalen sicheren Datenverbundsystems (SDVS) und eine der Applikationen, die auf dem sicheren Datenverbundnetz (SDVN+) laufen soll.
Die Ablösung Vulpus ist per Ende 2025 umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Digitalisierung Zivilschutz (DiZiS): Entwicklung elektronische Datenbank sowie Abschluss Testing und Pilotphase.

Seit der Einführung von PISA ZS im Jahr 2016 wird für die Kontrollführung im Zivilschutz die gleiche Plattform wie die Armee genutzt, angepasst an die Spezifikationen und Prozesse des Zivilschutzes. Vor mehr als einem Jahr startete das DIMILAR-Projekt in der Armee. Der Zivilschutz muss seine Prozesse auch digitalisieren, ansonsten müsste im Zivilschutz weiterhin analog bzw. mit Papierdokumenten gearbeitet werden, während die Militärdienstpflichtigen digitale Instrumente nutzen können. Daher wurde für den Zivilschutz das Projekt Digitalisierung Zivilschutz (DIZIS) initialisiert.
Die für 2025 vorgesehenen Umsetzungsschritte erfolgen gemäss Planung im Projektauftrag: Q1-Q2 2025: Entwicklung Elo Datenbank, Q3 25: Testing und Pilot, Q4 25: Finalisierung und Produktion.

Soll-Termin: 31.12.2025

STAATSSEKRETARIAT FÜR SICHERHEITSPOLITIK (SEPOS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Sicherheitspolitischer Bericht des Bundesrats: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Sicherheitspolitischen Bericht genehmigen. Der Bericht enthält die aktualisierten Stossrichtungen, Grundzüge und Ziele der Schweizer Sicherheitspolitik für die kommenden Jahre. Der Bericht dient dazu, aufgrund einer umfassenden Analyse des Umfelds zu prüfen, ob und inwieweit die Sicherheitspolitik und ihre Instrumente angepasst werden müssen, damit die Schweiz auf sich verändernde Bedrohungen und Gefahren rasch und richtig reagieren kann. Weiter dient er als Basis für weitere und detailliertere Grundlagendokumente zu einzelnen sicherheitspolitischen Bereichen oder Instrumenten.

Soll-Termin: 31.12.2025

Verordnung über die internationale militärische Kooperation: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Verordnung über die internationale militärische Kooperation in Kraft setzen. Die Verordnung regelt die Zuständigkeiten und das Verfahren für die Aufnahme internationaler militärischer Kontakte und Kooperationen.

Soll-Termin: 30.06.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Umsetzung Informationssicherheitsgesetz (ISG): Aufbau der Fachstellen

Das ISG führt die wichtigsten Rechtsgrundlagen für die Sicherheit von Informationen und Informatikmitteln des Bundes zusammen. Das Gesetz und seine Ausführungsverordnungen legen für alle Behörden und Organisationen des Bundes einheitliche Mindestanforderungen an die Informationssicherheit basierend auf internationalen Standards fest.
Die zur Umsetzung des Informationssicherheitsgesetzes notwendigen Fachstellen in der Verwaltung werden aufgebaut, damit der entsprechende Leistungsbezug durch die Zielgruppen gewährleistet werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2025

Empfehlungen der Studienkommission zur Sicherheitspolitik: Berücksichtigung der Empfehlungen im Sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrats

Die Studienkommission zur Sicherheitspolitik hat Empfehlungen ausgesprochen, welche im Rahmen der Erarbeitung des nächsten Sicherheitspolitischen Berichts des Bundesrats berücksichtigt werden sollen.
Die durch die Studienkommission zur Sicherheitspolitik ausgesprochenen Empfehlungen werden im Rahmen der Erarbeitung des nächsten Sicherheitspolitischen Berichts des Bundesrats berücksichtigt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Strategie Cyber VBS: Umsetzung Empfehlungen aus dem Schlussbericht

Die Strategie Cyber VBS enthält die strategische Ausrichtung des Departementes im Bereich Cyberdefence für die Jahre 2021–2024 und unterstreicht die sicherheitspolitische Bedeutung des Cyberraums für den Schutz der Schweiz.
Die Empfehlungen aus dem Schlussbericht 2024 zum weiteren Vorgehen im Bereich Cyber werden umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Pesco-Projekt Military Mobility: Prüfung der Teilnahme an Military Mobility

Das Pesco-Projekt Military Mobility unterstützt die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, die Verfahren für grenzüberschreitende Militärtransporte zu vereinfachen und zu standardisieren. Es zielt darauf ab, die ungehinderte Bewegung von militärischem Personal und militärischen Gütern innerhalb der Grenzen der EU zu ermöglichen.
Eine Prüfung der Teilnahme beim Pesco-Projekt Military Mobility wird geprüft und gegebenenfalls ein Antrag an den Bundesrat vorbereitet.

Soll-Termin: 31.12.2025

VERTEIDIGUNG (V)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Armeebotschaft: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Armeebotschaft 2025 verabschieden. Die jährliche Armeebotschaft umfasst ein Rüstungsprogramm und ein Immobilienprogramm VBS. Das Rüstungsprogramm stellt die mittel- und langfristige technische Erneuerung der Armee sicher. Mit dem Immobilienprogramm bestreitet das VBS den laufenden Unterhalt der Infrastrukturen der Armee und die Infrastrukturinvestitionen. Das Rüstungs- und Immobilienprogramm sind konsequent auf die Eckwerte zur strategischen Ausrichtung der Armee bis 2035 ausgerichtet.

Soll-Termin: 30.06.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Alimentierung der Armee: Kurz- bis mittelfristige Massnahmen zur Verbesserung der Alimentierung

Sicherstellung des personellen Bestandes der Armee.
Kurz- bis mittelfristige Massnahmen zur Verbesserung der Alimentierung (verbesserte Vereinbarkeit von Militärdienst und Privatleben, die Flexibilisierung von Rekrutierung und Beginn des Militärdienstes sowie eine verbesserte Kommunikation und Information) sind geplant bzw in der Umsetzung. Abgänge aus der Armee sind reduziert.

Soll-Termin: 31.12.2025

Alimentierung der Armee: Optimierungen im Ausbildungsmodell

Optimierungen im Ausbildungsmodell der Armee sind in der Umsetzung.

Soll-Termin: 31.12.2025

Streitkräfteentwicklung: Erarbeitung der Grundlagen für die Revision von Militärgesetz und Verordnung Armeeorganisation

Längerfristige Ausrichtung und Weiterentwicklung der Armee.
Die Erarbeitung der konzeptionellen Grundlagen für die Revision von Militärgesetz und Armeeorganisation per 2029 ist abgeschlossen und die Unterstützung des Rechtsetzungsprozesses ist weitergeführt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Streitkräfteentwicklung: Definition der Fähigkeits- und Prozessorganisation zur Synergieoptimierung mit armasuisse

Die mit der armasuisse abgestimmte Fähigkeits- und Prozessorganisation in der Gruppe Verteidigung, mit dem Ziel der Synergieoptimierung, ist definiert.

Soll-Termin: 31.12.2025

Cyber: Umsetzung Fähigkeitsaufwuchs

Fähigkeitsaufwuchs Cyber.
Der Fähigkeitsaufwuchs entlang der Option 3 der Gesamtkonzeption Cyber ist in der Umsetzung.

Soll-Termin: 31.12.2025

Cyber: Sicherstellung personelle Alimentierung

Die personelle Alimentierung der Cyber-Milizformationen sowie die vordienstliche Cyber-Ausbildung sind sichergestellt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Betriebsausgaben der Armee: Reduktion Betriebsausgaben

Reduktion Betriebsausgaben.
Betriebsausgaben sind durch Sparmassnahmen reduziert.

Soll-Termin: 31.12.2025

Eigenschutz der Armee und der Gruppe Verteidigung: Anpassung und Planung für weitere Erhöhung

Die Armee und die Gruppe Verteidigung müssen einen an die aktuelle sicherheitspolitische Lage angepassten Eigenschutz gewährleisten.
Der Eigenschutz der Armee und der Gruppe Verteidigung ist an die aktuelle sicherheitspolitische Lage angepasst. Für eine mögliche, weitergehende Erhöhung des Eigenschutzes ist die Planung erstellt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Internationale Kooperation: Umsetzung von Massnahmen zur Vertiefung

Umsetzung von Massnahmen zur Vertiefung der bestehenden internationalen Kooperation.
Massnahmen zur Vertiefung der bestehenden internationalen Kooperation sind in der Umsetzung. Diese sind stärker auf Aspekte ausgerichtet, die für die eigene Verteidigungsfähigkeit von Bedeutung sind.

Soll-Termin: 31.12.2025

Internationale Kooperation: Festlegung relevanter internationaler Standards

Für die Armee relevante internationale Standards sind festgelegt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Ausbildung: Absprachen mit Kantonen

Geeignete Bedingungen für die Ausbildung der Armee.
Mit mehreren Kantonen sind Absprachen bezüglich des möglichen Erwerbs von geeignetem Übungsgelände für den «Kampf im überbauten Gelände» für Stufe Truppenkörper geführt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Ausbildung: Vereinfachung der Bestimmungen

Die Bestimmungen für den Ausbildungsdienst im Ausland zur Nutzung von Übungsplätzen im benachbarten Ausland sind vereinfacht.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR RÜSTUNG ARMASUISSE (ARMASUISSE)

PROJEKTE UND VORHABEN

Projekt NKF und Bodluv-System: Erbringung der geplanten Beiträge 2025

Die definierten Beiträge 2025 zur Beschaffung des neuen Kampfflugzeugs sowie des Bodluv-Systems werden gemäss Planung erbracht.
Erreichung der definierten Meilensteinziele 2025 der Projekte NKF und Bodluv GR zwecks Einführung der neuen Systeme.

Soll-Termin: 31.12.2025

ZEVS und KI und Simulations-Zentrum: Aufbau der Kompetenzzentren

Die Kompetenzzentren Energie für Verteidigung und Sicherheit (ZEVS) sowie KI und Simulation aufbauen.
Aufgebautes Kompetenzzentrum Energie für Verteidigung + Sicherheit (ZEVS) und KI + Simulation Zentrums.

Soll-Termin: 31.12.2025

Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz: Erbringung der vereinbarten Beiträge 2025

Für die Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz werden die Leistungen von ar W+T in ihrem Verantwortungsbereich gemäss Projektauftrag und spezifischen Arbeitsaufträgen sichergestellt.
Erbringung der vereinbarten Beiträge 2025 zur Räumung.

Soll-Termin: 31.12.2025

ERP Systeme Verteidigung und armasuisse: Einführung der Kernfunktionen ERPSYSVAR

Die Einführung der Kernfunktionen ERPSYSVAR wie Beschaffungsmanagement, Projektmanagement und Immobilienmanagement planmässig gemäss Realisierungseinheit 5 umsetzen und einführen.
Ablösung der alten SAP R/3 Systeme mit den neuen SAP S/4 HANA Systemen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Klimapaket und Umweltmassnahmen: Erreichung der definierten Ziele

Definierte Ziele für 2025 wie der Ersatz von Ölheizungen, der Bau von Photovoltaikanlagen und der Bau einer Wasserstoffanlage erreichen.
Fortsetzung des Ersatzes von Ölheizungen und des Baus von Photovoltaikanlagen sowie der Bau eine Wasserstoffanlage.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR LANDESTOPOGRAFIE SWISSTOPO (SWISSTOPO)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeoIG): Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeoIG) zum Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkung (ÖREB-Kataster) verabschieden. Es geht dabei um Anpassungen der rechtlichen Grundlagen des ÖREB-Katasters als Folge der im Jahr 2021 durchgeführten Evaluation.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Nationale Geodaten-Infrastruktur (NGDI) und Geoportal (geo.admin.ch): Implementierung und Nutzung OGD-Publikationen im BGDI

Die Bundesgeodaten-Infrastruktur (BGDI) wird als Teil der NGDI und im Einklang mit der Strategie Geoinformation Schweiz weiterentwickelt.
Die OGD-Publikationen von MeteoSchweiz sind in der Bundes Geodaten-Infrastruktur (BGDI) implementiert und werden genutzt. Die Komponenten der BGDI (geo.admin.ch und geocat.ch) stellen den Aufbau und Betrieb der Nationalen Geoplattform sicher.

Soll-Termin: 31.12.2025

Digitalisierung des geologischen Untergrunds: Umsetzung des Aktionsplanes zur «Digitalisierung des Untergrundes»

Der geologische Untergrund soll durch die Bereitstellung von digitalen, flächendeckenden und harmonisierten Daten digitalisiert werden.
Die Umsetzung erfolgt gemäss dem Aktionsplan «Digitalisierung des Untergrundes» und der Projektplanung «Nationales geologisches Modell NGM» (Top-Projekt VBS). Hauptpunkte: Erstellung flächendeckende geologische Datensätze, Digitalisierung bestehende Datenbestände bei Bund und Kantonen, Erarbeitung Standards und Sicherstellung Zugang zu geologischen Daten.

Soll-Termin: 31.12.2025

Strategie «Geoinformation Schweiz»: Inbetriebnahme der nationalen Geoplattform

Mit der «Strategie Geoinformation Schweiz» wollen Bund und Kantone gemeinsam mit allen Beteiligten verlässliche, detaillierte, aktuelle und interoperable Geoinformationen zugänglich machen.
Die nationale Geoplattform ist in Betrieb und als zentraler Zugang zu den Leistungen der Nationalen Geodaten-Infrastruktur (NGDI) schweizweit bekannt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Prospektion Untergrund (Motion 20.4063): Durchführung Vorstudie und Prospektionskampagne

Über ein nationales Erkundungsprogramm, unter der Einbindung der Kantone, sollen flächendeckend genügend Daten über die Nutzung des Untergrundes gesammelt werden.
Durchführung einer Vorstudie zur Ermittlung des bestehenden Datenbestands im tiefen Untergrund und Erarbeitung eines Parlamentsbeschlusses (ab 2026) zur Durchführung einer nationalen Prospektionskampagne im tiefen Untergrund.

Soll-Termin: 31.12.2025

Neue Produktionsinfrastruktur (NEPRO): Umsetzung Phase 2 unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Eidg. Finanzkontrolle (EFK)

Die Umsetzung der neuen Produktionsinfrastruktur (NEPRO) wird in der 2. Phase ordentlich und unter Berücksichtigung der EFK Empfehlungen weitergeführt.
NEPRO wird im Rahmen der Phase 2 planmässig umgesetzt. Die Prüfempfehlungen der Eidg. Finanzkontrolle (EFK) werden dabei berücksichtigt bzw. umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2025

EFD

GENERALSEKRETARIAT EFD (GS-EFD)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Weiterentwicklung der Zusammenarbeit bei der digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung: Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 einen Grundsatzentscheid in Bezug auf die Ausgestaltung der Zusammenarbeit bei der digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung treffen. Die wesentlichen Varianten sind (A) der Status quo mit der Organisation Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) ohne die Möglichkeit, verbindliche Regelungen zu erlassen, (B) die Schaffung einer gemeinsamen Behörde von Bund und Kantonen, welche verbindliche Regelungen erlassen kann, sowie (C) die entsprechende Ermächtigung des Bundes.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Verbindliche Standards für die digitale Verwaltungslandschaft der Schweiz. Braucht es einen Digitalisierungsartikel in der Bundesverfassung?» (in Erfüllung des Po. Die Mitte Fraktion. Die Mitte. EVP 23.3050): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Verbindliche Standards für die digitale Verwaltungslandschaft der Schweiz. Braucht es einen Digitalisierungsartikel in der Bundesverfassung?» gutheissen. Der Bericht wird gestützt auf das Variantenpapier erstellt werden, das dem Bundesrat am im ersten Halbjahr 2023 zur Kenntnis gebracht wurde sowie basierend auf weiteren Analysen, die im Hinblick auf den Entscheid des Bundesrates zum weiteren Vorgehen betreffend Zusammenarbeit bei der digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung getätigt werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Aufbau Kontrollstelle gemäss Gesetz über die Transparenz juristischer Personen:
Definition der Anforderungen

Für die Kontrolle der Einträge im Register der wirtschaftlich berechtigten Personen gemäss geplantem Gesetz über die Transparenz juristischer Personen (TJPG) ist im GS-EFD eine Kontrollstelle aufzubauen. Diese soll nach einem risikobasierten Ansatz Registereinträge überprüfen, bei denen Zweifel an der Richtigkeit bestehen, und bei unrichtigen, unvollständigen oder nicht aktuellen Eintragungen Massnahmen treffen. Die Anforderungen an das IT-System und das Grobkonzept zur Betriebsorganisation liegen vor.

Soll-Termin: 31.12.2025

EIDGENÖSSISCHE FINANZVERWALTUNG (EFV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Aufgaben- und Subventionsüberprüfung 2024: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat nimmt im Verlauf des Jahres 2024 eine umfassende Aufgaben- und Subventionsüberprüfung vor. Er hat dazu eine externe Expertengruppe beauftragt, ihm bis im Spätsommer 2024 Massnahmenvorschläge zur Beseitigung der strukturellen Defizite im Bundeshaushalt zu unterbreiten.
Welche Vorlage(n) aus diesen Massnahmenvorschlägen resultieren, ist noch unklar. Es ist derzeit noch offen, ob eine oder mehrere Vorlagen notwendig sein werden. Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die definierten Massnahmen vernehmlassen.

Soll-Termin: 30.06.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Supportprozess Finanzen in der Bundesverwaltung: Programmziele SUPERB per 31.12.2025 erreicht

Die Migration in der SAP-Landschaft konnte wie geplant im September 2023 erfolgreich durchgeführt werden. Im 2024 standen der Go-Live der neuen Defense-Lösung der Armee (ERPSYSVAR), der Transfer der zivilen VBS-Ämter auf die zivile Plattform des BIT und die Einführung der neuen Beschaffungs- und Vergabemanagementlösung (BVML) im Zentrum. Im 2025 widmet sich die EFV den Optimierungen und Innovationen der Supportprozesse Finanzen und Analytics in der Bundesverwaltung.
Optimierungen und Innovationen zur Verbesserung der Zielprozesse (Zielkernel Finanzen) und im Bereich Analytics sind realisiert. Die Betriebsorganisation bei Finanzen, Analytics und MDG innerhalb der EFV ist nach Programmabschluss SUPERB aufgebaut und auf die Development/ Operation-Organisation (DevOps) des Leistungserbringers BIT ausgerichtet.

Soll-Termin: 31.12.2025

Überprüfung Eignerstrategien der verselbstständigten Einheiten des Bundes; Umsetzung Corporate Governance Leitsatz 17: Überprüfung von zwei Einheiten per 31.12.2025 realisiert

Umsetzung des vom Bundesrat im Rahmen des Berichts zum Po. Abate 18.4274 ergänzten Corporate Governance-Leitsatzes 17: Regelmässige Überprüfung der Eignerstrategie, der aktuellen Grundsätze der Corporate Governance sowie des öffentlichen Interesses an der Aufgabenerfüllung durch die verselbstständigte Einheit.
Überprüfung gemäss Corporate Governance Leitsatz 17 in Bezug auf zwei Corporate Governance-Einheiten ist erfolgt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Überprüfung der Indikatoren des Lastenausgleichs: Externes Gutachten zur Überprüfung der Indikatoren des Lastenausgleichs liegt vor

Mit dem Wirksamkeitsbericht 2020–2025 wird vorgeschlagen, für den nächsten Wirksamkeitsbericht alle zehn Indikatoren des Lastenausgleichs einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Da die Indikatoren seit 2008 unverändert verwendet werden, erscheint es nach rund zwanzig Jahren an der Zeit die Relevanz der einzelnen Indikatoren zu hinterfragen.
Für den Wirksamkeitsbericht 2026–2029 sollen sowohl die Indikatoren wie auch deren Gewichtung überprüft werden. Ein externes Gutachten soll schon bis Ende 2025 erfolgen, um konkrete Änderungen frühzeitig mit den betroffenen Kantonen diskutieren zu können und im Anschluss allfällig notwendige gesetzliche Anpassungen vorbereiten zu können.

Soll-Termin: 31.12.2025

Privatisierung RUAG International: Abschluss der Privatisierung von Beyond Gravity im Jahr 2025

Die Privatisierung der RUAG International Holding AG schreitet voran. Für die letzte im Konzern verbliebene operative Einheit (Beyond Gravity) erwartet der Bundesrat in seinen strategischen Zielen für RUAG International in den Jahren 2024–2027 einen Verkauf bis 2025.
Der Verkauf des Geschäftsbereichs Beyond Gravity ist unter Einhaltung der Auflagen des Bundesrats gemäss den strategischen Zielen für RUAG International in den Jahren 2024–2027 bis Ende 2025 erfolgt. Das EFD (EFV) vertritt im Verkaufsprozess gegenüber RUAG International die Eignerinteressen und informiert den Bundesrat vor Vertragsunterzeichnung über den Verkauf.

Soll-Termin: 31.12.2025

ZENTRALE AUSGLEICHSSTELLE (ZAS)

PROJEKTE UND VORHABEN

MOSAR: Modernisierung des elektronischen Austauschs zwischen den AHV Ausgleichskassen und dem Versichertenregister, Verbesserung Datenqualität und Geschäftsprozesse sowie neue Dienstleistungen für die Versicherten: Ende der Konzeptphase

Ziel dieses Projekts ist es, den elektronischen Austausch zwischen den AHV-Ausgleichskassen und dem Versichertenregister zu modernisieren. Dabei geht es insbesondere darum, die Qualität der von den Ausgleichskassen an die Register gelieferten Daten zu verbessern, die Geschäftsprozesse effizienter zu gestalten und den Versicherten neue Dienstleistungen anzubieten (Modernisierung von InfoRegister).
Ende der Konzeptphase nach der mit dem BSV vereinbarten Agenda. Das Konzept ist erarbeitet und validiert.

Soll-Termin: 31.12.2025

Digitalisierung EO: Errichtung eines automatisierten Verfahrens zur Bearbeitung der Erwerbsausfallentschädigungen mit allen Partnern: Ende der Realisierungsphase

Ziel des Projektes ist es, die Bearbeitung der Erwerbsausfallentschädigungen (EO) mit allen beteiligten Partnern zu automatisieren bzw. den Datenfluss zu digitalisieren. Das Projekt ist Teil des BSV-Programms «EO-Digitalisierung».
Das Ende der Realisierungsphase ist in Zusammenarbeit mit eAHV/IV und dem BSV sowie unter Mitwirkung der kantonalen und Verbandsausgleichskassen erfolgt. Die Tests sind validiert und die Migration und das Rollout sind vorbereitet.

Soll-Termin: 31.12.2025

Programm «Digitale Transformation ZAS»: Weiterentwicklung der Geschäftsprozessarchitektur und Anwendungslandschaft der ZAS, um die technologische Obsoleszenz zu minimieren und die Digitalisierung voranzutreiben: In der Initialisierungsphase

Ziel des Programms ist es, die Geschäftsprozessarchitektur in eine agilere Umgebung zu überführen, welche die Digitalisierung der Prozesse und den Austausch mit den Versicherten und Partnern fördert. Der technologischen Obsoleszenz wird darin ebenfalls Rechnung getragen, da bestimmte Komponenten des Informationssystems nicht mehr den aktuellen Marktstandards entsprechen.
Eine Situationsanalyse und die Grobanforderungen sind erarbeitet. Eine Roadmap ist definiert und die Projekte, aus denen sich das Programm zusammensetzt, sind festgelegt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Erweiterte systematische Verwendung der AHV-Nummer (EXUSNAVS): Anpassung der Prozesse und IT-Anwendungen für ein effizienteres Verfolgen der Meldungen zur systematischen Verwendung der AHV-Nummer: Projektabschluss

Nach der Änderung des AHVG, die es den Schweizer Verwaltungen ermöglicht, die AHV-Nummer zu verwenden, muss die ZAS technische, operative und das Berechtigungsmanagement betreffende Anpassungen vornehmen und dadurch eine missbräuchliche Verwendung der AHV-Nummer verhindern.
Die Lösung ist ausgerollt und die Nutzerinnen und Nutzer sind geschult.

Soll-Termin: 31.12.2025

EIDGENÖSSISCHE MÜNZSTÄTTE SWISSMINT (SWISSMINT)

PROJEKTE UND VORHABEN

Weiterentwicklung der Münzgestaltung: Neugestaltung des 100 Franken Gold Vreneli

Zum 100-jährigen Gedenken an das nur im Jahr 1925 geprägte «100 Franken Gold Vreneli» wird eine Sondermünze in denselben Dimensionen, jedoch in modernem Design produziert.
Die Sondermünze «100 Franken Gold Vreneli» wird vermarktet und verkauft.

Soll-Termin: 31.12.2025

STAATSSEKRETARIAT FÜR INTERNATIONALE FINANZFRAGEN (SIF)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

FATCA-Abkommen nach Modell 1 mit den USA: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zu einem neuen Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) Abkommen mit den USA verabschieden. Mit den USA soll bezüglich Umsetzung des FATCA ein Übergang vom aktuellen FATCA Abkommen nach dem Modell 2 zu einem FATCA Abkommen nach dem Modell 1 vereinbart werden. Mit dem neuen Modell 1 Abkommen werden Daten von den Finanzinstituten via die zuständigen Behörden automatisch auf gegenseitiger Basis ausgetauscht, zudem wären keine FATCA Gruppenersuchen mehr möglich und die Schweiz würde von den USA auch Daten über Schweizer Kunden erhalten. Unter dem aktuellen Modell 2 Abkommen melden schweizerische Finanzinstitute die Kontodaten mit Zustimmung der betroffenen US Kunden direkt an die US Steuerbehörde. Daten über nicht zustimmende US Kunden müssen die USA heute auf dem Amtshilfeweg (FATCA Gruppenersuchen) anfordern.

Soll-Termin: 31.12.2025

Revision der Amtshilfebestimmungen des Finanzmarktaufsichtsgesetzes:
Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Revision der Amtshilfebestimmungen des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FINMAG), des Nationalbankgesetzes und des Revisionsaufsichtsgesetzes verabschieden. Mit der Revision der Amtshilfebestimmungen im Finanzbereich wird beabsichtigt, die Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit von Schweizer Behörden und von Schweizer Finanzdienstleistern mit ausländischen Behörden zu verbessern.

Soll-Termin: 30.06.2025

Anpassung der Rechtsgrundlagen für den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zur Anpassung der Multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch länderbezogener Berichte (ALBA Vereinbarung) und des Bundesgesetzes über den automatischen Austausch länderbezogener Berichte (ALBAG) eröffnen. Mit der Anpassung der Rechtsgrundlagen wird die Änderung des massgebenden Mindeststandards der OECD und G20 Staaten ins Schweizer Recht überführt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Änderung der Rechtsgrundlagen für den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Änderung der Rechtsgrundlagen für den internationalen automatischen Informationsaustausch verabschieden. Die Botschaft umfasst die Ratifikation der völkerrechtlichen Grundlagen für die Umsetzung der Aktualisierung des OECD-Standards für den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA), genauer die Änderung des AIA über Finanzkonten und den neuen AIA über Kryptowerte, sowie die Änderung des flankierenden Bundesgesetzes über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIAG) und die zugehörige Verordnung (AIAV). Mit der Anpassung der Rechtsgrundlagen wird die Änderung des massgebenden Standards der OECD ins Schweizer Recht überführt. Damit kommt die Schweiz ihrer internationalen Verpflichtung im Bereich der Steuertransparenz nach, was entscheidend zur Glaubwürdigkeit und Reputation des Schweizer Finanzplatzes beiträgt.

Soll-Termin: 30.06.2025

Änderung des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der EU über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zum Abkommen eröffnen. Mit der Änderung im bilateralen AIA Abkommen mit der EU wird die Änderung des massgebenden Standards der OECD nachvollzogen. Damit kommen die Schweiz und die EU ihrer internationalen Verpflichtung im Bereich der Steuertransparenz nach, was entscheidend zur Glaubwürdigkeit und Reputation des Schweizer Finanzplatzes beiträgt und das Verhältnis zur EU stärkt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Kryptowerte mit den relevanten Partnerstaaten ab 2026: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Genehmigung der Bundesbeschlüsse über die Einführung des internationalen automatischen Informationsaustauschs über Kryptowerte mit den relevanten Partnerstaaten ab 2026 verabschieden. Die Rechtsgrundlagen für den automatischen Informationsaustausch über Kryptowerte bestimmen die Partnerstaaten, mit denen Informationen über Kryptowerte ausgetauscht werden, nicht, sodass das Parlament diese mit einfachen Bundesbeschlüssen zusätzlich genehmigen muss. Da die massgebenden Verfahren und Anforderungen auf internationaler Ebene noch nicht definitiv feststehen, müssen die künftigen Partnerstaaten in einer separaten Vorlage bestimmt werden. Mit der anschliessenden Aktivierung des automatischen Informationsaustauschs über Kryptowerte mit den vom Parlament genehmigten relevanten Partnerstaaten werden die einschlägigen Standards von der Schweiz umgesetzt. Damit kommt sie ihren internationalen Verpflichtungen im Bereich der Steuertransparenz nach, was zur Reputation und Glaubwürdigkeit des Schweizer Finanzplatzes beiträgt.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch betreffend Lohndaten: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den internationalen automatischen Informationsaustausch betreffend Lohndaten verabschieden. Die Doppelbesteuerungsabkommen mit Italien und Frankreich sehen spezielle Regeln für die Besteuerung von Grenzgängerinnen und Grenzgängern oder die Besteuerung von Telearbeit vor. Für eine korrekte Anwendung dieser Regeln sehen die Abkommen einen automatischen Informationsaustausch in Bezug auf Lohndaten vor. Die Umsetzung des automatischen Informationsaustauschs dieser beiden Abkommen erfordert gesetzliche Grundlagen im innerstaatlichen Recht, um die Übermittlung der Auskünfte zwischen den betroffenen Schweizer Steuerbehörden zu gewährleisten. Diese werden durch das Projekt für ein Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch betreffend Lohndaten geschaffen.

Soll-Termin: 30.06.2025

Verordnung zum Gesetz über die Transparenz juristischer Personen (TJPG):
Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zur Verordnung zum TJPG eröffnen. Die Verordnung regelt die Details der Vorlage, die ein zentrales Register zur Identifikation wirtschaftlich Berechtigter und neue Pflichten zur risikobasierten Aktualisierung von Informationen über effektiv wirtschaftlich Berechtigte beinhaltet. In der Vorlage werden zudem Massnahmen zur Stärkung des Dispositivs zur Bekämpfung der Geldwäscherei aufgenommen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Multilateral Competent Authority Agreement on the Exchange of GloBE Information (GIR MCAA):
Verabschiedung der Botschaft

Auf Stufe OECD/G20 wird momentan das sogenannte «Multilateral Competent Authority Agreement on the Exchange of GIR Information» (kurz «GIR MCAA») finalisiert. Das GIR MCAA ist ein völkerrechtliches Übereinkommen, welches die Basis für den internationalen Informationsaustausch mit Partnerstaaten im Bereich der Mindeststeuer darstellt. Bei den auszutauschenden Informationen handelt es sich um Datenpunkte der Mindestbesteuerung, die «GloBE Information Return» («GIR»). Die GIR ist ein standardisiertes Formular, das insbesondere Auskunft über die Mindeststeuer Berechnungen einer multinationalen Unternehmensgruppe gemäss den sogenannten GloBE Regeln (Global Anti-Base Erosion Rules) gibt. Das Übereinkommen soll den Austausch der GIR unter Partnerstaaten gewährleisten. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Digital Finance: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 Stand und Umsetzung der Massnahmen gemäss dem Bericht «Digital Finance: Handlungsfelder 2022+» vom Februar 2022 zur Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen befinden. Der Bundesrat treibt die Arbeiten zur Umsetzung der Handlungsfelder dieses Berichts unter anderem im Bereich Open Finance und innovative Geschäftsmodelle voran und erarbeitet die Grundlagen zur Umsetzung des Standards des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht betreffend den Eigenmittelanforderungen für Kryptowerte.

Soll-Termin: 31.12.2025

Globale Spitzenposition für Sustainable Finance: Beschluss

Die Position der Schweiz als führender nachhaltiger Finanzstandort soll weiter gefestigt werden. Zu diesem Zweck nimmt die Schweiz Einfluss auf die relevanten internationalen Arbeiten, inklusive in der G20 und im Internationalen Währungsfonds (IWF). Mittels Revision der Verordnung zur Berichterstattung über Klimabelange, welche der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2025 verabschiedet, werden zudem erstmals Mindestkriterien für Fahrpläne von Finanzinstituten festgelegt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Revision des Finanzmarktinfrastrukturgesetzes (FinfraG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Revision des Finanzmarktinfrastrukturgesetzes verabschieden. Angesichts der Erfahrungen, die seit dem Inkrafttreten des Gesetzes 2016 gemacht wurden, sowie der nationalen und internationalen Entwicklungen sollen Transparenz und Rechtssicherheit in bestimmten Regulierungsbereichen weiter gestärkt werden.

Soll-Termin: 30.06.2025

Stabilität des Finanzplatzes Schweiz: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird zur Weiterentwicklung und Stärkung des Too-Big-To-Fail-Dispositivs im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung der Verordnungsvorlage, welche aus dem Bericht des Bundesrats vom April 2024 zur Bankenstabilität resultiert, eröffnen. Gleichzeitig legt der Bundesrat Eckwerte für die Gesetzesvorlage fest. Dies in Abhängigkeit zum Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommissionen (PUK). Zudem verabschiedet der Bundesrat in Abhängigkeit zum parlamentarischen Prozess der Gesetzesvorlage zur Änderung des Bankengesetzes («Public Liquidity Backstop») die damit zusammenhängenden Anpassungen in der Bankenverordnung.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Ausbau und Pflege der internationalen Beziehungen: Teilnahme am G20 Finance Track 2026 gesichert

Angestrebt werden die Teilnahme am G20 Finance Track, die Führung von Finanzdialogen und der Ausbau des Beziehungsnetzes.
Die Teilnahme am G20 Finance Track 2026 ist gesichert.

Soll-Termin: 31.12.2025

Verbesserung Marktzugang mit ausgewählten Partnerstaaten: Verbesserung Marktzugang mit ausgewählten Partnerstaaten

Mit ausgewählten Partnerstaaten werden Erhalt bzw. Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen für grenzüberschreitend erbrachte Finanzdienstleistungen diskutiert und eingebracht. Das EFD wirkt darauf hin, dass mit Partnerstaaten praktikable Lösungen zur Verbesserung des Marktzuganges erzielt werden können.
Mit ausgewählten Partnerstaaten wurden die Rahmenbedingungen für grenzüberschreitend erbrachte Finanzdienstleistungen diskutiert und wo möglich praktikable Lösungen zur Verbesserung des Marktzuganges erzielt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Vertretung der Schweiz im Internationalen Währungsfonds (IWF), Financial Stability Board (FSB) und Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF): Schweizer Expertinnen und Experten haben an Evaluationen 2025 teilgenommen; der Ausbildungsbedarf ist abgedeckt

Die Mitgliedschaft der Schweiz in IWF, FSB und FATF wird wahrgenommen und Expertinnen und Experten werden bereitgestellt, die in Erfüllung der Mitgliedschaftspflichten der Schweiz Funktionen im Rahmen der FATF-Länderprüfungen (Evaluationen) übernehmen.
Das EFD und das EJPD stellen ausreichende Ressourcen für die Erfüllung der Mitgliedschaftspflichten gegenüber der FATF im Rahmen der fünften Evaluationsrunde (von 2025 bis 2031) bereit.

Soll-Termin: 31.12.2025

EIDGENÖSSISCHE STEUERVERWALTUNG (ESTV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung Mehrwertsteuergesetz (in Umsetzung der Mo. Engler 18.3235 und WAK-S 23.3012): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung über eine Änderung des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer eröffnen. Durch die Umsetzung der Motionen 23.3012 und 18.3235 soll einerseits die Plattformbesteuerung auf elektronische Dienstleistungen ausgeweitet und andererseits die Bildung von Leistungskombinationen steuerlich gefördert werden. Während die überwiegende Leistung heute mindestens 70 Prozent des Gesamtwertes ausmachen muss, damit die gesamte Leistungskombination steuerlich wie die überwiegende Leistung behandelt werden kann, sollen neu 55 Prozent ausreichen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer (Verlängerung der Too-Big-To-Fail-Regelungen): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer (VStG) verabschieden. Mit der Änderung soll die befristete Too-Big-To-Fail Regelung (Ausnahme für TBTF-Instrumente von der VSt) erneut befristet verlängert werden. Eine Regelung zur dauerhaften Weiterführung der Ausnahme soll erst im Rahmen der Gesetzgebung zur TBTF-Regulierung erfolgen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Emissionsabgabe Startup-freundlicher ausgestalten» (in Erfüllung des Po. Silberschmidt 23.3262): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Emissionsabgabe Startup freundlicher ausgestalten» gutheissen. Der Bericht soll erläutern, welche verfassungskonformen Möglichkeiten bestehen, Startup-Unternehmen bei der Belastung durch Emissionsabgaben auf Eigenkapital zu reduzieren.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Attraktiv bleiben, Finanzen sichern. Die Schweiz braucht eine langfristige Steuer- und Standortstrategie» (in Erfüllung des Po. Walti 23.3752): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 den Bericht «Attraktiv bleiben, Finanzen sichern. Die Schweiz braucht eine langfristige Steuer- und Standortstrategie» gutheissen. Der Bericht soll die langfristige Steuer- und Standortstrategie des Bundes darlegen. Es soll insbesondere veranschaulicht werden, wie das Steuersystem im globalen Steuer- und Standortwettbewerb ausgestaltet sein muss, damit die Schweiz attraktiv bleibt und der Bund seine Einnahmen langfristig sichern kann.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bericht «Neuregelung der Mehrwertsteuer im Bereich der Gesundheit. Vereinfachung Wettbewerbsneutralität und Entlastung der Konsumentinnen und Konsumenten» (in Erfüllung des Po. Noser 23.3132): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Neuregelung der Mehrwertsteuer im Bereich der Gesundheit. Vereinfachung Wettbewerbsneutralität und Entlastung der Konsumentinnen und Konsumenten» gutheissen. Mit dem Bericht soll die Aufhebung aller Mehrwertsteuerausnahmen im Gesundheitsbereich bei gleichzeitigem Vorsteuerabzugsrecht der Kranken- und Unfallversicherungsgesellschaften geprüft werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Volksinitiative verabschieden. Die Volksinitiative sieht vor, auf Nachlässen und Schenkungen eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent zu erheben, sobald die Summe des Nachlasses und aller Schenkungen einen Freibetrag von 50 Mio. Franken übersteigt. Die Volksinitiative verlangt, dass die Erträge der Steuer für die Klimapolitik verwendet werden.

Soll-Termin: 30.06.2025

Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!»: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Volksinitiative verabschieden. Die Volksinitiative verlangt, dass das Einkommen eines Ehepaars für die Besteuerung zusammengerechnet wird und dass Ehepaare gegenüber anderen Steuerpflichtigen nicht benachteiligt werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Digitalisierungsinitiative ESTV: Umsetzung weiterer Vorhaben

Die ESTV beabsichtigt, ihre Verfahren in den kommenden Jahren vollständig zu digitalisieren, um seitens Verwaltung die entsprechenden Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Bundesgesetzes über elektronische Verfahren im Steuerbereich zur Verfügung stellen zu können.
Weitere Vorhaben aus der initialen Vorhabensliste (Backlog) der Initiative werden umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Mindestbesteuerung / GLOBE: Abschluss der Umsetzung

Die Umsetzung der Verfassungsänderung zur Mindestbesteuerung erfolgt u.a. mit einer IT-Lösung.
Der internationale Datenaustausch und der Datenaustausch mit den Kantonen sind umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Grenzgängerabkommen Frankreich (GGA FR): Abschluss der Umsetzung

Abwicklung des Datenaustauschs Grenzgänger CH / Frankreich.
Die Abwicklung des Datenaustausches zum GGA FR ist umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR ZOLL UND GRENZSICHERHEIT (BAZG)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Totalrevision des Verordnungsrechts zum revidierten Zollgesetz: Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 das Vernehmlassungsergebnis zur Totalrevision des Verordnungsrechts zum revidierten Zollgesetz zur Kenntnis nehmen. Mit der Totalrevision des Zollrechts wird der rechtliche Rahmen für die laufende digitale Transformation (Programm DaziT) gelegt und gleichzeitig die notwendige organisatorische Flexibilität geschaffen, damit das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit noch rascher und wirksamer auf veränderte Lagen reagieren kann.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Gesamtschau des Markts für Tabak- und Tabakersatzprodukte»
(in Erfüllung des Po. WAK-N 23.3588): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Postulatsbericht zur Gesamtschau des Markts für Tabak- und Tabakersatzprodukte gutheissen. Der Bericht behandelt insbesondere die Entwicklungen der letzten Jahre auf dem Tabakmarkt, die Frage nach einer Kompetenzdelegation für Steuererhöhungen durch den Bundesrat und wie die Tabakpräventionsabgabe auf andere Produkte ausgeweitet werden könnte. Die Auslegeordnung soll als Entscheidgrundlage für weitergehende Änderungen im Tabaksteuergesetz dienen.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Erneuerung des Systems zur Erhebung der Schwerverkehrsabgabe (LSVA III):
Produktiver Einsatz des neuen Systems

Die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) wurde bisher mit einem Erfassungsgerät des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) erhoben. Mit LSVA III wird das BAZG von der Entwicklung und Herausgabe eines eigenen Erfassungsgerätes entbunden. Wie auch in der EU soll diese Aufgabe von privaten Dienstleistungsanbietern übernommen werden. Der Staat soll nicht mehr die Mittel für die Erfassung der gefahrenen Kilometer vorgeben, sondern gegenüber den Anbietern die gesetzlichen Vorgaben für die Erfassung formulieren und deren Umsetzung kontrollieren. Das BAZG bleibt weiterhin für die Veranlagung zuständig.
Die neue LSVA III-Lösung ist umgesetzt und produktiv eingeführt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Erweiterung Warenverkehrssystem Passar (DaziT): Produktiver Einsatz der Etappe 1 im Warenverkehr (Einfuhr)

Das neue Warenverkehrssystem Passar ist eines der Herzstücke des Programms DaziT. Damit werden unter anderem die bisherigen Systeme e-dec und NCTS abgelöst. Der Warenverkehrsprozess wird dabei für alle Verfahren und Verkehrsarten vereinfacht und standardisiert. Passar bildet die Grundlage für einen Grenzübertritt ohne Halt und damit verbunden eine deutliche Effizienzsteigerung für die Wirtschaft.
Die erste Etappe von Passar 2.0 ist produktiv eingeführt und kann genutzt werden.

Soll-Termin: 30.06.2025

BUNDESAMT FÜR INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION (BIT)

PROJEKTE UND VORHABEN

Migration Rechenzentrum CAMPUS BIT 2020: Projektabschluss

Mit diesem Projekt wird die IKT-Infrastruktur für das neue Rechenzentrum (RZ) CAMPUS in Frauenfeld konzipiert und aufgebaut. Dazu gehören die Erarbeitung der Konzepte für den Aufbau und den Betrieb der IKT-Infrastruktur im neuen RZ, die Migration von Anwendungen und Services, welche vorher im RZ Titanic in Bern betrieben wurden, sowie die Auflösung des RZ Titanic, da der Betrieb künftig mit den RZ PRIMUS (Bern) und RZ CAMPUS (Frauenfeld) erfolgt.
Das Projekt ist abgeschlossen.

Soll-Termin: 30.06.2025

Swiss Government Cloud: Beschaffungen zum Aufbau Hybrid-Multi-Cloud Stufen I-III der SGC sind durchgeführt

Mit der Swiss Government Cloud (SGC) plant der Bundesrat den Aufbau einer neuen, auf die Anforderungen und Bedürfnisse der Bundesverwaltung zugeschnittenen Hybrid-Multi-Cloud-Infrastruktur. Damit soll die SGC es der Bundesverwaltung künftig ermöglichen, das Massengeschäft im Cloud-Bereich über eine einheitliche Gesamtlösung abzuwickeln. Zu diesem Zweck wird ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt: Nebst dem Aufbau der Hybrid-Multi-Cloud-Infrastruktur werden auch Investitionen in die Bereiche «Ausbildung, Beratung und Governance», «Betriebs- und kommerzielle Prozesse», «Cybersicherheit» und «Netzwerkinfrastruktur» getätigt. Die Beschaffung der Public-Cloud-Angebote der SGC (Stufe I, IIa und IIb), als Nachfolge zur WTO 20007, ist abgeschlossen. Die Beschaffung des Private-Cloud-Angebotes der SGC (Stufe III), als Nachfolge zur Systemlandschaft Atlantica, ist abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Elektronische Identität: Vertrauensinfrastruktur steht bereit

Im Vorhaben E-ID laufen die Arbeiten rund um den Aufbau eines staatlich anerkannten, elektronischen Identifikationsnachweises (E-ID) und der dazugehörigen Gesetzgebung. Gemeinsam mit dem Bundesamt für Justiz (BJ), dem Bundesamt für Polizei (fedpol) und der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS) ist das BIT an der Umsetzung beteiligt. Der Aufbau des digitalen Ökosystems für die E-ID erfolgt parallel zum Gesetzgebungsprozess, begleitet vom technischen und fachlichen Proof-of-Concept ePerso (digitaler Bundespersonalausweis), der Public Sandbox mit der Schweizer Wirtschaft sowie dem Pilotprojekt eLFA (elektronischer Lernfahrausweis).
Damit die Echtheit und Gültigkeit von elektronischen Nachweisen überprüft werden können, betreibt der Bund ein Basis- und ein Vertrauensregister. Darauf werden insbesondere die Signaturen der Ausstellerinnen und Aussteller hinterlegt. Die Vertrauensinfrastruktur wird durch verschiedene weitere Elemente wie dem System für Sicherheitskopien oder einer Applikation zur Verifikation von elektronischen Nachweisen ergänzt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Cloud Enabling Büroautomation: Migration auf Microsoft 365 abgeschlossen

Das Projekt Cloud Enabling Büroautomation führt «Microsoft 365 (M365)», die Cloud-Version der Microsoft-Dienste, als neuen Standard in der Bundesverwaltung ein. Nach dem positiven Entscheid zur Einführung von M365 im 1. Quartal 2023 implementiert das Projekt die produktive Lösung und führt M365 bis Ende 2025 in der zentralen Bundesverwaltung ein.
Alle Leistungsbezüger des BIT sind gemäss dem Projektplan der BK-DTI auf Microsoft 365 migriert.

Soll-Termin: 31.12.2025

Entflechtung Büroautomation / Unified Communication and Collaboration Verteidigung:
Projektabschluss

Das Projekt Entflechtung Büroautomation (BA) / Unified Communication and Collaboration (UCC) Verteidigung (EBUV) beinhaltet die Entflechtung der zivilen von den militärischen bzw. einsatzkritischen Arbeitsplatzsystemen. Dabei werden die IKT-Basisleistungen BA/UCC für die Gruppe Verteidigung organisatorisch und technisch vollständig von der ehemaligen FUB entflochten und an das BIT als Leistungserbringer des IKT-Standarddienstes Büroautomation ausgelagert.
Alle definierten Arbeitsplatzsysteme der Gruppe Verteidigung sind ins BIT migriert worden.

Soll-Termin: 30.06.2025

Umsetzung Entflechtungsstrategie Fachanwendungen Basis:
Überführung von 10 Fachanwendungen ins BIT im Auftrag des VBS

Überführung von 64 VBS-Fachanwendungen im zivilen Gebrauch in den Betrieb des BIT, im Rahmen der «Entflechtung der IKT-Basisleistungen».
Die Inbetriebnahme weiterer 10 Fachanwendungen, Wartungsverträge und SLA aus dem Entflechtungsportfolio des VBS ist erfolgt.

Soll-Termin: 31.12.2025

IT der Armee separieren und konzentrieren: Entflechtungsplan liegt vor

Entflechtungsvorhaben «Move to Standard», «Rückführung» und «Ausserdienststellung» für die im «Block Move» (RUVER Transition) enthaltenen Systeme, Plattformen und Business IT-Services (BITS) Gesamtschätzung der Ressourcen inkl. Auswirkung auf Betriebsressourcen (finanziell und personell) für sämtliche zu entflechtenden BITS ist abgeschlossen und validiert. Definition of Ready (DoR) und Definition of Done (DoD) für sämtliche zu entflechtenden BITS sind erstellt und validiert. Gesamtplanung der Entflechtung ist abgeschlossen und validiert. Übergang in die Phase der Entflechtung der BITS ausserhalb des PoC.

Soll-Termin: 30.06.2025

EIDGENÖSSISCHES PERSONALAMT (EPA)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Detailkonzept zur Optimierung des Lohnsystems der Bundesverwaltung: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 das Detailkonzept zur Optimierung des Lohnsystems der Bundesverwaltung genehmigen und die entsprechenden Anpassungen in der Bundespersonalverordnung gutheissen. Im Rahmen seines Berichts zum Postulat 19.3974 «Entkoppelung der Lohnentwicklung von der Leistungsbeurteilung» hatte er am 6. April 2022 entschieden, die Koppelung zwischen Leistungsbeurteilung und Lohnentwicklung beizubehalten, aber die Lohnentscheide durch die Einbindung von Lohnkurven zu objektivieren. Am 25. Oktober 2023 hat er das Grobkonzept zur Optimierung des Lohnsystems gutgeheissen und die Ausarbeitung des Detailkonzepts sistiert bis zum Vorliegen des von den Postulaten Bauer 23.3087 und Nantermod 23.3070 verlangten Vergleichs der Anstellungsbedingungen.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Optimierung des Lohnsystems des Bundespersonals: Abschluss der Anpassung des IT-Systems

Der Bundesrat hat das EFD beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlei und den Departementen, das Lohnsystem der Bundesverwaltung zu optimieren. Im Kern geht es darum, die aktuelle mit Beurteilungsstufen unterlegte Lohnentwicklung gemäss Artikel 39 Bundespersonalverordnung zu ersetzen und den vorhandenen Automatismus zu beseitigen. Im Rahmen der Umsetzung der Optimierungen des Lohnsystems werden auch die entsprechenden IT-Systeme angepasst.
Die Neuerungen bezüglich Lohnsystem (Lohnentwicklung und Leistungsbeurteilung) sind in den IT-Systemen (HR-IT) abgebildet und umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2025

HR und Digitalisierung: Umsetzung Einführungs- und Ausbildungsprogramm für HR-Fachleute

Durch die digitale Transformation verändert sich die Rolle der HR-Fachleute: Während Routinetätigkeiten vermehrt digitalisiert werden, intensiviert sich der Fokus auf strategie- und kulturprägende Aufgabenbereiche. Um die HR-Fachleute bei der Entwicklung dieser Kompetenzen in einer digitalen Arbeitswelt zu unterstützen, führt das EPA ein Einführungsprogramm für neue HR-Fachleute ein und entwickelt das Ausbildungsprogramm weiter.
Das HR-Einführungsprogramm ist mit multimodalen Lernelementen umgesetzt. Das Ausbildungsprogramm für HR-Fachleute wurde geprüft und neue Module mit strategisch relevanten Themen sind umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Harmonisierung und Standardisierung bundesweiter HR-Anwendungen:
Einführung des digitalisierten Prozesses (On-, Cross- und Offboarding)

Das Team Personal (HR-IT) in SUPERB ist für die Harmonisierung und Standardisierung der Personalprozesse auf neuen Technologien (u.a. SAP Cloud) zuständig. Bis 2026 wird eine möglichst durchgängige Systemunterstützung für die Personalprozesse umgesetzt. Der Technologie- und Prozesswandel verlangt von Personaldiensten, Vorgesetzten und Mitarbeitenden hohe Veränderungsbereitschaft. Genehmigungsstrukturen oder verwaltungseinheitsspezifische Prozesse sind zu überprüfen und allenfalls anzupassen.
Auf den erarbeiteten Technikgrundlagen wird der neue Einstellungs-, Einarbeitungs- und Austrittsprozess (On-, Cross- und Offboarding) zusammen mit den Departementen analysiert und umgesetzt. Im 2025 ist der digitalisierte Prozess zur Nutzung freigegeben.

Soll-Termin: 31.12.2025

Hybrides Modell mit der Cloud umgesetzt: Konvertierung Personalinformationssystem IPDM auf H4S4

Mit dem Entscheid 2022, ein hybrides Modell (Cloud zusammen mit dem in der Bundesverwaltung betriebenen System (on premise)) umzusetzen, können bis zur vollumfänglichen Systemreife in der Cloud die Vorteile beider Technologien genutzt werden. Dazu braucht es aber die Sicherung der längerfristigen Wartbarkeit mit der Konvertierung des heutigen Systems in ein erneuertes kompatibles Technologieupdate (H4S4). Das heutige Personalinformationssystem IPDM ist auf die neue Technologie H4S4 konvertiert.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR BAUTEN UND LOGISTIK (BBL)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung der Beschaffungsstrategie der Bundesverwaltung: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung der Beschaffungsstrategie der Bundesverwaltung (Umsetzungsstrategie zur Totalrevision des öffentlichen Beschaffungsrechts für die Strategieperiode 2021–2030) zur Kenntnis nehmen. Die Beschaffungskonferenz des Bundes (BKB) und die Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen Bauherren (KBOB) informieren den Bundesrat in diesem Bericht gegebenenfalls auch über weitere erforderliche Massnahmen.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Bundesasylzentren: Bezug Bundesasylzentrum Le Grand-Sacconex

Der Bezug des Bundesasylzentrums Le Grand-Sacconex ist erfolgt.

Soll-Termin: 30.06.2025

Flexible Arbeitsformen: Inbetriebnahme Zollikofen, Verwaltungsneubau 4. Etappe

Das neue Unterbringungskonzept baut auf den bestehenden Grundsätzen des Unterbringungskonzepts 2024 (UK 2024) auf und schafft im Grossraum Bern auf den Campus-Arealen optimale Voraussetzungen für flexible Arbeitsformen. Folgende Stossrichtungen werden verfolgt: Optimale Flächennutzung mittels Umsetzung der Standards Multispace und Desksharing; effiziente, produktive und bereichsübergreifende Zusammenarbeit an konzentrierten Campus-Standorten sowie flexible Gebäude und Infrastruktur, um auf sich verändernde Situationen sowie betriebliche Bedarfe der Nutzenden reagieren zu können.
Die Inbetriebnahme des Verwaltungsneubaus 4. Etappe in Zollikofen ist erfolgt.

Soll-Termin: 30.06.2025

Flexible Arbeitsformen: 80 % Innenausausbau Verwaltungsneubau Guisanplatz, 2. Etappe

80 % des Innenausbaus des Verwaltungsneubaus Bern, Guisanplatz 2. Etappe sind abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2025

WBF

GENERALSEKRETARIAT WBF (GS-WBF)

PROJEKTE UND VORHABEN

Stärkung der finanziellen Steuerung des Departementes WBF: Durchführung einer Retrospektive und Optimierung sowie Weiterentwicklung der Instrumente und Prozesse

Mit der Umsetzung des BRB vom 16.11.2022 über die Stärkung der strategischen Steuerung des Bundesrates werden die Departemente ab 2025 aufgefordert, die interne finanzielle Steuerung zu verstärken. Neu wird pro Legislaturperiode ein Entwicklungsrahmen festgelegt. Die Möglichkeit, plafonderhöhende Mittel zu beantragen, entfällt. Die Departemente müssen die Veränderungen des Mittelbedarfs selber auffangen. Dazu braucht es ein neues internes Steuerungsmodell.
Die bestehenden Instrumente und Prozesse sollen mittels Durchführung einer Retrospektive mit den Verwaltungseinheiten des WBF geprüft werden. Die identifizierten Verbesserungspotenziale werden in einem iterativen Ansatz in die bestehenden Prozesse und Instrumente integriert.

Soll-Termin: 31.10.2025

SUPERB – Nutzen und Synergiepotenziale im WBF: Anbindung der Fachanwendungen an die Master Data Governance (MDG)

Das Bundesprogramm SUPERB schafft die technischen Voraussetzungen für die Harmonisierung und Standardisierung der Supportprozesse der Bundesverwaltung (Finanzen, Personal, Beschaffung, Immobilien). In der anschliessenden Innovationsphase sollen Nutzen und Synergiepotenziale durch schlanke Prozesse und gemeinsame Datennutzung realisiert werden.
Die Fachanwendungen des WBF sind direkt an das Modul MDG von S/4 HANA angebunden.

Soll-Termin: 31.12.2025

STAATSSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT (SECO)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Reform der Wettbewerbsbehörden: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung hinsichtlich einer Reform der Wettbewerbsbehörden eröffnen. Mit dieser will der Bundesrat die Trennung zwischen Untersuchung und Entscheid bei der Wettbewerbskommission wirksamer ausgestalten und das Beschwerdeverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht stärken.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bericht «Verursacherprinzip bei Retouren im Online Versandhandel anwenden» (in Erfüllung des Po. UREK-S 23.4330): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Verursacherprinzip bei Retouren im Online-Versandhandel anwenden» gutheissen. Der Bericht untersucht die Umweltauswirkungen von Retouren im Online-Handel. Zudem werden mögliche Massnahmen zur Reduktion von Retouren analysiert.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Zusammenschluss von UBS und CS. Beurteilung der wettbewerbsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung» (in Erfüllung des Po. WAK-N 23.3444): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Zusammenschluss von UBS und CS. Beurteilung der wettbewerbsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung» gutheissen. Der Bericht untersucht, die volkswirtschaftliche Bedeutung des Zusammenschlusses und ob Handlungsbedarf in Bezug auf Kompetenzen, Ressourcen oder zusätzlicher Instrumente (Sektoruntersuchung) der Wettbewerbsbehörde besteht.

Soll-Termin: 31.12.2025

Standortförderung 2028–2031: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zur Botschaft Standortförderung 2028–2031 eröffnen. Mit der Botschaft zur Standortförderung entwickelt der Bundesrat die strategischen Grundlagen der Standortförderung des Bundes weiter. Der Bundesrat beantragt dem Parlament für die Jahre 2028–2031 Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen für die verschiedenen Instrumente der Standortförderung.

Soll-Termin: 31.12.2025

Revision des Bundesgesetzes über die Förderung der Beherbergungswirtschaft:
Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung der Beherbergungswirtschaft verabschieden. Damit will er die Wirkung der Investitionsförderung in der Beherbergungswirtschaft optimieren. Die Förderung der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) soll noch stärker auf die Verbesserung der Strukturen und den Strukturwandel sowie die nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden. Neben dieser Schwerpunktsetzung durch Anreize sollen die Förderung flexibilisiert, die Funktion der SGH als Kompetenzzentrum für die Beherbergungsförderung verankert und das Gesetz formal modernisiert werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Reform im Bereich der staatlichen Beihilfen: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zum Paket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU verabschieden, darunter auch Bestimmungen zur Überwachung staatlicher Beihilfen in der Schweiz und die entsprechende Umsetzungsgesetzgebung.

Soll-Termin: 31.12.2025

Abkommen zur Verstetigung des Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten:
Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zum Paket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU verabschieden, darunter auch zum Abkommen zur Verstetigung des Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten, welches einen regelmässigen Beitrag der Schweiz an die Kohäsion innerhalb der EU vorsehen wird. Dies geschieht in Abhängigkeit vom Ergebnis der Verhandlungen zu diesem Paket.

Soll-Termin: 31.12.2025

Neue Freihandelsabkommen und Aktualisierung bestehender Abkommen:
Führung und Abschluss von Verhandlungen

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Aushandlung von neuen Freihandelsabkommen (Vietnam, Malaysia, Kosovo, MERCOSUR, Thailand) und die Modernisierung von bestehenden Freihandelsabkommen (Ukraine, Mexiko, SACU und UK) weiterführen und wenn möglich abschliessen. Ziel ist es, den Marktzugang für Schweizer Unternehmen zu sichern sowie Rechtssicherheit zu schaffen, um der Schweizer Wirtschaft möglichst vorteilhafte Rahmenbedingungen zu ermöglichen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Plurilaterales WTO Abkommen über digitalen Handel: Abschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Verhandlungen zum WTO Abkommen über digitalen Handel (E-Commerce) abschliessen. Mit dem Abkommen wird die Rechtssicherheit im digitalen Handel zwischen über 80 WTO Mitgliedern erhöht, Diskriminierungen vermieden sowie ein freier und sicherer Datenfluss unter Einhaltung spezifischer Massnahmen zum Schutz von Personendaten gewährleistet.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit: Anerkennung und Nutzung des Potenzials» (in Erfüllung der Po. Binder-Keller 21.3900 und Binder-Keller 21.4227): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Massnahmen zur besseren Nutzung des Potenzials der Familienarbeit» und «Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Anerkennung der durch Familienarbeit erworbenen Kompetenzen» gutheissen. Der Bericht analysiert die bestehenden Erkenntnisse zum Thema und erörtert, ob und wo im Arbeitsmarkt Potenzial zu einer besseren Nutzung der durch Familienarbeit erworbenen Kompetenzen besteht.

Soll-Termin: 30.12.2025

Revision des Entsendegesetzes (EntsG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetztes über die flankierenden Massnahmen bei entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und über die Kontrolle der in Normalarbeitsverträgen vorgesehenen Mindestlöhne (Entsendegesetz, EntsG) verabschieden. Damit sollen geeignete inländische Massnahmen verankert werden zur Sicherung des aktuellen Lohnschutzes. Dadurch wird sichergestellt, dass bei Übernahme der EU-Rechtsfortentwicklung des relevanten EU-Rechts durch die Schweiz, d.h. die integrale Übernahme der Durchsetzungsrichtlinie und der revidierten Entsende-richtlinie, das aktuelle Schutzniveau auf dem Schweizer Arbeitsmarkt nicht tangiert wird.

Soll-Termin: 31.12.2025

Rahmenbedingungen für eine nächste Landesausstellung ab dem Durchführungsjahr 2030: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung für die Rechtsgrundlagen für eine mögliche Landesausstellung eröffnen. Im Vordergrund steht insbesondere die Regelung der folgenden Rahmenbedingungen: Rolle des Bundes, Grundsätze und Voraussetzungen einer allfälligen Förderung, Kriterien und Verfahren. Die Rechtsgrundlagen bilden die Voraussetzung für das bundesseitige Prüfverfahren für eine Landesausstellung sowie, bei Bedarf, für eine Projekt-Selektion.

Soll-Termin: 31.12.2025

Erhöhungen des Garantiekapitals der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) und des Kapitals der Interamerikanischen Investitionsgesellschaft (IDB Invest): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Erhöhung des Garantiekapitals der AfDB und der Kapitalerhöhung der IDB Invest verabschieden. Die Erhöhung des Garantiekapitals der AfDB ist notwendig, um das AAA-Kreditrating der Bank zu sichern. Die finanzielle Stabilität der AfDB liegt im Interesse der Schweiz. Das Garantiekapital wird als Eventualverbindlichkeit in der Bilanz des Bundes geführt. Eine zumindest teilweise Beteiligung an der Kapitalerhöhung von IDB Invest, dem «Privatsektor»-Arm der IDB-Gruppe, sichert den Einfluss der Schweiz in der IDB Invest und eröffnet politische und wirtschaftliche Möglichkeiten im Rahmen des Freihandelsabkommens mit dem Mercosur. Die AfDB und die IDB gehören zu den prioritären multilateralen Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen der Schweiz.

Soll-Termin: 30.06.2025

Kernbeitrag an die 21. Wiederauffüllung des Fonds der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA): Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 über den Beitrag der Schweiz zur 21. Wiederauffüllung des Fonds der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) entscheiden. Die IDA ist der konzessionelle Arm der Weltbank für die ärmsten Länder. Der Fonds wird in regelmässigen Abständen von drei Jahren aufgefüllt. Die 21. Wiederauffüllung wird es ermöglichen, die ärmsten Länder weiterhin zu unterstützen und gleichzeitig globale Herausforderungen wie den Klimawandel und die Fragilität zu bekämpfen. Die Wiederauffüllung wird aus dem Rahmenkredit «Internationale Entwicklungszusammenarbeit» finanziert. Der Beitrag der Schweiz sichert ihren Einfluss in der IDA, die zu den vorrangigen internationalen Finanzinstitutionen gehört.

Soll-Termin: 30.06.2025

Kapitalerhöhung der Weltbank: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Kapitalerhöhung der Weltbank verabschieden. Aufgrund zusätzlicher Finanzierungsbedürfnisse im Zusammenhang mit globalen Krisen steht bei der Weltbank eine mögliche Kapitalerhöhung im Raum. Konkretisiert sich das Vorhaben, wird der Bundesrat eine Beteiligung der Schweiz an einer Kapitalerhöhung der Weltbank beantragen. Die Weltbank gehört zu den prioritären multilateralen Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen der Schweiz.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bericht «Durchsetzung und Kontrolle der Sanktionen gegen Russland im Rohstoffsektor» (in Erfüllung des Po. APK-N 23.3959): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Durchsetzung und Kontrolle der Sanktionen gegen Russland im Rohstoffsektor» gutheissen. Der Bericht untersucht, inwieweit die Sanktionen gegen Russland im Rohstoffsektor derzeit eingehalten werden und wo noch Mängel bestehen. Im Bericht soll ausgeführt werden, mit welchen zusätzlichen Massnahmen die Durchsetzung und die Kontrolle der Sanktionen gegebenenfalls verbessert werden könnten. Ebenfalls soll im Bericht dargestellt werden, aus welchen Ländern heraus neu oder immer noch russische Rohstoffe gehandelt werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Revision der BIP-Daten: Weiterentwicklung

2025 findet eine mit BFS, SNB, EFV koordinierte umfangreiche Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung statt.
Das SECO wird die Berechnung der Quartalszahlen weiterentwickeln. Damit wird sichergestellt, dass die Wirtschaftslage mit der gewohnten Zuverlässigkeit beurteilt werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2025

Informatikprojekt Erneuerung Amtsblattportal: Aufschalten Testumgebung Amtsblattportal

Die Erneuerung des Amtsblattportals hat die Modernisierung der digitalen Publikationsplattform für amtliche Meldungen zum Ziel. Über das Amtsblattportal werden digitale Amtsblätter auf allen föderalen Ebenen publiziert. Ziel ist die Ablösung des bestehenden Amtsblattportals durch das Amtsblattportal 2.0.
Die Testumgebung für das Amtsblattportal 2.0 kann erfolgreich aufgeschaltet werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Zugang zum EU Binnenmarkt: Aktualisierung des Abkommens über technische Handelshemmnisse

Für die Schweiz sind der weitgehend unbeschränkte Zugang zum EU Binnenmarkt sowie Kooperationen mit der EU in ausgewählten Interessenbereichen von zentraler Bedeutung. Der Erhalt und die Weiterentwicklung des bilateralen Weges bleiben das prioritäre Ziel.
Das Medizinproduktekapitel ist komplett aktualisiert, d.h. einschliesslich Aktualisierung betreffend in vitro Diagnostika.

Soll-Termin: 31.12.2025

Informatikprojekt ASALfutur: Abschluss Abnahmetests und Simulation von ASAL 2.0 für die Bereiche Arbeitslosenentschädigung und Internationales (ALE & INTR)

Mit ASALfutur wird die Modernisierung und weitere Digitalisierung der Abwicklung und Auszahlung der Arbeitslosenversicherungsleistungen umgesetzt. Ziel ist die Ablösung der alten ASAL Lösung durch die moderne Lösung ASAL 2.0.
Bereit für Start Produktivsetzung der Bereiche ALE und INTR, welche Anfang 2026 erfolgen soll.

Soll-Termin: 31.12.2025

RUMBA-Umweltziel 2024: Zusammenlegen von SECO-Standorten

Am 15.03.1999 hat der Bundesrat die Schaffung des systematischen Ressourcen- und Umweltmanagements der Bundesverwaltung RUMBA beschlossen. Für dessen Umsetzung hat er die Fachstelle RUMBA im Bundesamt für Energie geschaffen. RUMBA umfasste im Jahr 2020 im Durchschnitt 17 175 Vollzeitäquivalente, die in 46 RUMBA-Einheiten organisiert sind. Das System deckt vor allem den Gebäudebereich (Strom, Wärme, Wasser und Abfall) sowie den Papierverbrauch und die Dienstreisen ab.
Das SECO gibt den Standort Finkenhubelweg auf und zentralisiert die Arbeitsplätze am Standort Holzikofenweg / Friedheimweg. Dadurch werden ab Ende Jahr 2025 mindestens 20 Tonnen CO_2 pro Jahr eingespart.

Soll-Termin: 31.12.2025

Wiederaufbau Ukraine: Umsetzung der Massnahmen zum Wiederaufbau

Im Rahmen des neuen Programms Ukraine werden die Massnahmen für den Wiederaufbau der Ukraine unter Berücksichtigung der bewährten Praxis der internationalen Zusammenarbeit umgesetzt. Die Massnahmen umfassen einerseits Aktivitäten der internationalen Zusammenarbeit und andererseits voraussichtlich Massnahmen, die es erlauben den Schweizer Privatsektor verstärkt in den Wiederaufbauprozess der Ukraine einzubinden. Mit der Umsetzung des Programms nimmt die Schweiz ihre Rolle als glaubwürdige Akteurin in der internationalen Zusammenarbeit wahr und agiert gemeinsam mit ihren Wertepartnern und im Einklang mit der aussenpolitischen Strategie und der Aussenwirtschaftsstrategie.
Die Massnahmen zum Wiederaufbau der Ukraine werden im Rahmen des neuen Programms Ukraine umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR LANDWIRTSCHAFT (BLW)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht (in Umsetzung der Mo. WAK-S 22.4253): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) verabschieden. Im Vordergrund steht die Stärkung des Selbstbewirtschaftungsprinzips, der Stellung der Ehegattinnen und Ehegatten und des Unternehmertums. Zudem sollen die Rahmenbedingungen für eine gute überbetriebliche Zusammenarbeit und für wirtschaftliche Betriebsstrukturen verbessert werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Wettbewerbssituation im Lebensmittelmarkt» (in Erfüllung des Po. WAK-S 22.4252): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht betreffend Wettbewerbssituation im Lebensmittelbereich gutheissen. Der Bericht wird die Wettbewerbssituation im Schweizer Agrar- und Lebensmittelmarkt vor dem Hintergrund der hohen Konzentration analysieren und beurteilen. Er wird aufzeigen, ob zusätzliche Instrumente notwendig sind, um allfällige negative Auswirkungen dieser Konzentration abzufedern. Insbesondere wird ein Ausbau der Marktbeobachtung geprüft.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Erhöhung der Wirksamkeit des Gewässerschutzprogramms in der Landwirtschaft» (in Erfüllung des Po. GPK-N 22.3875): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht betreffend Wirksamkeit des Gewässerschutzprogramms in der Landwirtschaft gutheissen. Der Bericht wird gestützt auf die bereits erarbeitete Vollzugshilfe Gewässerschutzprogramm prüfen, inwiefern der administrative Aufwand reduziert und die Wirksamkeit der Massnahmen erhöht und damit die Attraktivität des Programms gesteigert werden kann. Aufgrund des fachlichen Bezugs zu weiteren Vorstössen zum Gewässerschutz werden insbesondere die Ergebnisse aus deren Bearbeitung mitberücksichtigt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Preistransparenz bei Agrarprodukten im Detailhandel»
(in Erfüllung des Po. Schneider Meret 21.3831): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht betreffend Preistransparenz bei Agrarprodukten im Detailhandel gutheissen. Der Bericht wird auf die Fragen eingehen, wie unlautere Handelspraktiken im Detailhandel bei Agrarprodukten unterbunden werden können und Preistransparenz für Konsumenten in Bezug auf Produzenten- und Konsumentenpreise, sowie in Bezug auf die Margen hergestellt werden kann.
Aufgrund des fachlichen Bezugs zu weiteren Vorstössen zur Preistransparenz entlang der Wertschöpfungskette sind diese Arbeiten zu berücksichtigen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Lockerung der Weinhandelskontrolle für kleine Kellereien»
(in Erfüllung des Po. Nantermod 21.4446): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht betreffend die Lockerung der Weinhandelskontrolle für kleine Kellereien gutheissen. Der Bericht soll prüfen, inwiefern sehr kleine Weinkellereien, die nur ihre eigene Ernte einkellern, von der Schweizer Weinhandelskontrolle befreit oder die Kontrollen für sie gelockert werden, ohne dass die Lücken und Schwachstellen des Systems der Weinkontrolle, die mit der Änderung der Weinverordnung von 2017 beseitigt wurden, wieder entstehen.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Digitales Nährstoff- und Pflanzenschutzmittelmanagement «digiFlux»: Inbetriebnahme

Am 19.03.2021 hat das Parlament im Rahmen der Pa. Iv. 19.475 Gesetzesänderungen zur Reduktion der negativen Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln und Düngern beschlossen. Der Bund wird verpflichtet, ein zentrales Informationssystem zu deren Erfassung zu betreiben.
Ende 2024 soll die das System produktiv gestellt werden. Im Jahr 2025 ist im Rahmen des Umsetzungskonzepts die Pilotierung mit verschiedenen Benutzergruppen geplant. Die Meldepflicht für den Handel von Pflanzenschutzmitteln und von Nährstoffen soll ab 01.01.2026 umgesetzt werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

AGROSCOPE (AGROSCOPE)

PROJEKTE UND VORHABEN

Absenkpfade - Unterstützung der landwirtschaftlichen Praxis: Factsheets und Relaunch von Prognosesystemen für Krankheiten und Schädlinge

Die Erreichung der Ziele der Absenkpfade «Nährstoffverluste» und «Pflanzenschutzmittel» sind eine prioritäre Herausforderung der Landwirtschaft. Agroscope unterstützt die landwirtschaftliche Produktion und Praxis durch die Entwicklung von Massnahmen, Verfahren, Technologien, ganzheitlichen Strategien und Wissensaustausch.
Die Factsheets zu den für die landwirtschaftliche Praxis relevanten Massnahmen zur Senkung von Stickstoff- und Phosphorverlusten werden in Zusammenarbeit mit Agridea weiterentwickelt und der Wissensaustausch gefördert. Auf der Agrometeo-Plattform erfolgt im 2025 der Relaunch der Prognosesysteme für Kartoffelkrankheiten (PhytoPRE), Getreidekrankheiten (FusaProg) sowie für Schädlingsprognose im Obstbau (SOPRA).

Soll-Termin: 31.12.2025

Klimaanpassung: Anpassung der Anbauempfehlungen für eine standortangepasste Landwirtschaft

Klimaveränderungen und extreme Wetterereignisse fordern die Anpassung der Anbausysteme.
Agroscope erhöht die Resilienz der Anbausysteme durch die Eignungsprüfung von Kulturarten, die weniger empfindlich auf Wasserstress sind, die Empfehlung von trockenheitsresistenten Sorten und Empfehlungen zu Produktionsmethoden. Sorten- und Artenmischungen sowie die Anwendung von Agroforstsystemen werden mit der Praxis geprüft und weiterentwickelt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Systemansatz Agrar- und Ernährungsforschung: Weiterentwicklung Simulationsmodelle für das Schweizer Ernährungssystem

Zur Unterstützung des Zukunftsbildes 2050 gemäss Bericht zum Postulat 20.3931 «Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik» vom 22.06.2022 braucht es in der Agrar- und Ernährungsforschung eine Stärkung der Systembetrachtung.
Agroscope baut seine Modelle im Bereich Ernährung und Systembetrachtung aus und ermöglicht durch die gezielte Simulation von Szenarien die Unterstützung des Zukunftsbildes 2050. Erweitert wird das Modell SWISSfoodSys «Swiss sustainable food system model» («Schweizer Modellsystem für nachhaltige Ernährung») im 2025 mit den Vorleistungen (z.B. Düngemitteln) und den Nährstoffen der produzierten Nahrungsmittel.

Soll-Termin: 31.12.2025

Umsetzung der Standortstrategie: Weitere Umzüge und Konzeption des künftigen Laborbetriebs Agroscope

Nach dem Entscheid des Bundesrats vom Mai 2020 zur Standortstrategie Agroscope startete das Umsetzungsprojekt. Als Grundlage für die ab 2022 bevorstehende Verschiebung von Forschungsaktivitäten fokussiert die Detailplanung auf die bedarfsorientierte Bereitstellung der notwendigen Infrastrukturen und deren Optimierung.
Im Jahr 2026 soll das Laborgebäude in Posieux in Betrieb genommen werden. Vorbereitend werden 2025 die Funktionstests des Gebäudes und die Prozesse für den künftigen Laborbetrieb unter Berücksichtigung der Schnittstellen zu den Standorten Changins und Reckenholz definiert sowie die Umzugsplanung durchgeführt. Der Umzug der Nematologie von Wädenswil nach Changins ist abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Verwendung der Effizienzgewinne für Versuchsstationen:
Evaluation Praxiswirkung und Konzept der Versuchsstationen

Bestandteil der Standortstrategie Agroscope ist der Aufbau von Versuchsstationen zusammen mit Kantonen und Branchen.
Die Versuchsstationen sind ein zentrales Element zur Stärkung der Praxiswirkung von Agroscope. 2025 sollen die Praxiswirkung evaluiert und darauf aufbauend Folgerungen für das Zusammenarbeitskonzept erarbeitet werden.

Soll-Termin: 30.09.2025

BUNDESAMT FÜR WIRTSCHAFTLICHE LANDESVERSORGUNG (BWL)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Revision des Landesversorgungsgesetzes (LVG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Revision Landesversorgungsgesetz (LVG) verabschieden. Durch eine Teilrevision der gesetzlichen Grundlage für die wirtschaftliche Landesversorgung (WL) soll deren Organisation und Funktionsweise optimiert werden. Dazu werden auch neue Erkenntnisse insbesondere aus der Energiekrise einbezogen. Zudem sollen die möglichen Interventionsmassnahmen und das dazugehörende Instrumentarium flexibler und differenzierter ausgestaltet werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Erneuerung und Weiterentwicklung Heilmittelplattform:
Der Pilot für die Heilmittelplattform von Humanarzneimitteln ist in Betrieb

Erneuerung und Weiterentwicklung Heilmittelplattform für Versorgungsstörungen von Arzneimitteln. Die neue Meldeplattform soll als fachspezifisches Modul von IES NG entwickelt werden. Dabei sollen die Arbeitsprozesse automatisiert werden, womit die Pflichtlagerfreigaben für lebenswichtige Humanarzneimittel effizienter bearbeitet werden können. Desweitern soll ein proaktives Monitoring eingebaut und die Schnittstellen zu den Stakeholdern optimiert werden.
Das BWL baut eine Monitoringplattform (Datenanbindung, Optimierung der Meldestelle Heilmittel und verwaltungsinterne Optimierung, proaktives Monitoring und Optimierung für weitere Stakeholder) auf. Das Monitoring der Medizinprodukte und optional das Monitoring der Tierarzneimittel sind in das Projekt zu integrieren.

Soll-Termin: 31.12.2025

Strombewirtschaftungsmassnahmen (Kontingentierung): Aufbau Plattform für die Kontingentweitergabe der Stromgrossverbraucher: Produktivsetzung der Plattform, welche den Kontingentenhandel der Stromgrossverbraucher ermöglicht

Die Bewirtschaftungsmassnahmen zur Kontingentierung von Strom richtet sich an Endverbraucher mit einem Jahresverbrauch von mindestens 100 MWh. Es handelt sich dabei um sogenannte Grossverbraucher, welche ihre elektrische Energie am freien Markt beziehen könnten. Für diese Nutzer soll eine Plattform aufgebaut werden für die Weitergabe von Kontingenten in einer Energiemangellage.
Für die Stromgrossverbraucher, welche ihre elektrische Energie am freien Markt beziehen könnten, soll eine Plattform aufgebaut werden für die Weitergabe von Kontingenten in einer schweren Mangellage.

Soll-Termin: 31.12.2025

Monitoring von Erdgas: Inbetriebnahme Langfristlösung Monitoring Erdgas

Die wirtschaftliche Landesversorgung ist auf ein Monitoringsystem angewiesen, das Informationen zur aktuellen Versorgungslage sowie zur kurz- bis mittelfristigen Entwicklung in der Gasversorgung beinhaltet. Die wirtschaftliche Landesversorgung wird das Monitoringsystem Erdgas in Betrieb nehmen. Dies stellt die Informationen zur aktuellen Versorgungslage zur Verfügung sowie die kurz- bis mittelfristige Entwicklung in der Gasversorgung.

Soll-Termin: 31.12.2025

Modernisierung Software Pflichtlagerverwaltung (PLV): Implementierung neue Pflichtlagersoftware und Digitalisierung des Unterschrifts- und Genehmigungsprozesses

Die Software für die Pflichtlagerverwaltung (PLV) muss erneuert werden. Zudem wird der Prozess zur Finanzierung der Pflichtlagerverträge digitalisiert d.h. über eine anerkannte Zustellplattform wird das Genehmigungs- und Unterschriftsverfahren elektronisch abgewickelt.
Implementierung der neuen Software für die Pflichtlagerverwaltung (PLV). Die Pflichtlagerverträge werden digitalisiert und das Genehmigungs- und Unterschriftsverfahren wird elektronisch abgewickelt über eine anerkannte Zustellplattform.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR WOHNUNGSWESEN (BWO)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Revision des Wohnraumförderungsgesetzes (WFG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Revision des Wohnraumförderungsgesetzes verabschieden. Damit werden das vom Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) in Zusammenarbeit mit den Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus entwickelte Modell einer Kostenmiete sowie die Zuständigkeit des BWO für die Mietzinsüberprüfung bei indirekt geförderten Objekten in das Gesetz aufgenommen.

Soll-Termin: 30.06.2025

Regelung der zulässigen Nettorendite im Mietrecht bei einem mietrechtlichen Referenzzinssatz von mehr als 2 Prozent (in Umsetzung der Mo. Engler 22.4448): Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 über die Umsetzung der Motion Engler 22.4448 «Mehr Rechtssicherheit im Mietrecht» beschliessen. Die Motion beauftragt den Bundesrat, eine Rechtsunsicherheit zu beseitigen, die das Bundesgericht mit einer Praxisänderung zur zulässigen Nettorendite geschaffen hatte.
Das Bundesgericht legte die zulässige Nettorendite bei 2 Prozent fest, aber nur solange der mietrechtliche Referenzzinssatz nicht mehr als 2 Prozent beträgt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Wohnungsknappheit in der Schweiz. Analyse der massgeblichen Faktoren für die Mietpreisentwicklung seit 2002 sowie der tiefen Leerwohnungsquote und mögliche Ansätze zu deren Entschärfung» (in Erfüllung des Po. Müller Damian 22.4289 und Po. Müller Damian 22.4290): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 den Bericht «Wohnungsknappheit in der Schweiz. Analyse der massgeblichen Faktoren für die Mietpreisentwicklung seit 2002 sowie der tiefen Leerwohnungsquote und mögliche Ansätze zu deren Entschärfung» gutheissen. Der Bericht untersucht die Entwicklung der Wohnungsmieten seit dem Jahr 2002 und analysiert die Faktoren der Mietzinsentwicklung. Dabei werden auch regionale Unterschiede dargestellt. Zugleich untersucht der Bericht, welche Gründe und Faktoren zur derzeitigen Wohnungsknappheit geführt haben und legt dar, welche Massnahmen dagegen ergriffen werden können.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bericht «Wohneigentumsförderung» (in Erfüllung des Po. WAK-S 23.4323):
Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Wohneigentumsförderung» gutheissen. Der Bericht legt dar, welche Massnahmen im Bereich der Wohneigentumsförderung geeignet wären, dem entsprechenden Verfassungsauftrag (vgl. Art. 108 BV) Rechnung zu tragen. Dabei wird auch der gemeinnützige Wohnungsbau als Sonderform des (Mit-)Eigentums beleuchtet und aufgezeigt, welche Auswirkungen die verschiedenen Massnahmen auf die Preisentwicklung haben.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Mietrechtliche Rahmenbedingungen: Unterstützung der Rechtskommission von National- und Ständerat bei der Umsetzung von parlamentarischen Initiativen im Mietrecht. Vernehmlassung und Stellungnahme des Bundesrates

Das BWO ist zuständig für das Mietrecht. Es unterstützt Bundesrat und Parlament bei der Ausarbeitung und Revision der gesetzlichen Grundlagen.
Im Parlament ist die Behandlung mehrerer parlamentarischer Initiativen im Mietrecht hängig. Das BWO unterstützt die Rechtskommissionen beider Räte bei der Ausarbeitung von Vernehmlassungsgrundlagen und bereitet gestützt auf die Ergebnisse eine Gesetzesrevision vor.

Soll-Termin: 31.12.2025

Wohnungspolitik: Umsetzung der Massnahmen zur Bekämpfung des Wohnungsmangels in Zusammenarbeit mit Kantonen, Städten, Gemeinden und der Immobilienwirtschaft

Behandlung wohnungspolitischer Themen zur Unterstützung der Arbeit und Entscheidfindung von Bundesrat und Parlament.
Unter der Leitung des Departementschefs WBF hat der Runde Tisch Wohnungsknappheit am 13.02.2024 einen Aktionsplan verabschiedet. Die darin enthaltenen und in der Kompetenz des BWO liegenden Massnahmen werden umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR ZIVILDIENST (ZIVI)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Revision des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (ZDG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG) verabschieden. Ziel der Revision des ZDG ist eine substanzielle Senkung der Anzahl Zulassungen zum Zivildienst. Zur Durchsetzung der Verfassungsvorgabe, wonach keine freie Wahl zwischen Militärdienstpflicht und Leisten eines zivilen Ersatzdienstes besteht, sowie als Beitrag zur Sicherung der Armeebestände soll insbesondere die Zahl der Abgänge von Armeeangehörigen nach bestandener Rekrutenschule sowie von Fachspezialisten und Kadern der Armee in den Zivildienst gesenkt werden.

Soll-Termin: 30.06.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Mittelfristige Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems: Bundesratsbeschluss zu Änderung verschiedener Verordnungen zur Anpassung an erfolgte Änderungen BZG, MG und ZDG

Antragsstellung an den Bundesrat zur Änderung ZDG.
Zusammenarbeit mit dem VBS zur Antragstellung an den Bundesrat zu Änderungen verschiedener Verordnungen (u.a. ZDV, ZSV) zur Anpassung an erfolgte Änderungen des BZG, des MG und des ZDG (Umsetzung Alimentierungsbericht erster Teil).

Soll-Termin: 31.12.2025

Langfristige Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems: Erfüllung der 2025 wahrzunehmenden Aufträge aus dem Bundesratsbeschluss

Umsetzung des Bundesratsbeschlusses zum Bericht, in dem die Varianten «Sicherheitsdienstpflicht» und «bedarfsorientierte Dienstpflicht» bis Ende 2024 vertieft geprüft werden.
Zusammenarbeit mit dem VBS zur Erfüllung der Aufträge aus dem Bundesratsbeschluss vom Dezember 2024, die 2025 wahrzunehmen sind (Umsetzung Alimentierungsbericht zweiter Teil).

Soll-Termin: 31.12.2025

Digitale Transformation ZIVI: Abschluss der Einführung der neuen Fachanwendung ZiviConnect

Steuerung und Führung des agil geführten Projekts Neue Fachanwendung ZIVI in der Phase Umsetzung im Rahmen der amtsspezifischen Strategie Digitale Transformation.
Nach drei Release-Schritten im 2025 wird das Projekt ZiviConnect abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2025

SCHWEIZERISCHE AKKREDITIERUNGSSTELLE (SAS)

PROJEKTE UND VORHABEN

Kundenzufriedenheit: Beschluss über Massnahmen

Jährlich wird auf Grundlage einer strukturierten Befragung die Zufriedenheit der Konformitätsbewertungsstellen (KBS) mit den Dienstleistungen der SAS durchgeführt.
Auf Grundlage der entsprechenden Ergebnisse werden Massnahmen zur laufenden Verbesserung der Dienstleistungen bis Ende März geprüft und beschlossen.

Soll-Termin: 31.03.2025

STAATSSEKRETARIAT FÜR BILDUNG, FORSCHUNG UND INNOVATION (SBFI)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (BBG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft für das teilrevidierte Bundesgesetz über die Berufsbildung (BBG) verabschieden. Die Teilrevision bezweckt die Verankerung von Titelzusätzen, eines Bezeichnungsrechts für höhere Fachschulen sowie zwei weitere Massnahmen. Sie ist Teil des Massnahmenpaketes höhere Berufsbildung.

Soll-Termin: 30.06.2025

Totalrevision der Verordnung über die eidgenössische Berufsmaturität (Berufsmaturitätsverordnung, BMV): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Totalrevision der Verordnung über die eidgenössische Berufsmaturität (Berufsmaturitätsverordnung, BMV) erlassen. Aufgrund von Erfahrungen, Evaluationen und Studien sollen die Studierfähigkeit erhöht und neue Lehr- und Lernformen besser integriert werden. Ziel ist eine bessere Verständlichkeit respektive eine praxisgerechtere Regelung.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Die Chancen eines erfolgreichen Übertritts vom Gymnasium in die Berufslehre erhöhen» (in Erfüllung des Po. Gutjahr 23.3663): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Die Chancen eines erfolgreichen Übertritts vom Gymnasium in die Berufslehre erhöhen» gutheissen. Er wird darlegen, wie die Übergänge in die berufliche Grundbildung, während der Sekundarstufe II und unmittelbar danach funktionieren und welche zusätzlichen Massnahmen allenfalls nötig sind, um die horizontale Mobilität zu erhöhen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bundesgesetz über die Raumfahrt: Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden. Das neue Bundesgesetz schafft eine nationale Rechtsgrundlage für die Raumfahrt. Es setzt vier von der Schweiz ratifizierte Weltraumverträge der UNO um und regelt die Bewilligung und Aufsicht von Weltraumaktivitäten, Haftungsfragen sowie ein Register für Weltraumgegenstände.

Soll-Termin: 31.12.2025

Verordnung zur Schweizerischen Agentur für die Förderung von Austausch und Mobilität (Movetiaverordnung): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Verordnung zur Schweizerischen Agentur für die Förderung von Austausch und Mobilität in der Bildung (Movetia) verabschieden. Die Verordnung regelt gewisse Ausführungsbestimmungen für die Umwandlung der nationalen Agentur in eine öffentlich-rechtliche Anstalt und für deren Betrieb gemäss den Corporate Governance Grundsätzen des Bundes.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bericht «Auslegeordnung zum unternehmerischen Denken und Handeln in der Schweizer Bildungslandschaft» (in Erfüllung des Po. Silberschmidt 21.4348): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Auslegeordnung zum unternehmerischen Denken und Handeln in der Schweizer Bildungslandschaft» gutheissen. Das Postulat beauftragt den Bundesrat aufzuzeigen, wie das unternehmerische Denken und Handeln in der Bildungslandschaft verankert ist und wo und wie dieses stärker verankert und im ganzen Bildungssystem besser aufeinander abgestimmt werden könnte.

Soll-Termin: 31.12.2025

Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für Bauten und Anlagen des CERN: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für Bauten und Anlagen der Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN) verabschieden. Die Verordnung ergänzt auf technischer Ebene die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG), die dem Bund die Verantwortung zur Genehmigung von Bauten und Anlagen des CERN, die eine räumliche Entwicklung beinhalten oder von strategischer Bedeutung sind, übertragen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Sachplan für die Bau- und Anlageprojekte des CERN (Sachplan CERN): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Sachplan für die Bau- und Anlageprojekte des CERN genehmigen (Konzeptteil und ein erstes Objektblatt). Der Sachplan der Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN) bildet den Rahmen, um die verschiedenen Interessen bezüglich des Infrastrukturbedarfs des CERN zu beurteilen. Der geplante Sachplan bietet eine Plattform für den Austausch zwischen den interessierten Akteuren (CERN, Bund, Kanton & Gemeinden). Er ermöglicht es, den Entwicklungsbedarf der Organisation mit den anderen raumwirksamen Tätigkeiten des Bundes in Beziehung zu setzen und die Koordination all dieser Tätigkeiten zu optimieren. Dies wird zu mehr Planungssicherheit sowohl für die Behörden als auch für das CERN führen und damit die nachhaltige Entwicklung der Organisation fördern.

Soll-Termin: 31.12.2025

Mitgliedschaft in der internationalen Organisation Cherenkov Telescope Array Observatory (CTAO): Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Mitgliedschaft zur internationalen Organisation Cherenkov Telescope Array Observatory (CTAO) beschliessen. Die CTAO ist eine internationale Organisation in der Aufbauphase, die auf beiden Hemisphären ein Netzwerk von Teleskopen aufbauen und betreiben wird. Der Beitritt der Schweiz, dessen Finanzierung mit der BFI-Botschaft 2025–2028 beantragt wird, wird es Schweizer Forschenden ermöglichen, sich am Bau und an den Beobachtungen zu beteiligen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Prüfung neue Nationale Forschungsprogramme (NFP): Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 über die Lancierung neuer Nationaler Forschungsprogramme entscheiden. Es wird dabei um die Weiterentwicklung des NFP-Instruments in Form einer strukturierten, themenorientierten Prüfrunde gehen (in Form eines Pilotvorhabens). Die Nationalen Forschungsprogramme fördern Forschungsprojekte, die einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen von nationaler Bedeutung leisten.

Soll-Termin: 31.12.2025

Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) verabschieden. Sie bezweckt die Ergänzung der Zulassungsvoraussetzungen zum FH-Studium, damit Fachhochschulen im MINT-Bereich fortan vierjährige praxisintegrierte Bachelorstudiengänge (sog. PiBS-MINT) anbieten können.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Faire und wettbewerbsorientierte Finanzierung im Hochschulbereich» (in Erfüllung des Po. Français 23.3841): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Faire und wettbewerbsorientierte Finanzierung im Hochschulbereich» gutheissen. Der Bericht soll die Entwicklung der unterschiedlichen Finanzierung von kantonalen Universitäten und FH untersuchen, insbesondere den Zugang zu fairer und wettbewerbsorientierter Finanzierung im Hochschulbereich.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Evaluation der Kooperationsprojekte im Bereich der Doktoratsausbildung» (in Erfüllung des Po. WBK-N 23.3960): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht «Evaluation der Kooperationsprojekte im Bereich der Doktoratsausbildung» gutheissen. Der Bericht soll im Rahmen der Evaluation der projektgebundenen Beiträge 2021–2024 prüfen, wie sich die Kooperationen zwischen Fachhochschulen (FH) und Universitären Hochschulen (UH) sowie zwischen FH und ausländischen Hochschulen entwickelt haben und welche Projekte im Bereich Mobilitätsförderung von Doktorierenden und Weiterentwicklung des 3. Zyklus (2021–2024) finanziell unterstützt werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Assoziierungsabkommen der Schweiz am EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport «Erasmus+» 2021–2027: Abschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 das Abkommen (Protokoll) zur Assoziierung der Schweiz am Programm «Erasmus+» 2021–2027 abschliessen, falls die Verhandlungen mit der EU zum Paketansatz erfolgreich abgeschlossen werden können. Ziel des Assoziierungsabkommens ist die Anbindung der Schweiz an das EU-Programm, das lebenslanges Lernen fördern, nachhaltiges Wachstum ermöglichen, sozialen Zusammenhalt und die europäische Identität stärken sowie Innovationen vorantreiben soll.

Soll-Termin: 30.06.2025

Beteiligung der Schweiz am Programm «Erasmus+» der EU: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zum Paket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU verabschieden. Die Botschaft zur Beteiligung der Schweiz am Programm «Erasmus+» der Europäischen Union wird separat im ersten Halbjahr 2025 überwiesen, sofern der Stand der Verhandlungen eine Assoziierung ab 2026 ermöglichen sollte. Das Programm soll lebenslanges Lernen fördern, nachhaltiges Wachstum ermöglichen, sozialen Zusammenhalt und die europäische Identität stärken sowie Innovationen vorantreiben.

Soll-Termin: 30.06.2025

Assoziierungsabkommen der Schweiz am Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation (Horizon Europe) und weiteren Elementen des Horizon-Pakets 2021–2027: Abschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 das Abkommen zum Horizon-Paket 2021–2027 abschliessen, um eine integrale Beteiligung der Schweizer Forschenden und Innovatoren zu ermöglichen, falls die Verhandlungen mit der EU zum Paketansatz erfolgreich abgeschlossen werden können. Sollte die Assoziierung nicht möglich sein, wird der Bundesrat Übergangsmassnahmen beschliessen.

Soll-Termin: 30.06.2025

Anpassung von Anhang III des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU (Anerkennung von Berufsqualifikationen): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zum Paket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU verabschieden, darunter auch die Anpassung von Anhang III des Personenfreizügigkeitsabkommens, worin die gegenseitige Anerkennung beruflicher Qualifikationen geregelt ist. Dadurch gilt das europäische System der Anerkennung von Berufsqualifikationen auch im Verhältnis zwischen der Schweiz und den EU-Staaten. Dabei sollen einige wichtige Neuerungen integriert werden, wie der «Europäische Berufsausweis» (digitales Anerkennungsverfahren) oder der Warnmechanismus für die Gesundheits- und Bildungsberufe.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Übergangsmassnahmen: Direktfinanzierung von F&I-Akteuren unter «transitional arrangement»: Umsetzung

Die Schweiz und die EU haben sich auf eine Übergangsregelung für das Programmjahr 2025 von Horizon Europe und dem Euratom-Programm geeinigt, sofern bis dahin ein Assoziierungsabkommen zwischen der Schweiz und der EU paraphiert wurde. Falls zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Projektverträge mit der Europäischen Kommission kein Assoziierungsabkommen in Kraft ist, werden die Schweizer Forschende mit positiv evaluierten Projektgesuchen direkt vom WBF/SBFI finanziert.
Das WBF (SBFI) finanziert Forschende über das ganze Jahr hinweg.

Soll-Termin: 31.12.2025

INFORMATION SERVICE CENTER WBF (ISCECO)

PROJEKTE UND VORHABEN

Migration des Standarddiensts Geschäftsverwaltung Bund (GEVER) in den Rechenzentren-Verbund: Realisierung der Katastrophenvorsorge-Lösung für SD GEVER an einem Ausweichstandort und Durchführung eines Testlaufs

Die Infrastruktur für GEVER Bund wird in den Rechenzentren-Verbund migriert.
Die Katastrophenvorsorge-Lösung für SD GEVER Bund ist an einem Ausweichstandort realisiert und ein Testlauf ist durchgeführt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Migration der Fachanwendungen WBF in den Rechenzentren-Verbund: Inbetriebnahme neuer Fachanwendungen in den neuen Netzwerkzonen von Rechenzentren-Verbund

Die WBF-Fachanwendungen werden mit dem Projekt in den Rechenzentren-Verbund migriert, in Betrieb genommen.
Neuer Fachanwendungen sind in den neuen Netzwerkzonen von Rechenzentren-Verbund in Betrieb genommen. Desweitern wird ein Konzept für die Migration von Fachanwendungen aus den bestehenden Netzwerkzonen BV und SSZ in die neuen Zonen von Rechenzentren-Verbund ausgearbeitet.

Soll-Termin: 31.12.2025

UVEK

GENERALSEKRETARIAT UVEK (GS-UVEK)

PROJEKTE UND VORHABEN

Service E-Government UVEK: Releases Plattformen Amtsservices und Weiterentwicklung

Bereitstellen von Grundlagen und Services für die Digitalisierung von Fachprozessen der UVEK-Ämter. Wesentliche Komponenten sind ein gemeinsames Portal (für Bürger, Unternehmen), eine Geschäftspartnerverwaltung, ein Case-Management und diverse Schnittstellen zu Bundesservices oder weiteren Applikationen. Das Erschliessen von Synergien unter den Fachapplikationen / Ämtern spielt dabei eine wichtige Komponente.
Weiterentwicklung und Wartung der Plattform und des gemeinsamen Portals werden im Rahmen von zwei bis drei Releases pro Jahr gewährleistet. Dabei werden neue Funktionalitäten und neue Services entwickelt, aber auch bestehende technische Komponenten und Infrastruktur up to date gehalten sowie die Security-Anforderungen überprüft und getestet.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR VERKEHR (BAV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs (RPV) 2026–2028:
Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft über einen Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs (RPV) für die Jahre 2026–2028 verabschieden. Beim RPV handelt es sich um den Verkehr innerhalb einer Region sowie zwischen benachbarten Regionen. Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung des RPV, sofern dieser eine sogenannte Erschliessungsfunktion hat. Mit dieser Vorlage sollen die notwendigen Bundesmittel für die Finanzierung des RPV in den besagten Jahren beantragt werden.

Soll-Termin: 30.06.2025

Nächster Ausbauschritt des strategischen Entwicklungsprogramms Eisenbahninfrastruktur (STEP):
Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zur Botschaft 2026 zum Ausbau der Eisenbahninfrastruktur eröffnen. Neben ergänzenden Infrastrukturmassnahmen für das überarbeitete Angebotskonzept 2035 werden erste Etappen von Grossprojekten zur Projektierung oder Umsetzung vorgeschlagen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Weiterentwicklung der Personenbeförderungskonzession: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zur «Weiterentwicklung der Personenbeförderungskonzession» eröffnen. Angepasst werden verschiedene Artikel in der Verordnung über die Personenbeförderung. Dabei handelt es sich um verschiedene Optimierungen sowie um die Anpassung an die laufende Entwicklung der Mobilität. Damit soll vor allem der zunehmenden Verbreitung von On-Demand-Angeboten innerhalb des öffentlichen Verkehr Rechnung getragen werden.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bericht «Mehr Verhältnismässigkeit und Augenmass bei Projekten des Substanzerhalts und Unterhalts bei der Bahninfrastruktur» (in Erfüllung des Po. Würth 23.3703): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht in Erfüllung des Postulats Würth 23.3703 betreffend die Prüfung der Zweckmässigkeit und Verhältnismässigkeit der Regelwerke und Normen im Bereich der Bahninfrastruktur gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat zusätzlich zur Prüfung der Zweckmässigkeit und Verhältnismässigkeit auch die Umsetzung der besagten Regelwerke und Normen kritisch analysieren und aufzeigen, welche finanziellen Entlastungen zu Gunsten des Bahninfrastrukturfonds (BIF) mit einer Aufhebung oder einer Anpassung bestimmter Regelwerke und Normen erzielt werden können.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Plangenehmigungsverfahren bei den Eisenbahnen. Bestandsaufnahme und Verbesserungen» (in Erfüllung des Po. Français 22.3231): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 den Bericht in Erfüllung des Po. Français 22.3231 gutheissen. Die Berichterstattung wird sich auf eine Überprüfung der einzelnen Planungs- und Bewilligungsphasen stützen und Vorschläge zur Optimierung der Prozesse und deren Umsetzung aufzeigen.

Soll-Termin: 30.06.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Bericht über die Verkehrsverlagerung vom November 2025. Verlagerungsbericht Juli 2023 – Juni 2025: Gutheissung des Verlagerungsberichts 2025 durch den Bundesrat

Alle zwei Jahre informiert der Bundesrat das Parlament über den Stand der Verlagerung. Der Verlagerungsbericht beurteilt die Wirksamkeit der Massnahmen und enthält die Ziele und Schwerpunkte für die nächste Zwischenperiode und das dazugehörige Vorgehen.
Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht über die Verkehrsverlagerung gutheissen.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR ZIVILLUFTFAHRT (BAZL)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision des Luftfahrtgesetzes (LFG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Teilrevision des Luftfahrtgesetzes (LFG) verabschieden. In der Vorlage sollen unter anderem die Anliegen von verschiedenen hängigen Motionen berücksichtigt werden. Diese betreffen die Strafkompetenzen des Bundes (Mo. Candinas 18.3700), das Pilotenalter (Mo. KVF-N 21.3020 und Mo. Ettlin 21.3095) und die Befreiung der Konzessionserteilung an Flughäfen von der öffentlichen Ausschreibungspflicht (Mo. KVF-N 21.3458). In die Vorlage sollen zudem weitere Themen aufgenommen werden, bei denen primär aus aufsichtsrechtlichen Gründen Anpassungsbedarf im LFG besteht.

Soll-Termin: 30.06.2025

Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL) - Serie 20: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Serie 20 des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt (SIL) verabschieden. Dieser ist das Planungs- und Koordinationsinstrument des Bundes für die zivile Luftfahrt. Er legt die Ziele und Vorgaben für die Infrastruktur der Luftfahrt für die Behörden verbindlich fest. Die SIL Serie 20 betrifft zum Beispiel den Flugplatz Gsteigwiler und Hasenstrick.

Soll-Termin: 31.12.2025

Sachplan Infrastruktur Luftfahrt - Objektblatt Flughafen Zürich: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 über die Anpassungen des SIL-Objektblatts des Flughafens Zürich betreffend Lärmschutz beschliessen. Der Sachplan muss aufgrund eines Entscheids des Bundesverwaltungsgerichtes vom 7. September 2021 überarbeitet werden. Dafür werden die notwendigen und tragbaren Massnahmen ergriffen.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Programm AVISTRAT-CH: Abschluss Grundlagenarbeiten und erste Richtungsentscheide zum Flugplatzsystem Schweiz und zur Optimierung des Luftraums

Das Programm Avistrat-CH legt den Luftraum und dessen Nutzungsregeln neu fest und will ein schweizweit optimiertes und koordiniertes Flugplatzsystem ermöglichen. Die aktuelle Umsetzungsphase beinhaltet zwei Schwerpunkte: Bei der «Ausgestaltung des Flugplatzsystems Schweiz» setzen sich die schweizerischen Flugplatzbetreiber mit der Flugplatzlandschaft Schweiz und allfälligen Verbesserungsmöglichkeiten auseinander – begleitet vom Bundesamt für Zivilluftfahrt BAZL. Im zweiten Schwerpunkt «Optimierung von Luftraumstruktur und -bewirtschaftung» soll ein Luftraum geschaffen werden, der unter Einsatz erforderlicher Technologien sicher, schnell und flexibel für wandelnde Nutzerbedürfnisse anpassbar ist.
Im ersten Schwerpunkt «Ausgestaltung des Flugplatzsystems Schweiz» legt die Industrie die Anforderungen und das Vorgehen für die Erstellung eines Gesamtplanungskonzepts fest und entscheidet über dessen Erstellung. Im zweiten Schwerpunkt «Optimierung von Luftraumstruktur und -bewirtschaftung» wurde die Industrie vom BAZL zur geplanten konzeptionellen Umsetzung konsultiert und ein Richtungsentscheid ist erfolgt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Digitalisierung: Lizenzprozesse Luftfahrt Personal:
Operationelle Einführung der Applikationen für alle Kategorien

Die Prozesse zur Erteilung und Aufrechterhaltung von Lizenzen für Luftfahrtpersonal (Flugpersonal, Flugsicherungspersonal, Instandhaltungspersonal, Drohnen Operator) werden vollständig digitalisiert. Alle involvierten Personen und Organisationen erhalten über ein Web Access Portal einen direkten Zugang zur Behörde. Die Vorgänge zur Lizenzierung werden über Workflows zentral gesteuert. Die Daten werden in der zentralen Datenbank der EMPIC Fachapplikation gespeichert.
Die Projektziele sollen bis Ende 2025 erreicht und das Projekt abgeschlossen werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Digitalisierung: Zulassung und Aufsicht Luftfahrtbetriebe: WTO Ausschreibung zur Bestimmung des Lieferanten für die Software-Lösung publiziert

Die Prozesse zur Erteilung und Aufrechterhaltung von Zertifikaten für Luftfahrtbetriebe (Flugbetriebe, Instandhaltungsbetriebe, Trainingsorganisationen etc.) werden digitalisiert. Die beaufsichtigten Betriebe erhalten über ein Web Access-Portal einen direkten Zugang zur Behörde. Die Bearbeitung der Zulassungsgeschäfte und die Aufsichtstätigkeiten werden über Workflows zentral gesteuert.
Für die Prozesse der Sicherheitsaufsicht wird eine detaillierte Spezifikation erstellt. Sie bildet die Grundlage für die WTO Ausschreibung. Gesucht wird ein Lieferant, der das Web Access-Portal und die Workflow-Steuerung als Software-Lösung erstellt.

Soll-Termin: 31.12.2025

Erarbeitung Grundlagen für den Luftfahrtpolitischen Bericht: Abschluss Erarbeitung Grundlagestudien

Ca. 2027 wird der Bundesrat einen neuen Luftfahrtpolitischen Bericht verabschieden, in welchem er die Leitlinien zur Luftfahrtpolitik der Schweiz vorlegt. Der Bericht stützt sich auf vorliegende Grundlagenarbeiten in diesem Bereich.
Im Jahr 2025 soll die Erstellung der Grundlagenstudien – zum Beispiel in den Bereichen der ökonomischen Bedeutung der Zivilluftfahrt sowie im Bereich des erwarteten Verkehrsaufkommens – abgeschlossen werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Umsetzung von U-Space Lufträumen: Integration von Drohnen in den Luftraum:
Einführung U-Space-Luftraum in Zürich

Die sichere Integration einer wachsenden Anzahl von Drohnen in das bestehende Luftfahrtsystem wird durch die Umsetzung von U-Space-Lufträumen ermöglicht. Beim U-Space handelt es sich um eine digitale Infrastruktur, die vom BAZL in festgelegten Gebieten im Schweizer Luftraum eingeführt wird. Diese besteht aus einer Sammlung von digitalen Diensten und automatisierten Prozessen. Drohnenpilotinnen und Drohnenpiloten nutzen diese Dienste und werden dadurch beim sicheren Betrieb ihrer Drohne unterstützt. Der erste U-Space-Luftraum soll bis Q1 2025 in Zürich bereitstehen. Das BAZL koordiniert in Zusammenarbeit mit anderen Bundesämtern, dem Kanton, Skyguide sowie relevanten Anspruchsgruppen die dafür notwendigen Arbeiten. Gleichzeitig wird die Einführung der U-Space-Infrastruktur in weiteren Gebieten im Schweizer Luftraum geprüft.
Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Drohnenstrategie verabschieden, welche die Einführung von U-Space-Lufträumen in stark beflogenen Lufträumen vorsieht. Im ersten Halbjahr 2025 wird der erste U-Space-Luftraum in der Region Zürich in Betrieb genommen. Das erarbeitete Konzept ist Vorbild für die Einführung weiterer U-Space-Lufträumen in dicht beflogenen Luftraumgebieten in der Schweiz. Die entsprechenden Arbeiten werden mit den relevanten Anspruchsgruppen im zweiten Halbjahr 2025 aufgenommen.

Soll-Termin: 30.06.2025

Dekarbonisierung Luftfahrt: Umsetzung Massnahmenkorb: Implementierung Beimischpflicht für erneuerbare Flugtreibstoffe und Spezialfinanzierung Luftfahrt und Klima

In Umsetzung des Nettonull-Ziels bis 2050 gilt es, den Ausstoss des Schweizer Luftverkehrs von fossilem CO_2 auf netto-null zu reduzieren. Im Jahr 2025 steht die Implementierung der Beimischpflicht für erneuerbare Flugtreibstoffe an, welche die Schweiz über das bilaterale Luftverkehrsabkommen mit der EU übernimmt sowie die Implementierung einer neuen Spezialfinanzierung über das CO_2-Gesetz, welche – vorbehältlich einer möglichen Referendumsabstimmung – im Q1 2025 operativ wird.
Beide Instrumente (Beimischpflicht für erneuerbare Flugtreibstoffe sowie das neue Förderinstrument zur Entwicklung und Skalierung von erneuerbaren Flugtreibstoffen) werden in der Schweiz implementiert. Die Ausgestaltung der Beimischpflicht erfolgt in enger Abstimmung mit der EU.

Soll-Termin: 31.12.2025

Motion Würth: Inkraftsetzung der Verordnungsbestimmungen

Die Motion Würth fordert die Weiterführung der heutigen Finanzierung der Flugsicherung auf den Flugplätzen der Kategorie II; siehe dazu Anhang 2 der Verordnung über den Flugsicherungsdienst (VFSD, SR 748.132.1). Die Verstetigung der Bundesfinanzierung bedeutet insbesondere, dass der Bund seine Möglichkeit zur Steuerung und Bemessung der Finanzhilfe verbessern muss. Damit werden die Vorgaben des Bundesgesetzes über Finanzhilfen und Abgeltungen (Subventionsgesetz, SuG, SR 616.1) berücksichtigt. Die Umsetzung der Motion erfolgt auf Stufe Verordnung.
Die Stakeholder hatten die Möglichkeit, bis Ende April 2024 zum Verordnungsentwurf Stellung zu nehmen. Im Anschluss daran startete das BAZL den Rechtsetzungsprozess mit der Zielsetzung, in der ersten Hälfte 2025 die Verordnungsbestimmungen durch den Bundesrat in Kraft setzen zu lassen.

Soll-Termin: 30.06.2025

BUNDESAMT FÜR ENERGIE (BFE)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung des Stromversorgungsgesetzes (Massnahmen Business Continuity Management [BCM] für systemrelevante Stromunternehmen): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 eine Botschaft zum Business Continuity Management (BCM) für systemrelevante Stromunternehmen verabschieden. Mit den Massnahmen Business Continuity Management soll gewährleistet werden, dass systemrelevante Kraftwerksanlagen auch in Konkursfällen beziehungsweise bei einem Nachlassverfahren ohne Unterbruch weiterbetrieben werden können.

Soll-Termin: 30.06.2025

Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» verabschieden. Die Initiative fordert die jederzeitige Sicherstellung der Stromversorgung in der Schweiz, die Festlegung von Verantwortlichkeiten durch den Bund, eine «umwelt- und klimaschonende» Stromproduktion und die Zulässigkeit aller «klimaschonender» Arten der Stromerzeugung.

Soll-Termin: 30.06.2025

Änderung des Elektrizitätsgesetzes (Beschleunigung beim Aus- und Umbau des Stromnetzes): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 eine Botschaft zur Änderung des Elektrizitätsgesetzes (Beschleunigung beim Aus- und Umbau des Stromnetzes) verabschieden. Zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit kommt im Zuge der laufenden Dekarbonisierung und der damit verbundenen Elektrifizierung der Dimension der Netze eine zentrale Bedeutung zu. Insbesondere aufgrund des beschleunigten Zubaus von erneuerbaren Energieanlagen sind zusätzliche Massnahmen zur Beschleunigung beim Ausbau der Stromnetze notwendig.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Potenzial für Erneuerungen und Erweiterungen bei der Grosswasserkraft» (in Erfüllung des Po. UREK-N 23.3006): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht zum Potenzial für Erneuerungen und Erweiterungen bei der Grosswasserkraft gutheissen. Es sollen dabei schweizweit die Potenziale für den Ausrüstungsersatz, den Höherstau und Flussaustiefungen, Stollenaufweitungen beziehungsweise Parallelstollen, Staumauererhöhungen sowie die Fassung neuer Zuflüsse analysiert werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Synthetische Energieträger und saisonale Energiespeicher zur Stärkung der Versorgungssicherheit und insbesondere die Stromversorgungssicherheit im Winter. Auslegeordnung und Ausarbeitung einer Grundlage mit Handlungsoptionen insbesondere für die Schweiz» (in Erfüllung des Po. UREK-N 23.3023): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 den Bericht in Erfüllung des Postulats UREK-N 23.3023 gutheissen. Der Bericht legt eine Auslegeordnung zur Nutzung synthetischer Energieträger und saisonaler Energiespeicher zur Stärkung der Versorgungssicherheit vor und zeigt Handlungsoptionen auf.

Soll-Termin: 30.06.2025

Stromabkommen mit der EU: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zum Paket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU verabschieden, darunter auch zum Stromabkommen, um der Schweiz einen gleichberechtigten Zugang zum EU-Strombinnenmarkt zur Stärkung des Stromhandels und des operativen Netzbetriebs zu sichern. Dies geschieht in Abhängigkeit vom Ergebnis der Verhandlungen zu diesem Paket.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Künstliche Intelligenz und Versorgungssicherheit. Analyse der rechtlichen Grundlagen im Energiebereich» (in Erfüllung des Po. UREK-N 23.3957): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht zur Künstlichen Intelligenz und Versorgungssicherheit gutheissen. Der Bericht soll prüfen, ob die bestehenden rechtlichen Grundlagen auf den Einsatz von künstlicher Intelligenz im Energiebereich anwendbar sind, um ihre Vorteile voll auszuschöpfen und ihre Risiken einzugrenzen.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Bericht zur Rolle von Energiespeichern: Veröffentlichung

Im Hinblick auf das Netto Null Ziel wird das Energiesystem umgebaut. Das zukünftige System wird stärker dezentralisiert sein und auf einer grösseren Flexibilität und einer Kopplung der Energiesektoren beruhen. Energiespeicher spielen dabei eine wichtige Rolle. Ziel des Projektes ist es, umfassende und systemische Grundlagen zum Thema Speicher zu erstellen, welche sowohl Strom- und Wärmespeicher als auch Speicher für feste, flüssige und gasförmige Energieträger umfasst.
Das Bundesamt für Energie wird im zweiten Halbjahr 2025 einen Bericht mit einer Auslegeordnung zu Energiespeichern veröffentlichen.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR STRASSEN (ASTRA)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Abgabe auf Elektrofahrzeuge: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zum geplanten Bundesgesetz über eine Abgabe auf Elektrofahrzeuge und den Bundesbeschluss über die Verwendung der Abgabe eröffnen. Mit der zunehmenden Elektromobilität reduzieren sich die Einnahmen aus den Mineralölsteuern kontinuierlich. Die Finanzierung der nationalen Verkehrsinfrastruktur ist daher langfristig nicht mehr sichergestellt. Mit dem neuen Bundesgesetz über eine Abgabe auf Elektrofahrzeuge soll die nachhaltige Finanzierung des «Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds» sowie der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr» gesichert werden.

Soll-Termin: 30.06.2025

Zahlungsrahmen Nationalstrassen 2028–2031, Ausbauschritt 2027 für die Nationalstrassen und Verpflichtungskredit: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zur Botschaft zum Zahlungsrahmen für den Betrieb, den Unterhalt und den Ausbau im Sinne von Anpassungen der Nationalstrassen sowie zum Verpflichtungskredit für die Ausbauschritte und grösseren Vorhaben eröffnen. Gleichzeitig berichtet er über den Zustand und die Auslastung der Nationalstrassen, über den Stand der Umsetzung der Ausbauschritte und über die geplanten nächsten Ausbauschritte. Mit den freigegebenen Mitteln soll die Verfügbarkeit und die Sicherheit der Nationalstrassen weiter erhöht und ein Beitrag zur besseren Verträglichkeit des Strassenverkehrs geleistet werden. Zudem wird gewährleistet, dass für Tunnel, Brücken und Beläge in den nötigen Werterhalt investiert werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2025

Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Strasse: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Fortschreibung des Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Strasse (Ausgabe 2024), Konzept- und Objektteil, freigeben. Damit gewährleistet der Bundesrat die räumliche Abstimmung der Infrastrukturen der Nationalstrassen mit anderen raumwirksamen Planungen des Bundes, der Kantone und des benachbarten Auslands.

Soll-Termin: 31.12.2025

Revision verschiedener Ausführungsverordnungen des Strassenverkehrsgesetzes im Hinblick auf neue Angebote im berufsmässigen Personentransport (in Umsetzung der Mo. Nantermod 16.3066, Mo. Derder 16.3068 und Mo. Nantermod 17.3924): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 verschiedene Revisionen der Ausführungsverordnungen des Strassenverkehrsgesetzes verabschieden. Die Revisionen erfolgen in Umsetzung der Motionen Nantermod 16.3066 «Taxis, Uber und andere Fahrdienste. Für einen faireren Wettbewerb», Derder 16.3068 «Anpassung des Strassenverkehrsgesetzes an die neuen Angebote» und Nantermod 17.3924 «Führerausweis. Gleiche Fahrzeuge, gleiche Strassen, gleicher Ausweis». Künftig können Chauffeure, die berufsmässig Personenwagen führen, ihre Arbeits-, Lenk- und Ruhezeiten mit einer mobilen App statt mit einem Fahrtschreiber aufzeichnen. Zudem wird die Bewilligung zum berufsmässigen Personentransport abgeschafft.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Wirksamkeit von Tempo-30-Zonen sowie Auswirkungen des Verzichts auf Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen» (in Erfüllung des Po. Hurni 21.4146): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 einen Bericht zur Wirksamkeit von Tempo-30-Zonen sowie zu den Auswirkungen des Verzichts auf Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen in Erfüllung des Postulats Hurni 21.4146 «Tempo-30-Zonen ohne Fussgängerstreifen. Eine pädagogische Hürde?» gutheissen.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Bau von Schnellladestationen entlang der Nationalstrassen: Ausrüstung von 60 Rastplätzen

Das ASTRA setzt sich für die Schaffung eines Schnellladenetzes für Elektroautos entlang der Nationalstrassen ein. Bis 2030 sollen Schnellladestationen auf insgesamt 100 Autobahnrastplätzen gebaut und in Betriebt gesetzt werden.
Bis Ende 2025 sollen 60 der dafür vorgesehenen Rastplätze mit einer Schnellladestation ausgerüstet sein.

Soll-Termin: 31.12.2025

Produktion von Solarenergie entlang der Nationalstrassen durch Dritte:
Begleitung der Projektplanung von Dritten

Das ASTRA stellt Flächen auf Rastplätzen, Lärmschutzwänden und weitere Anlagen für Dritte zur Installation von Photovoltaikanlagen zur Verfügung.
Die Reservierungsvereinbarungen der Objektlose sind gemäss Projektaufruf vom 19.09.2022 bis Ende 2025 unterschrieben. Die ausgewählten Projektträger haben somit eine Frist von drei Jahren, um Photovoltaikanlagen zu planen und eine Baugenehmigung bei den zuständigen Behörden zu beantragen. Im 2025 begleitet das ASTRA die Planungsarbeiten von Dritten unter Einbezug der Erkenntnisse, die sich aus einer im Vorjahr erstellten Zwischenbilanz ergeben.

Soll-Termin: 31.12.2025

Produktion von Solarenergie entlang der Nationalstrassen durch das ASTRA:
Produktion von 14 GWh Solarstrom und Optimierungen in der Tunnelbeleuchtung

Im Rahmen des Klimapakets der Bundesverwaltung ist das ASTRA bestrebt, den Energieverbrauch der Nationalstrasseninfrastruktur weiter zu optimieren, um die CO_2-Emissionen zu reduzieren. Der Energieverbrauch für den Betrieb der Nationalstrasseninfrastruktur besteht aus dem Strombedarf der Nationalstrasseninfrastruktur und dem Wärmebedarf für den Betrieb der Werkhöfe.
Im Rahmen der Umsetzung des Klimapakets treibt das ASTRA den Ausbau der Photovoltaikanlagen für die Erhöhung der Eigenproduktion voran, rüstet alle Tunnel auf LED-Leuchten um, saniert die Werkhöfe und die Stützpunkte, ersetzt Öl- und Gasheizungen, sowie arbeitet weiter an der Betriebsoptimierung, um Strom zu sparen. Dabei setzt sich das ASTRA für das Jahr 2025 zum Ziel, eine Produktion von 14 GWh Solarstrom für den Eigenverbrauch zu erreichen. Dieser Zielwert steht im Einklang mit der Prognose des ASTRA, wonach 2024 über 8 GWh Solarstrom produziert werden sollen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Neue Fahrzeugzulassungsbestimmungen ab 2026 (Anpassung an EU-Verordnung 2018/858):
Verabschiedung der Revision der relevanten Verordnungen

Gemäss Verordnung (EU) 2018/858 muss für neue Fahrzeuge bestimmter Klassen ab 2026 eine elektronische EU-Übereinstimmungsbescheinigung (eCoC) ausgestellt werden. Das wirkt sich auch auf die Fahrzeugzulassung in der Schweiz. Die notwendigen Anpassungen erfordern die Revision der massgebenden Verordnungen. Gleichzeitig wird dabei die Vereinfachung der Abläufe und der Zusammenarbeit zwischen Hersteller, Importeur sowie Behörden angestrebt.
Die Inkraftsetzung der Revision der Verordnung über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr (Verkehrszulassungsverordnung, VZV), der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS) der Verordnung über die Typengenehmigung von Strassenfahrzeugen (Typengenehmigungsverordnung, TGV), der Verordnung über die Gebühren des Bundesamtes für Strassen und der Verordnung über das Informationssystem des Bundesamtes für Strassen (IVZV) wird bis Ende 2025 erfolgen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Verordnung über den Abschluss und die Änderung von völkerrechtlichen Verträgen im Bereich des Strassenverkehrsrechts: Verabschiedung

Mit der Schaffung der Verordnung sollen die in Artikel 106a des revidierten Strassenverkehrsgesetzes statuierten Kompetenzen des Bundesrates zum Abschluss und zur Änderung von völkerrechtlichen Verträgen im Bereich des Strassenverkehrsrechts konkretisiert werden.
Bis im August 2025 verabschiedet der Bundesrat die Verordnung.

Soll-Termin: 31.08.2025

Änderung der Verkehrsregelnverordnung (VRV) bezüglich Ausnahmen vom Sonntags- und Nachtfahrverbot, Bewilligungen für Ausnahmetransporte und motorsportliche Veranstaltungen:
Verabschiedung der Vorlage durch den Bundesrat

Mit der Revisionsvorlage sollen die Regelungen bezüglich Ausnahmen vom Sonntags- und Nachtfahrverbot, Bewilligungen für Ausnahmetransporte und motorsportliche Veranstaltungen angepasst werden.
Bis Ende Juni 2025 verabschiedet der Bundesrat die Revisionsvorlage. Inkrafttreten ist aktuell für den 01.08.2025 vorgesehen.

Soll-Termin: 30.06.2025

BUNDESAMT FÜR KOMMUNIKATION (BAKOM)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung des Fernmeldegesetzes (FMG): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zu einer Änderung des Fernmeldegesetzes (FMG) eröffnen. Schwerpunkt der Teilrevision bildet die Sicherheit kritischer Infrastrukturen. Nach dem Vorbild der 5G-Toolbox der EU sollen Bestimmungen geschaffen werden, die es ermöglichen, die Beschaffung, die Errichtung und den Betrieb von Ausrüstungen bestimmter Lieferanten verbieten zu können.

Soll-Termin: 31.12.2025

Änderung des Postgesetzes (PG): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zu einer Änderung des Postgesetzes (PG) eröffnen. Die Vorlage bezweckt, die Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdiensten in der Schweiz zu modernisieren.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bundesgesetz zur Regulierung von Kommunikationsplattformen: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Botschaft zur Regulierung der Kommunikationsplattformen verabschieden. Mit dem Gesetz werden die Rechte der Nutzenden gestärkt, die Transparenz von Kommunikationsplattformen verbessert und Meldeverfahren bei Hassrede eingeführt.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Teilrevision der Verordnungen zum Fernmeldegesetz bezüglich Notrufe: Verabschiedung

Für den Zugang zu den Notrufdiensten vom Festnetz- oder Mobilfunktelefon besteht ein grundlegender Anspruch aus dem Fernmelderecht. Die Strukturen und Prozesse des Notrufsystems sind angesichts der aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen anzupassen und der barrierefreie Zugang dazu zu verbessern. Betroffen sind sowohl Fernmeldedienste als auch Endgeräte.
Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Teilrevision der Verordnung über Fernmeldedienste sowie der Verordnung über Fernmeldeanlagen verabschieden. Damit wird die Sicherheit und Stabilität des Notrufsystems in der Schweiz erhöht und eine Grundlage für dessen Weiterentwicklung geschaffen.

Soll-Termin: 30.06.2025

BUNDESAMT FÜR UMWELT (BAFU)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Berichterstattung zum Stand der Umsetzung des integralen Risikomanagements von Naturgefahren: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Berichterstattung zur Umsetzung des integralen Risikomanagements von Naturgefahren zur Kenntnis nehmen. Das integrale Risikomanagement umfasst alle Massnahmen und Methoden, mit denen auf nationaler Ebene eine dauerhafte und vergleichbare Sicherheit für die Bevölkerung, wertvolle Güter und natürliche Ressourcen erreicht wird.

Soll-Termin: 31.12.2025

Strategie «Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz»: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die überarbeitete Strategie «Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz» gutheissen und einen neuen Aktionsplan mit Massnahmen verabschieden. Mit den Massnahmen sollen die Chancen, die sich aufgrund des Klimawandels ergeben, genutzt und die Risiken des Klimawandels minimiert werden. Bevölkerung, Sachwerte und natürliche Lebensgrundlagen sollen geschützt und die Anpassungsfähigkeit von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt gesteigert werden.

Soll-Termin: 31.12.2025

Revision des Gentechnikgesetzes (GTG) (Ablösung Moratorium): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die Botschaft für eine Revision des Gentechnikgesetzes (GTG) gemäss Artikel 37a GTG verabschieden. Das Parlament hat dem Bundesrat den Auftrag erteilt, einen risikobasierten Gesetzesentwurf für Pflanzen aus neuen gentechnischen Verfahren auszuarbeiten, die keine Fremdgene enthalten und einen Mehrwert für Landwirtschaft, Umwelt sowie Konsumentinnen und Konsumenten aufweisen.

Soll-Termin: 30.06.2025

Revision des Gewässerschutzgesetzes (GSchG) (in Umsetzung der Mo. Zanetti 20.3625 und der Mo. WAK-N 20.4261 und 20.4262): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zu einer Revision des Gewässerschutzgesetzes eröffnen. Die Revision verbessert den Schutz der Zuströmbereiche bei Trinkwasserfassungen (Mo. Zanetti) und setzt die Motionen «Reduktion der Stickstoffeinträge aus den Abwasserreinigungsanlagen» und «Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für alle Abwasserreinigungsanlagen» um.

Soll-Termin: 31.12.2025

Berichterstattung zur Umsetzung des Aktionsplans gegen die Lebensmittelverschwendung (Phase 1): Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Berichterstattung zur Umsetzung der ersten Phase des Aktionsplans gegen die Lebensmittelverschwendung zur Kenntnis nehmen. Die erste Phase (2022 bis 2025) umfasst sieben eigenverantwortliche Massnahmen der Wirtschaft, fünf Massnahmen der öffentlichen Hand und zwei Massnahmen zu Information und Bildung. Die Berichterstattung wird aktuelle Daten zu den Lebensmittelverlusten auf allen Stufen der Liefer- beziehungsweise Wertschöpfungskette (Landwirtschaft, verarbeitende Industrie, Handel, Gastronomie und Haushalte) veröffentlichen und analysieren, ob die Massnahmen des Aktionsplans ausreichen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Klimaziel 2035 (NDC) und Überarbeitung der langfristigen Klimastrategie der Schweiz: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 das nationale Klimaziel 2035 (NDC) und die Überarbeitung der langfristigen Klimastrategie der Schweiz verabschieden. Gemäss dem Übereinkommen von Paris müssen alle Länder 2025 neue nationale Klimaziele (NDCs) für den Zeithorizont 2035 vorlegen. Die Schweizer Klimaziele stützen sich dabei auf das Klima- und Innovationsgesetz. Die Überarbeitung der langfristigen Strategie wird ebenfalls die neusten Entwicklungen in der Klimapolitik widerspiegeln.

Soll-Termin: 30.06.2025

Revision der CO_2-Verordnung (Festlegung weitergehender Reduktionsziele und -massnahmen): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 eine Revision der CO_2-Verordnung zur Umsetzung der Revision des CO_2-Gesetzes zur Festlegung weitergehender Reduktionsziele und -massnahmen ab 1. Januar 2025 gutheissen. Die Verordnung wird rückwirkend in Kraft treten und regelt die im CO_2-Gesetz vorgesehenen Massnahmen zur Reduktion des Treibhausgasausstosses bis 2030 (Gebäude, Mobilität, Flugsektor, Unternehmen, Finanzmarkt).

Soll-Termin: 30.06.2025

Revision der CO_2-Verordnung (Anpassung Emissionshandelssystem): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 eine Revision der CO_2-Verordnung zur Anpassung an das Emissionshandelssystem (EHS) per 1. Januar 2026 gutheissen. Das Schweizerische Emissionshandelssystem ist seit dem 1. Januar 2020 mit demjenigen in der EU verknüpft. Das bilaterale Abkommen zwischen der EU und der Schweiz hält fest, dass die beiden EHS im Gleichtakt weiterentwickelt werden sollen und das gleiche Ambitionsniveau aufweisen müssen. Dies ist eine zentrale Bedingung für die Ausnahme der Schweiz bezüglich Einführung des Grenzausgleichsystems (CBAM) in der EU.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Förderung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft» (in Erfüllung des Po. Clivaz 21.3898): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 den Bericht in Erfüllung des Postulats Clivaz 21.3898 «Förderung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft» gutheissen. Das Postulat verlangt einen Bericht, der eine Strategie und Massnahmen vorschlägt, wie in Zusammenarbeit mit der Recyclingbranche das Recycling von Altfahrzeugen in der Schweiz verbessert werden kann.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bericht «Zukunftsfähige Wälder sind nur mit gesetzeskonformem Wildverbiss möglich!» (in Erfüllung des Po. Reichmuth 23.3129): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht in Erfüllung des Postulats Reichmuth 23.3129 «Zukunftsfähige Wälder sind nur mit gesetzeskonformem Wildverbiss möglich!» gutheissen. Das Postulat verlangt einen Bericht, mit welchen konkreten Massnahmen der Wildeinfluss auf die Waldverjüngung innert weniger Jahren flächendeckend auf ein gesetzeskonformes Mass reduziert werden kann und wie ein fundiertes und aussagekräftiges Controlling des Wildeinflusses auf den Schweizer Wald ausgestaltet sein muss.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Wäre eine vorgezogene Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr bei Kunststoffen zeitgemäss?» (in Erfüllung des Po. Reichmuth 23.3219): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht in Erfüllung des Postulats Reichmuth 23.3219 «Wäre eine vorgezogene Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr bei Kunststoffen zeitgemäss?» gutheissen. Das Postulat verlangt einen Bericht über mögliche Formen der Gebührenerhebung auf Kunststoffen und weitere mögliche Finanzierungsinstrumente, um damit die erwarteten Kosten für CCS und Recycling zu decken. Zudem soll der Bericht die notwendigen gesetzlichen Grundlagen auf Ebene Bund oder/und Kantone darlegen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien» (in Erfüllung des Po. Moser 22.4585): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht in Erfüllung des Postulats Moser 22.4585 «Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien» gutheissen. Das Postulat verlangt vom Bundesrat die Prüfung von Massnahmen insbesondere zu Einschränkungen des Einsatzes von langlebigen Chemikalien, Säuberungen und Sanierungen von «hot Spots» wie Seesedimenten, Altlasten und Deponien, Festlegung von Grenz- und Sanierungswerten in Lebensmitteln, Trinkwasser und Umweltkompartimenten zu prüfen. Zudem soll dargelegt werden, wie die Information der Öffentlichkeit über Risiken verbessert werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Strategie zur Sicherung der Schweizer Trink- und Mineralwasserquellen sowie der Wasserversorgungsanlagen» (in Erfüllung des Po. WAK-N 23.4331): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 den Bericht in Erfüllung des Postulats WAK-N 23.4331 «Strategie zur Sicherung der Schweizer Trink- und Mineralwasserquellen sowie der Wasserversorgungsanlagen» gutheissen. Das Postulat verlangt einen Bericht über die Möglichkeiten für eine bundesweite Strategie zur Sicherstellung der inländischen Besitzverhältnisse für Trink- und Mineralwasserquellen sowie von Wasserversorgungsanlagen.

Soll-Termin: 31.12.2025

Revision des Umweltschutzgesetzes (Rechtliche Grundlagen zur Umsetzung der Bodenkartierung): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2025 die Vernehmlassung zu einer Revision des Umweltschutzgesetzes eröffnen. Die Revision umfasst die Schaffung der rechtlichen Grundlagen für die Bodenkartierung in der Schweiz.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Integrale Wald- und Holzstrategie 2050: Umsetzung der Strategie

Umsetzung der vom Bundesrat 2024 verabschiedeten Strategie mit dem Ziel eines ganzheitlichen Ansatzes (Gleichgewicht von Schutz- und Nutzungsaspekten) unter Berücksichtigung der relevanten Sektoralpolitiken.

Soll-Termin: 31.12.2025

BUNDESAMT FÜR RAUMENTWICKLUNG (ARE)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Aktualisierung des Raumkonzepts Schweiz: Verabschiedung

Der Bundesrat wird das Raumkonzept Schweiz im zweiten Halbjahr 2025 verabschieden. Die Trägerorganisationen des Raumkonzepts Schweiz aktualisieren das Konzept aus dem Jahr 2012 in einem tripartiten Prozess. Es werden neuere Entwicklungen in den Bereichen Wirtschaft, Kohäsion, Energie und Klima aufgenommen. Zudem wird das Raumkonzept schlanker uns stringenter ausgestaltet.

Soll-Termin: 31.12.2025

Revision der Verordnung über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassenverkehr zweckgebundener Mittel (MinVV): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 die revidierte Verordnung über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassenverkehr zweckgebundener Mittel (MinVV) gutheissen. Mit der revidierten MinVV wird er die Vorgaben und Rahmenbedingungen für die Erarbeitung der Agglomerationsprogramme der 6. Generation anpassen. Gestützt auf die Aktualisierung der Agglomerationsperimeter durch das Bundesamt für Statistik (BFS) wird er zudem den Anhang 4 der MinVV («Beitragsberechtigte Städte und Agglomerationen») aktualisieren.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bericht «Hindernisse aus dem Weg räumen, die die Umsetzung von Projekten des Langsamverkehrs im Rahmen von Agglomerationsprogrammen erschweren» (in Erfüllung des Po. Maret 22.4053): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird den Bericht in Erfüllung des Postulats Maret 22.4053 im zweiten Halbjahr 2025 gutheissen. Darin wird er die Gründe für die Verzögerungen bei der Umsetzung von Projekten des Langsamverkehrs im Rahmen von Agglomerationsprogrammen angeben und allfällige Massnahmen, inklusive rechtlicher Anpassungen, vorschlagen, mit denen die Umsetzung der Projekte gefördert und beschleunigt werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2025

Bericht «Raumplanerische Bedingungen für Anlagen im Einkaufs-, Freizeit- und Tourismusbereich verbessern» (in Erfüllung des Po. Candinas 22.3640): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird den Bericht in Erfüllung des Postulats im ersten Halbjahr 2025 gutheissen. Der Bundesrat wird aufzeigen, mit welchen Massnahmen der Anteil des öffentlichen Verkehrs bei verkehrsintensiven Anlagen gefördert werden kann und entsprechende Kriterien zur Standortwahl solcher Anlagen vorschlagen. Schwerpunkt des Berichts werden die touristischen Anlagen bilden, da insbesondere für den Einkaufsverkehr bereits zahlreiche gute Grundlagen vorliegen.

Soll-Termin: 30.06.2025

Bericht «Keine Gratisverzögerungen von rechtskonformen Bau- und Planungsprojekten» (in Erfüllung des Po. Müller Leo 23.3918) und Bericht «Massvolle Kostenauflage bei Einsprachen in Baubewilligungs- und Nutzungsplanverfahren» (in Erfüllung des Po. Gmür-Schönenberger 23.3640): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird den Bericht in Erfüllung der zwei Postulate im zweiten Halbjahr 2025 gutheissen. Darin wird er prüfen, ob und inwieweit eine Kostenpflicht für Einsprechende im Planungs- und Baubewilligungsverfahren dazu beitragen kann, missbräuchliche Einsprachen zu reduzieren.

Soll-Termin: 31.12.2025

PROJEKTE UND VORHABEN

Inkraftsetzung der zweiten Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes sowie der revidierten Raumplanungsverordnung: Inkraftsetzung des revidierten Raumplanungsrechts

Das RPG 2 wurde am 29. September 2023 von den eidgenössischen Räten verabschiedet. Um die Bestimmungen in Kraft setzen zu können, müssen noch verschiedene Ausführungsbestimmungen auf Verordnungsstufe erlassen werden. Ziel ist es, die Gesetzesbestimmungen zusammen mit der entsprechend revidierten Raumplanungsverordnung auf den 1. Juli 2025 in Kraft zu setzen.
Der Bundesrat wird die revidierte Raumplanungsverordnung im ersten Halbjahr 2025 gutheissen und sie zusammen mit der Änderung vom 29.09.2023 des Raumplanungsgesetzes (RPG 2) in Kraft setzen. Mit der Revision der RPV sollen optimale Voraussetzungen für einen zielgerichteten Vollzug von RPG 2 geschaffen werden. Im Zentrum stehen dabei insbesondere Ausführungsbestimmungen zu den Stabilisierungszielen bezüglich der Zahl der Gebäude im Nichtbaugebiet und der Bodenversiegelung in der ganzjährig bewirtschafteten Landwirtschaftszone, zum sogenannten Gebietsansatz (Nichtbauzonen mit zu kompensierenden Nutzungen), zum Vorrang der Landwirtschaft in der Landwirtschaftszone sowie zur Baupolizei ausserhalb der Bauzonen. Zudem werden in der Raumplanungsverordnung auch jene Änderungen des RPG näher ausgeführt, die im Rahmen der Vorlage für eine sichere Stromversorgung vorgenommen wurden.

Soll-Termin: 30.06.2025

SCHWEIZERISCHE SICHERHEITSUNTERSUCHUNGSSTELLE (SUST)

PROJEKTE UND VORHABEN

Ersatz Datenbank zur Erfassung und Auswertung von Untersuchungsdaten:
Vorliegen einer lauffähigen Beta-Version

Für das Management des Untersuchungsprozesses auf den Stufen Untersuchungsleiter, Bereichsleiter und Leiter Untersuchungsdienst müssen entlang des Prozesses Daten erfasst und ausgewertet werden können. Die SUST verfügt zu diesem Zweck über eine Datenbank. Diese muss aus technischen, insbesondere Security-Anforderungen, aber auch beschaffungsrechtlichen Gründen ersetzt werden. In einem ersten Schritt wurde, gestützt auf das Vorgehen gemäss HERMES, eine Evaluation möglicher Optionen durchgeführt. Darauf basierend soll nun die Beschaffung und Implementierung umgesetzt werden.
Gestützt auf die Evaluation werden die Detailanforderungen beschrieben und eine Ausschreibung nach den Vorgaben der WTO durchgeführt. Per Ende 2024 soll der Zuschlag erteilt und die nötigen Verträge zur Umsetzung unterzeichnet sein. Per Ende 2025 soll eine lauffähige Beta-Version verfügbar sein.

Soll-Termin: 31.12.2025

REGULIERUNGSBEHÖRDEN INFRASTRUKTUR (REGINFRA)

PROJEKTE UND VORHABEN

ComCom: Vorbereitung der Vergabe von Mobilfunkfrequenzen, Aufsicht über die Mobilfunk- und Grundversorgungskonzessionen

Im Jahr 2025 wird die ComCom die Modalitäten der Neuvergabe der Ende 2028 auslaufenden Mobilfunkfrequenzen festlegen. Die ComCom wird zusammen mit dem BAKOM die Einhaltung der am 01.01.2024 in Kraft getretenen Grundversorgungskonzession prüfen. Die Aufsicht bei den Mobilfunkkonzessionen erfolgt laufend.

Soll-Termin: 31.12.2025

ElCom: Tarifaufsicht inkl. jährlicher Datenerhebung Kosten und Tarife sowie unter Berücksichtigung allfälliger neuer Gesetzgebung (Mantelerlass)

Die Tarifaufsicht inkl. der jährlichen Datenerhebung Kosten und Tarife erfolgt unter Berücksichtigung allfälliger neuer Gesetzgebung (insb. Mantelerlass). Die Vorbereitung präventiver Massnahmen zur Sicherstellung der Netz- und Versorgungssicherheit läuft weiter und ist teilweise in der Umsetzung. Sachverhalt und Handlungsbedarf betreffend Versorgungssicherheit und internationale Fragen sind zuhanden der Politik aufbereitet. Internationale Verträge zur Regelung des Verbundbetriebs sind angepasst.

Soll-Termin: 31.12.2025

PostCom: Die PostCom sorgt dafür, dass der Bundesrat, das Parlament sowie alle Anspruchsgruppen weiterhin transparent informiert werden

In Übereinstimmung mit ihren strategischen Zielen wird die PostCom in der neuen Legislaturperiode verstärkt darauf achten, die Kommunikation mit den beteiligten Akteuren zu intensivieren. Zu diesem Zweck wird die PostCom ihren Jahresbericht, der jeweils im Juni publiziert wird, überarbeiten und notwendige Anpassungen vornehmen. Wesentliche Erkenntnisse werden zunächst dem Bundesrat sowie im Anschluss den Kommissionen für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) der Eidg. Räte dargelegt. Zusätzlich ist für den Geschäftsbetrieb der PostCom vorgesehen, unter Verwendung eines intelligenten PDF-Systems ausschliesslich auf digitale Formate umzustellen.

Soll-Termin: 31.12.2025

RailCom: Überprüfung eines für den diskriminierungsfreien Netzzugang relevanten Themas (z.B. ausgewählte Systemführerschaft) im Rahmen der begleitenden Aufsicht. Festlegen des Handlungsbedarfs, um allfällige Diskriminierungspotenziale zu reduzieren

Analyse, Handlungsbedarf und weiteres Vorgehen betreffend die relevanten Aspekte (z.B. ausgewählte Systemführerschaft) liegen vor.

Soll-Termin: 31.12.2025

UBI: Regelung Nachfolge Präsidium

Ende 2025 werden zwei von drei Mitgliedern aus dem Präsidium ausscheiden. Sowohl in der Kommission als auch im Sekretariat ist in Absprache mit dem Departement ein reibungsloser Übergang mit geeigneter Nachfolge und einem möglichst umfassenden Wissenstransfer zu gewährleisten.

Soll-Termin: 31.10.2025

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
Verfügbar auf: www.bk.admin.ch